

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua und Remesebiet, Österreich, Ungarn, Böhmen 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Rolf und Feit“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Reklamartik 4. — Goldmark. „Reine Anzeigen“ das ist gedruckt Wort 0,30 Goldmark (außer zwei letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungnahme des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar gereicht durch 4,20.

Wünschen für die n. s. h. e. Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 11, Einbrennstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Werniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 17. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsbüro: Berlin 375 36 - Bankkonto: Dichtung der Dichtungs-Gesellschaft, Dönhofsstr. 3

Die verhinderte Regierungserklärung.  
Der Kampf im Preussischen Landtag.

Von amtlicher Seite wurde gestern nachmittag folgendes mitgeteilt:

Die für die heutige Reichstags-Sitzung vorgesehene Abgabe einer Erklärung der neuen Reichsregierung ist auf Montag abend 6 Uhr vertagt worden, da unerwarteterweise die Verhandlungen über die Befehung wichtiger Ministerien, insbesondere des Reichsaussen- und Reichsjustizministeriums, noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Die Nachricht von der Vertagung der Regierungserklärung wurde gegen 3 Uhr nachmittags im Reichstag bekannt und bald darauf angehängt. Sie tief bei allen Anhängern des Bürgerblocks Bestärkung hervor. Die offizielle Mitteilung des Präsidenten nach Eröffnung der Sitzung wurde links mit Heiterkeit aufgenommen. Auf der Rechten herrschte betretenes Schweigen.

Die Sache fängt gut an.

Run haben wir glücklich im Reich die Regierung des Bürgerblocks. Aber die Regierung hat Lücken. Herr Luther bemüht sich — man kann schon sagen Tag und Nacht — um die Ausfüllung dieser Lücken. Aber statt Männer zu finden, sammelt er nur Enttäuschungen. Enttäuschungen auf Enttäuschungen. Es gibt nicht viele Anwärter auf die Posten, die er noch zu vergeben hat. Der Andrang zu dieser Regierung, in der die Deutschnationalen sitzen, ist wahrhaftig nicht groß. Es ist nicht jedermanns Sache, den Herren Schiele und Neuhaus und Graf Ranig als Kulisse zu dienen für die Einleitung einer Bürgerblockpolitik unter unentwegt deutschnationaler Führung.

Die ersten Erfolge des Bürgerblocks sind unseugbar. Er hat seinen Anhängern für die Dauer seiner Amtszeit schon erhebliche Enttäuschungen bereitet. Gestern abend sollte Herr Luther das Programm des Bürgerblocks im Reichstag vortragen. Daraus wurde nichts. Die Regierungserklärung ist ausgeblieben. Herr Luther sah sich außerstande, wie die amtliche Mitteilung besagt, vor den Reichstag zu treten, ohne die Lücken in seiner Bürgerblockregierung ausgefüllt zu haben. Es fehlten ihm ein Finanzminister und ein Justizminister. Die hohen rheinischen Justizbeamten aus Zentrumskreisen, an die er herangetreten ist, haben ihm eine Abgabe erteilt. Herr Reinhold, der bekannte demokratische sachliche Finanzminister, den er für das Finanzministerium gewinnen wollte, hat trotz starken Drängens und mehrmaliger Versuche, ihn unzustimmen, sich nicht bereit erklärt, Finanzminister im Bürgerblock neben Herrn Schiele, Herrn Neuhaus und Herrn Ranig zu werden. Es ist nicht jedermanns Sache, einer Regierung als Kulisse zu dienen, die eine Politik vertreten will, die von den eigenen politischen Grundsätzen nicht nur dem Grade nach, sondern dem Wesen nach verschieden ist.

Statt einer Regierungserklärung die kurze amtliche Mitteilung, daß Herr Luther durch die Lücken in seiner Regierung verhindert sei, vor den Reichstag zu treten. Die Sache fängt gut an.

Die begeisterten Bürgerblockfreunde können mit einiger Enttäuschung ein Rätselraten darüber veranstalten, ob das der Anfang der mit großen Tönen verkündeten Stabilisierung der politischen Verhältnisse Deutschlands sei. Wenn sie Betrachtungen darüber anstellen, wie die Presse des Inlandes und des Auslandes die Bürgerblockregierung des Herrn Luther empfangen und beurteilt hat, wird ihre Enttäuschung noch um einige Grade steigern. Sie sind naive genug gewesen, anzunehmen, daß auf der einen Seite die deutsche republikanische und demokratische Bevölkerung eine Regierung des Bürgerblocks ergeben hinnehmen würde, ohne den heftigsten Protest dagegen zu erheben, sie scheinen weiter geglaubt zu haben, daß diese Regierungsbildung in Deutschland auf die außenpolitische Stellung Deutschlands ohne jede Rückwirkung bleiben wird. Sie sind enttäuscht. Die Presse der Rechten führt Beschwerde darüber, daß wir rücksichtslos die sozialen Absichten der neuen Regierung aufgedeckt und ihre sozialreaktionäre Zielsetzung in den Vordergrund gestellt haben. Was die Rückwirkung auf die außenpolitische Stellung Deutschlands anlangt, so sprechen die Stimmen der Auslands- und Reichspresse deutlich genug. Diese Regierung des lutherischen Bürgerblocks wird bald genug sich ernststen außenpolitischen Komplikationen gegenübersehen.

Man versichert, daß die erste ernste Komplikation bereits eingetreten sei und daß deshalb Herr Luther nicht vor den Reichstag getreten ist. In Wahrheit ist die Tatsache, daß zwei Ministerien noch unbesetzt sind, kein ernsthafter Grund für die pöplische Verschiebung der Regierungserklärung auf Montag. Man versichert, daß Herr Stresemann mit seiner eigenen Partei in Konflikt geraten sei. Die

Bürgerblockpolitik soll, so wird behauptet, eine Beantwortung der kommenden Entwaffnungsnote der Alliierten im Stile deutschnationaler Geste der starken Faust verlangen, während Herr Stresemann eine solche Antwort für unmöglich halte. Das Problem der Räumung der Kölner Zone ist damit angeknüpft und hat zur ersten Komplikation in der noch unfertigen, dem Parlament noch nicht vorgestellten Regierung geführt. Wenn über diese Frage Herr Stresemann nicht mit seiner eigenen Partei einig wird, wie sollen dann Zentrum und Deutschnationale über die Formulierung der Behandlung der gesamten Außenpolitik in der Regierungsfrage einig werden? Die Sache fängt gut an.

Die Deutsche Volkspartei, die sich unter Stresemanns Führung als Schrittmacher des Bürgerblocks ein Jahr lang betätigt und damit Deutschland ein Jahr lang in politische Unstabilität und innere Verwirrenheit gestürzt hat, kann auf das, was sie nun erreicht hat, stolz sein. Vier Wochen lang hatten wir nach der Reichstagswahl Krise und keine Regierung. Jetzt haben wir eine Regierung und immer noch — man kann auch sagen schon wieder — Krise. Wir haben eine Regierung, aber diese Regierung kann sich, wie es scheint, nicht einig darüber werden, was sie nun eigentlich will. Am ersten Tage ihres Bestehens gewinnt man den Eindruck, daß sie einem Gespann gleich, bei dem zwei Paar Pferde vor dem Wagen und zwei Paar Pferde hinter dem Wagen angespannt sind. Erst die Krise ohne die Regierung. Jetzt geht es los mit der Krise mit der Regierung. Politische Stabilität nennt man das. Die Sache fängt gut an.

Gegenüber dieser Verwirrenheit im Reich erscheinen die Verhältnisse in Preußen trotz des schweren Ringens um den Bestand der preussischen Regierung noch als der ruhende Pol in der Erscheinungen. In Preußen haben wir wenigstens eine Regierung, eine Regierung, die einen festen Standpunkt und einen festen Kurs hat, die vor das Parlament tritt, um offen ihr ins Gesicht zu zeigen und zu sagen, was sie will. Die preussische Regierung wahr ihren Standpunkt und kämpft in offener parlamentarischer Feldschlacht um ihre Existenz. Diese Regierung war drei Jahre lang die Wächterin der politischen Stabilität in Deutschland. Ohne diese Regierung wäre in der Zeit der von der Deutschen Volkspartei hervorgerufenen einjährigen Krise im Reich an die Stelle geordneter staatlicher Zustände in Deutschland die vollkommene Anarchie und die Auflösung der Verfassung getreten. Die Deutsche Volkspartei, die die politische Stabilität im Reich unterwühlt und zerstört hat, hat noch bis zum Tage, ja bis zur Stunde des Austritts ihrer Minister aus der Preußenregierung gerade diese Regierung als die Wächterin der Ordnung und der politischen Stabilität in Deutschland gerühmt.

Aber Stabilität und Wahrung der staatlichen Ordnung in Preußen, während im Reich alles drunter und drüber geht, das darf nicht sein! Die Deutsche Volkspartei als Treiberin verfolgt in Preußen heute, entgegen ihrer vierjährigen Tradition in der Preußenkoalition, dieselbe zerstörerische Politik wie im Reich nach dem Motto: Es muß alles verrückt und geniert werden. So geht die große parlamentarische Auseinandersetzung in Preußen, die erst am Ende der nächsten Woche ihren Abschluß finden wird, darum, ob in Preußen wie im Reich an die Stelle einer der Stabilität und die Stabilität des politischen Lebens, wie die Sicherheit der Republik und der Verfassung gewährleistenden Regierung eine Regierung des Bürgerblocks treten soll, die, selbst auf schwankendem Grunde stehend, das ganze politische Leben in einen Zustand erregtester politischer und sozialer Kämpfe versetzen muß, und gleichzeitig allen Gegnern der Republik und der Verfassung eine Chance nicht nur zu verstärkter Agitation, sondern vielleicht noch zu schlimmerem geben wird.

Die Deutsche Volkspartei nennt solche Politik einen Ausfluß der Konsolidierung des republikanischen Gedankens. Wir danken bestens für diese Art der Konsolidierung des republikanischen Gedankens und der Republik. Die Regierung, die die Volkspartei im Reich wie in Preußen erstrebt, kann nichts anderes bewirken als eine Unterwühlung der staatlichen Ordnung, eine Untergrabung der Staatsautorität und eine Gefährdung der Staatsgesinnung in weiten Kreisen der Bevölkerung. Gerade um dieser gefährlichen Möglichkeiten willen haben die Deutschnationalen nicht nur im Reich, sondern vor allem auch in Preußen die Deutsche Volkspartei als den Schrittmacher des Bürgerblocks vorwärtsgetrieben. In Preußen soll derselbe Zustand der latenten Krise wie im Reich herbeigeführt werden, damit die Deutschnationalen ihn als Sprungbrett für ihre Bestrebungen gegen die Republik und die demokratisch-parlamentarische Verfassung ausnützen können.

Aber vielleicht irren sich die Deutschnationalen und ihre Schrittmacher von der Deutschen Volkspartei in Preußen doch. Die Sache fängt im Reich zu gut an, als daß sie große Sehnsucht nach der Fortsetzung in Preußen erwecken könnte.

Kampftag in Preußen.  
Braun rechnet mit Campe ab.

Im preussischen Landtag rechnete gestern Genosse Otto Braun mit der Deutschen Volkspartei ab. Herr von Campe versuchte vergebens, den schneidenden Widerspruch zwischen der Haltung der Volkspartei vor den Wahlen und ihrer Haltung von heute zu verdecken. Der Ministerpräsident dackte in seiner Antwort rücksichtslos diesen Widerspruch auf. Nach einer kurzen, schneidigen Zurückweisung der Einsen über die verfassungsrechtliche Grundlage des jetzigen preussischen Kabinetts wurde Herr v. Campe daran erinnert, daß der preussische Wahlkampf im Zeichen der Großen Koalition ausgefochten wurde, und zwar erfolgreich. Aber die Deutsche Volkspartei? Sie war zu Beginn des Wahlkampfes für die Große Koalition, nach dem Wahlkampf gegen sie!

Eine Zeitlang versuchte die gesamte Rechte den Ministerpräsidenten bei seiner Antwort durch eine Flut von Zwischenrufen zu verwirren. Der Versuch mißlang. Braun eroberte sich immer mehr die allgemeine Aufmerksamkeit des Hauses, das am Schluß des scharfen Gegenangriffs von der Ministerbank her ganz unter dem Eindruck seiner Rede stand. Starker Beifall erfüllte das Haus, als der Ministerpräsident mit dem Wort schloß: „Wenn ich hier stehe und das Amt verteidige, so tue ich es im Interesse des Landes.“

Nach dem Ministerpräsidenten unterstrich Genosse Hirsch noch einmal in einigen markanten Sätzen einige Punkte in den Ausführungen Brauns. Er gab dabei eine Charakterisierung der Deutschen Volkspartei, die an Deutschtum nichts zu wünschen übrig ließ.

Der Aufwertungsanzler.

Auf der Suche nach einem Finanzminister.

Die dringlichste innenpolitische Aufgabe des neuen Reichstags sollte die Lösung der Aufwertungsfrage sein. So wenigstens konnte man es hören und lesen in den mündlichen und schriftlichen Wahlkundgebungen der Rechtsparteien vor dem 7. Dezember. Zur Befristung dieser Kundgebungen rückten die Parteien der Rechten weit ab vom Reichsfinanzminister Dr. Luther, dem Vater der dritten Steuernotverordnung mit ihren unzulänglichen und unhaltbaren Aufwertungsmaßnahmen.

In den Augen der Opfer der Inflation war Herr Luther ein Scheusal ohne Gefühl und Erbarmen für die Lage, in der sich die ihres Vermögens beraubten Kleinrentner und Sparrer befinden. Dr. Luther hatte sich bei Vorbereitung der Stabilisierungsmaßnahmen anfangs mit aller Entschiedenheit gegen jede Aufwertung ausgesprochen. Erst im weiteren Verlauf der zähen Verhandlungen innerhalb des Kabinetts und mit den Parteien ließ er sich den Höchsthoch von 15 Proz. abringen, der in der dritten Steuernotverordnung für die Aufwertung von Hypotheken und ähnlichen privaten Schuldsforderungen vorgesehen ist, wogegen die Verzinsung und Tilgung der öffentlichen Anleihen ausgeföhrt wurde bis nach völliger Erfüllung aller Reparationsverpflichtungen.

In erster Linie auf den Widerstand Luthers war es zurückzuführen, daß die Regierung sich nicht einmal auf die Beratung der von den Parteien, auch von der Sozialdemokratie, zu der Verordnung vom 14. Februar 1924 gestellten Änderungsanträge einließ, sondern, da die Parteien auf der Behandlung ihrer Anträge bestanden, im März den Reichstag auflöste. Schon bei der Agitation zu den Wahlen überboten sich darauf die Völkischen, die Deutschnationalen und die Wirtschaftsparteiler gegenseitig mit Angriffen auf den aufwertungsfeindlichen Finanzminister Dr. Luther und mit an die Adresse der Gläubiger und Sparrer gerichteten Versprechungen. Die Deutsche Volkspartei war insofern mit von der Partie, als sie den verstorbenen Abg. Dr. Düringer, dessen ehrliches Bemühen zugunsten der beraubten Kleinrentner sie im Reichstag desavouiert hatte, im Wahlkampf vor ihren Parteikarren spannte. Zu einem erheblichen Teil verdankte die Rechte ihre Wahlerfolge bei der Waiwahl den Hoffnungen, die sie mit dem Kampf gegen Dr. Luther bei den an den Bettelstab gebrauchten Inflationsoffern erweckten.

Als es nach den Waiwahlen im Reichstag — übrigens mit stark gedämpftem Trommelklang! — an die praktische Arbeit ging, bereitete Finanzminister Dr. Luther eine Schwierigkeit nach der anderen. Zunächst war er für den Aufwertungsausschuß — die Verhandlungen über den Dawes-Plan waren gerade in der Schwebe — überhaupt nicht zu haben. Durch Beauftragte ließ er dem Ausschuß sagen, daß

er an der dritten Steuernotverordnung nicht rütteln lassen könne. Da der Ausschuss trotzdem einmütig eine Aenderung für unbedingt geboten hielt, bot er schließlich seine Mitwirkung bei den weiteren Arbeiten des Ausschusses an.

Welchen Verlauf sodann die Verhandlungen in dem vom Aufwertungsausschuss eingesetzten Unterausschuss im September und Oktober v. J. nahmen, ist noch in frischer Erinnerung. Sie stellten ein ununterbrochenes zähes Ringen zwischen den Parteien und dem Reichsfinanzminister Dr. Luther dar, das sich zeitweilig so verschärfte, daß im besonderen die Deutschnationalen Herrn Dr. Luther als den Vater aller Hindernisse anklagten, dabei aber freilich selbst nicht den Mut zur Beschlußfassung hatten. Der „Almosenpot“, wie die Deutschnationalen den Fonds bezeichneten, den Luther für arbeitslose Gaben an einen engbegrenzten Kreis bedürftiger Besitzer von Kriegsanleihe zur Verfügung stellen wollte, wurde ihm geradezu vor die Füße geworfen. Das Endergebnis war, daß der Aufwertungsausschuss nach der Reichstagsauflösung im Oktober mit völlig leeren Händen vor den deutschen Wählern stand. Sollte nun der Versuch, die hungernden Gläubiger und Sparer für die Zwecke der kapitalistischen Parteien einzufangen, noch einmal gelingen, so müßten diese Parteien ihre Schuldlosigkeit am Verjagen des Reichstages beteuern und der Wählerschaft einen großen Sündenbock als Schuldigen vorführen. Dieser Sündenbock war Finanzminister Dr. Luther. Die Deutschnationalen hingen ihn der Deutschen Volkspartei an die Rockschöße, die Deutsche Volkspartei tat der Deutschen Wählerschaft kund und zu wissen, daß Dr. Luther nie in seinem Leben ihr Mitglied gewesen sei, die Böllischen und die Wirtschaftsparteiler freidienen es den beiden großen Reichsparteien gehörig an, daß sie diesen Dr. Luther nicht längst aus Amt und Würden gejagt hätten. Der naive rechtsgläubige Gläubiger und Sparer mußte nach der Stellung, die die Reichsparteien im Wahlkampf Herrn Dr. Luther gegenüber einnahmen, jedenfalls annehmen, daß dieser „Mörder“ vieler vorhungrierter Kleinrentner, wie ihn die Aufwertungszeitungen flehlos betiteln, vor Eintritt des neuen Reichstages in die Beratung der Aufwertungsfrage dorthin gesandt werde, wo der Pfeffer wächst.

Und nun erleben die hoffenden und harrenden Gläubiger und Sparer die große Ueberraschung, daß Dr. Luther der Kanzler einer Rechtsregierung geworden ist, deren erste Aufgabe sein soll, die bisher von ihm verhinderte Aufwertung durchzuführen! Der von allen Aufwertungsfreunden aufs schärfste bekämpfte Aufwertungsgegner Dr. Luther ist zum Aufwertungsanzler emporgestiegen!

Verstehen jetzt die Wähler der Rechtsparteien aus den Kreisen der Gläubiger und Sparer, warum diese Parteien mit ihren Anträgen zur Aufwertungsfrage im neuen Reichstage noch um einige Grade vorsichtiger sind, als sie nach den Wahlwahlen waren? Unter der Führung Dr. Luthers die Aufwertungsfrage so zu lösen, wie es die Rechtsparteien den Wählern versprochen haben, ist eine Aufgabe, die etwa der Quadrupel des Jirkels gleicht.

Das haben offenbar auch die Männer erkannt, die bisher als Nachfolger des Herrn Dr. Luther im Amte des Reichsfinanzministers in Frage kamen. Keiner lehnt sich danach, im „Aufwertungsministerium“ Luther als Finanzminister die Prügel für die Unehrlichkeit der Deutschnationalen in Empfang zu nehmen. Die einzig mögliche, für unsere Währung gefahrlose Regelung der Aufwertungsfrage, nämlich die Opfer der Inflation vor dem Untergang zu schützen mit den Mitteln, die von den Inflationsgewinnlern aufzubringen sind, darf der Finanzminister eines Rechtskabinetts nicht wagen, weil die dank der Inflation von ihren Schulden befreiten großen Sachwertbesitzer die finanziellen Säulen der Rechtsparteien sind. Mag man das Amt des Finanzministers feilbieten wie laures Bier: der Zauberkünstler wird nicht gefunden werden, der den Schutz der Interessen der Besitzenden,

die ihr Sachvermögen gerettet, vermehrt oder neue Vermögen gewonnen haben, zu vereinbaren weiß mit einer ausreichenden Fürsorge für die Millionen Beter, die durch die Geldentwertung expropriert worden sind.

## Der neue Reichsinnenminister.

Martin Schiele, der Innenminister des neuen Kabinetts, gehörte bisher nicht nur zu der Deutschnationalen Partei, er war sogar bis zu seinem Amtsantritt als Nachfolger Hergts Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Die Fraktion Halb und Halb, die an der zwiespältigen Haltung ihrer Mitglieder zu dem Londoner Vertrag zu zerfallen drohte, hatte ihn zu ihrem Vorsitzenden erkoren, nachdem eine Krankheit ihn davor beschützt hatte, sich mit einem Ja oder Nein in der wichtigen außenpolitischen Entscheidung über den Dawes-Plan zu belasten.

Seine Führerschaft in der Deutschnationalen Partei bedeutet zugleich ein Programm: Reaktion auf innen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet. Darin wird er seinem Vorgänger Dr. Jarres noch um etliche Grade überreffen.

Schiele ist heute, am 17. Januar, 55 Jahre alt. Erst seit 1914 ist er politisch als Reichstagsabgeordneter hervorgetreten. Im Stil der deutschnationalen Presse, die ihm sehr zugetan ist, wäre er also „eine Größe, die erst dem Kriege und der Revolution ihren Aufstieg verdankt“. Seit 1914 gehört er ununterbrochen dem höchsten Reichsparlament an.

Von Hause aus Rittergutspächter und Fabrikant, ist er in Wirtschaftsfragen Interessent und — da ja die Deutschnationale Partei bekanntlich zwischen Politik und Wirtschaft keine Verflechtung will — wirtschaftspolitische Berater der Fraktion. Als solcher hat er im Reichstag gegen die Zwangswirtschaft erbittert gekämpft. Sehr wird er zu denjenigen Kräften gehören, die den schutzfreundlichen Einfluß der Privatwirtschaft auf die volkswirtschaftlichen Entscheidungen des Kabinetts stärken, und er wird darin in seinem politischen Freunde Haushaus eine starke Stütze finden.

Von besonderem Beigeschmack ist die Vorbestimmung Schieles zu einer der wichtigsten Aufgaben, die das Reichsinnenministerium in der letzten Zeit beschäftigt, dem Journalistengesetz. Es erregte nämlich nicht geringes Aufsehen, als im vorigen Jahre aus seiner Feder eine Reihe von Aufsätzen für die Agrarzeitschriften erschienen, die sich bei näherem Zusehen in wesentlichen Teilen als schlecht bemantelte Artikel in einer bekannten Wirtschaftszeitung herausstellten. Die Abkürzungsbezeichnung beherrschte er also. Ob er die Notwendigkeit einer freien, von der Willkür des Privatkapitals unabhängigen Journalistik begreift, ist zu bezweifeln.

Seine ganze Einstellung beweist jedenfalls, daß die Arbeiterschaft von seiner Politik nicht viel Gutes zu erwarten hat. Schieles Persönlichkeit ist im Kabinett Luthers diejenige, die am stärksten die reaktionäre Note der neuen Regierung betont.

## Der neue Pressechef.

Mit Dr. Marx scheidet auch sein Hauptmitarbeiter, Pressechef Dr. Spieler, aus dem Reichsdienst. Als alter Berufsjournalist hat Dr. Spieler sein Amt mit sozialer Verständnis für die Aufgaben der Presse versehen, daß sie kein Scheiden lebhaft bedauern muß, so sehr es auch dem geraden und festen Charakter Dr. Spielers entspricht. Zu seinem Nachfolger ist Ministerialdirektor Kiep ernannt.

## Der neue Chef der Reichskanzlei.

Der Reichspräsident hat den Ministerialdirektor Dr. Franz Kempner zum Staatssekretär in der Reichskanzlei ernannt.

## Gegen Aktendiebstahl.

### Eine Interpellation zum Fall Tirpitz.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Seit Monaten wird dem Großadmiral v. Tirpitz, Reichstagsabgeordneter und Ehrenvorsitzender der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, öffentlich vorgeworfen, er habe sich widerrechtlich Akten und Dokumente angeeignet und sich Abschriften

solcher Dokumente beschafft, um sie schriftstellerisch zu persönlichen Zwecken zu verwenden.

Hat die Reichsregierung ermittelt, ob im Reichswehrministerium (Marineabteilung) und im Auswärtigen Amt wichtige amtliche Schriftstücke fehlen und sich im Besitz des Großadmirals v. Tirpitz befinden?

Hat die Reichsregierung ein Ermittlungsverfahren gegen widerrechtliche Aneignung amtlichen Materials veranlaßt?

Hat die Reichsregierung Sicherungen getroffen, daß Großadmiral von Tirpitz amtliches dokumentarisches Material ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden nicht mehr veröffentlicht?

## Sozialdemokratische Anträge.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufwertungsausschusses des Reichstages haben an den Vorsitzenden, den Abgeordneten Dr. Steininger, das Ersuchen gerichtet, den Aufwertungsausschuss sofort zusammenzubekommen, um den Gesetzentwurf der deutschnationalen Fraktion zu beraten, der die sofortige Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung betr. die Aufwertungsfrage bezweckt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag den Entwurf einer Novelle zum Kinderschutzgesetz von 1903 vorzulegen, die einen verstärkten Schutz der Kinder gewährleistet.“

## Neue Krise der Pariser Verhandlungen.

### Trendelenburg nimmt Fühlung mit der neuen Regierung.

Paris, 16. Januar. (W.T.B.) Ueber die heutigen Verhandlungen der deutsch-französischen Handelsvertragsdelegation wird mitgeteilt: Bei der heutigen Verhandlung haben sich die Auswärtigen für eine Einigung in den weiteren Handelsvertragsverhandlungen verschlechtert. Der deutsche Gegenanschlag, der versucht hatte, sich dem letzten französischen Vorschlag zu nähern, erlitten der französischen Delegation nicht diskutierbar. Sie erklärte, daß sie die gegenseitige Reißbegünstigung, wie sie das Protokoll vom 10. Januar und vom 12. Dezember 1924 vorgesehen habe, in weiterem Umfang nicht zubilligen könne, sondern eine unterschiedliche Zollbehandlung auch solcher deutscher Waren verlangen müsse, die für die deutsche Exportwirtschaft wesentlich seien. Diese völlig veränderte Lage veranlaßte Staatssekretär Trendelenburg, zu erklären, daß er zunächst mit der neu gebildeten Regierung in Berlin Fühlung nehmen müsse.

## Eine Klage gegen Verleumdung.

### Robert Schmidt verklagt den „Tag“.

Der „Tag“, das Organ des Herrn Hugenberg, hat dem Genossen Robert Schmidt trotz eindeutiger Richtigstellung zu wiederholten Malen nachgelagt, daß er an Dinners oder Soupers mit den Gebrüdern Barnat im Hotel Bristol teilgenommen habe.

Genosse Robert Schmidt hat diese wiederholten Behauptungen wiederholt öffentlich zurückgewiesen. Diese Behauptungen waren um so verletzender, als Genosse Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister durch den „Tag“ in eine Verbindung mit den Barnats gebracht werden sollte, die mit den Pflichten seines Amtes nicht vereinbar gewesen wäre. In einer den Geboten aller journalistischen Anständigkeit widersprechenden Weise hat die Redaktion des „Tag“ diese Verdächtigungen fortgesetzt.

Genosse Robert Schmidt hat infolge dieses unqualifizierbaren Verhaltens gegen die Redaktion des „Tag“ Verleumdungsklage angestrengt. Die Verdächtigungen und Verleumdungen des „Tag“ werden somit gerichtlich geahndet werden.

Neuer Herdof-Sieg. Die Kammer hat im Laufe ihrer gestrigen Sitzung auf Antrag des Ministerpräsidenten Herriot eine Interpellation des Abg. Lafrique über die allgemeine Politik der Regierung mit 33 gegen 225 Stimmen auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Wer wirft zuerst den Stein auf ihn . . . ?

### Nach der Wirklichkeit von Walter Dab.

Er war Angestellter auf einer westfälischen Steintohlengrube und hatte den Landabfah der Kohle zu regeln. Seinen Dienst tat er, wie es sich gehört. Nach der mündlichen Dienstverweisung vor Jahren hatte er den Händlern und Fuhrleuten die Kohlen nur gegen sofortige Bezahlung auszuliefern. Das war für das Werk ein einfacher, da es sich beim Landabfah nur um kleinere Mengen handelte.

Nach der Installationszeit kam die große Rot an flüssigem Kapital. Die Arbeit stockte, Rot und Glend breiteten sich aus. Auf der Suche unseres Angestellten ging es mit der Arbeit anfangs noch so halbwegs. Aber auch hier warf die Arbeitslosigkeit bald ihre Schatten vorous. Was noch flott ging, war der Landabfah. Schließlich wurde es aber auch da weniger, denn die Händler und Kleinrentner hatten ebenfalls kein Geld, um ihre Kohlen sofort im voraus bezahlen zu können.

Unseren Angestellten packte die Sorge. Nicht nur um ihn und seine Familie, sondern auch um seine Arbeitskollegen. Es lag auf der Hand, wenn auch der Landabfah aufhörte, kamen die Ziererschichten und damit die Arbeitslosigkeit.

Er beging die Eigenmächtigkeit, zwei Händlern Kohle auf Kredit zu geben. Es war ein Kredit ohne Sicherheit. Man konnte sich, er verteilte den Händlern, übermorgen oder spätestens in einer Woche würde er das Geld — etwa 500 Mark — in Händen haben. Jemanden eigenen Gewinn hatte er durch den Kredit nicht, nur den einen, daß die Förderung nicht stockte.

Es kam anders. Die Händler verschwanden, mit ihnen das Geld, und unser Angestellter hatte das Nachsehen. Da ein Unglück selten allein kommt, wurde zu gleicher Zeit die Kasse geprüft, und die „umfangreichen Verfehlungen, Kohlenhiebungen usw.“ waren festgestellt.

Das geschah, als er zu Hause war. Man holte ihn vom Mittagstisch weg und in die Untersuchungsanstalt. Erst am nächsten Tage, nachmittags 4 Uhr, führte man ihn vor den Untersuchungsrichter. Bis dahin hatte er keinen Bissen zu essen bekommen. Geschlafen hatte er in der Nacht auch nicht. Rasend jagten ihm die Gedanken im Kopfe herum. Ueber zwanzig Jahre war er bei der Firma, er war redlich und ehrlich gewesen — und nun das!

Zum Untersuchungsrichter schleppte er sich mehr, als er ging. Ausgehungert und übermüdet, war er völlig erschöpft. Das Kreuzverhör dauerte trotz seiner körperlichen Unzulänglichkeit von nachmittags 4 Uhr bis abends 10 Uhr. Er sollte Zugeständnisse machen, die er beim besten Willen nicht geben konnte. Seine Hände waren tein! Aber das Hin und Her der Fragen ging immer weiter. Zuecht wurde ihm schwarz vor den Augen. Er wußte gar nicht mehr, was er sagte. Es ging alles durcheinander.

Diese Nacht schlief er ungewöhnlich fest. Als am anderen Morgen die helle Sonne durch das vergitterte Fenster schien, schrak er

zusammen. Ein Gedanke zitterte in ihm: was mochte er dem Untersuchungsrichter gestern alles gesagt haben? Er ließ sich das Protokoll noch einmal vorlesen und hörte, daß er gestern in seiner geistigen und körperlichen Erschöpfung eine Schuld auf sich geladen hatte, die ihm nie und nimmer zumut. Seine Einwendungen gegen das Protokoll brachten ihm die Fortsetzung der Untersuchungsbahn ein.

So sah er drei und einen halben Monat in der engen Zelle und hatte nicht nur die Ungenügsamkeit seines eigenen Schicksals durchzukosten, sondern auch um die Hilflosigkeit seiner Familie zu bangen. Jetzt hatte er wieder die Freiheit. In einigen Wochen wird das Gericht über seinen Fall zusammentreten. Seine frühere Firma hat ihn wieder eingestellt, wenn auch zurzeit zu ungünstigeren Bedingungen.

Er selbst ist ein höchst empfindsamer Mensch. Die dreieinhalb Monate im Gefängnis bedrückten ihn aufs schwerste. Niemand kann ihn dafür entschuldigen. Ihm wird auch keine Genugtuung für den entgangenen Verdienst, für das Hungern seiner Angehörigen und für die freilichen Qualen werden. Vielleicht sieht man ihn in der Gesellschaft gar über die Schulter an.

Nur wir verstehen ihn und seinen Fall. Und wir erheben die Frage: „Wer wirft zuerst den Stein auf ihn?“

## Theater und Kino in London.

Das Londoner Theater ist von seltenen Ausnahmen abgesehen, langweilig und konventionell und hat ein viel tieferes Niveau als beispielsweise das Berliner Theater. Das englische Theater kennt keinen künstlerischen Ehrgeiz, keinen sichtbaren Regiewillen, kein kunstbegehrtes Publikum und keine anspruchsvolle Kritik. Dabei ist der Theaterbesuch ungeheuer teuer und wegen der großen Entfernungen auch sehr zeitraubend. Ueberdies sind die Theater an Sonntagen geschlossen. Da es aber Cafés wie im übrigen Europa nicht gibt und das Leben außerhalb der Wohnung auf Sport und Klubs beschränkt ist, so wird es erklärlich, warum das Kino in noch höherer Maße als auf dem Kontinent zum geselligen Zentrum und zur täglichen Zustuhlsstätte für Hunderttausende wird. So ist das Kino für England eine erstere kulturelle und soziale Lebensfrage geworden als für irgend ein anderes Land, höchstens mit Ausnahme Amerikas. Amerika beherrscht infolge dessen auch den Markt. Der englische Film steht immer noch in den Kinderschuhen und nicht einmal in sehr hoffnungsvollen. Der amerikanische Film erhält höchstens noch eine ernsthafte Konkurrenz durch die wenigen aus Deutschland importierten Filme, die allerdings als deutsche Filme für die großen Massen unkenntlich sind. Das bedeutet bei der breiten Wirkung, die der Film ausübt, eine Art von „kultureller“ Eroberung Englands durch seinen „jüngeren Bruder“.

Leider beschränkt sich die amerikanische Lichtbildkunst nicht nur auf den Wildwest- und Abenteuerfilm, in dem geritten, geschossen, um bei Weite gerast und gebogt wird, und in dem am Schluß der frohwolle Hüne mit der Kindersee die moralischen Gewichte der Welt mit seinen starken Händen widerderstellt, sondern es gibt daneben auch eine andere Art von amerikanischem Film, die sich

immer entscheidender vordrängt, in dem ein romantisch verklärtes Bild des Kapitalismus gemalt wird. Voller und Tugend wird in einer seltsamen Verzerrung hingestellt, bei der — mag tausendmal die Tugend sagen — das Vaster von Anfang an unsere ganzen Sympathien hat, und daneben wird eine billige, mit dem wirklichen Leben völlig im Widerspruch stehende Katechismus-Geschlechtsmoral gepredigt. Dadurch wird in hunderttausenden, „lebenshungrigen“, gesunden Menschen der im angelsächsischen Menschen ohnedies so stark entwickelte Reiz zur Heuchelei noch besonders gepflegt und der Boden dafür bereitet, daß auch die kommende Generation jenen Zwiespalt zwischen Scheinleben und tatsächlichem Leben nicht überbrückt, der das Leben unter dem Ungefasslichen für den fortgeschritteneren Kontinentalen zuerst so unverständlich, ja schwer erträglich macht. E. B.

## Abgesagte Vorstellung.

„Nur immer rin ins Kabinett!“  
So sprach der Dr. Luther,  
Mit rechts schwenkt marsch — Schepdswarebrett!  
Ist alles bald in Butter.

Durch Schiele hab' ich es geschafft —  
Dem Tillygen freie Bahne!  
Du herrsche ich mit Mut und Kraft,  
Und Strese trägt die Fahne.

Und Freitag um die Abendstund'  
Will ich den Text auch lesen,  
Dann tu' ich groß auf meinen Mund  
Für laundsoviel Theesen!

Doch als es Freitag abend war,  
Da fehlten Sülzer viere  
Minister noch, als ob die Schar  
Sich selber subtrahiere.

U macht nicht mit, B macht nicht mit,  
C will sich's überlegen,  
D zeigt des Rodes Rückenknitt  
Und sagt: „Ihr könnt . . . Von wegen!“

Da wend' ich Luther ob und groß!  
Und spricht betrübt zu Sirefen:  
„Die Theesen die ich lesen wollt',  
Sind leider Hypothesen!“

Jeremias.

In der „Hoo'soyer“ beginnt Alford Tauber am 21. d. M. seine diesjährige Tätigkeit als „Turibdu“ in „Cavalleria rusticana“, in der Barbara Kemp die „Contessa“ singt. Weitere Auftritte am 22. (Belmonte „Gudführung“) und am 24. (Wido „Arland“).

Das 55. Jubiläum des Ulgermeinen Deutschen Musikvereins findet in den Tagen vom 14. bis 18. Juni d. J. in Kiel statt. Eine Schauspielerziehung. Der Kammerdamer Gemeinderat beschloß dem auch in Deutschland bekannten Schauspieler Louis Bouwmeester der jetzt 82 Jahre alt ist, eine jährliche Rente von 4000 Gulden zu zahlen. Außerdem wird auch die Regierung Bouwmeester eine Reichsdeputation beehren.

# Deutschland wieder isoliert.

## Neutrale und Alliierte einmütig gegen die Rechtsregierung.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Jahr und Tag vor der Bildung einer Rechtsblockregierung besonders aus nationalen Gründen eindringlich gewarnt. Ihre Mahnungen haben kein Gehör gefunden. Die Aufnahme des Ministeriums Luther in der Presse des Auslandes bedeutet die erste Bestätigung der Richtigkeit ihrer Warnungen. Und zwar ist es nicht allein die Presse in den Hauptstädten der alliierten Länder, die ihre offene Feindseligkeit gegenüber dem Rechtsblock zum Ausdruck bringt, sondern auch die neutralen Blätter reden übereinstimmend dieselbe Sprache der Ablehnung und des Mißtrauens. Obwohl das B.V., das sonst mit Auslandsstimmen eher verschwenderisch umgeht, diesmal — offenbar auf höheren Befehl — fast keine Blätterzitate verbreitet, wird die betrübende Tatsache nicht fortgeschwiegen werden können: Deutschland steht seit gestern wieder völlig isoliert in der Welt da.

Wir haben um so weniger Anlaß, uns darüber zu freuen, daß wir mit unseren Voraussetzungen recht behalten haben, als es ja das deutsche Volk ist — und wie immer in solchen Fällen in erster Linie die Arbeiterklasse —, das die Forderung einer verkehrten Politik zu begreifen hat. Es gehört auch keine große Prophetengabe dazu, um außerdem schon jetzt zu wissen, daß diese einmütige Feindseligkeit der Weltmeinung, die sich in den ersten Pressestimmen widerspiegelt, nur einen Anfang, ein Vorspiel zu viel Gefährlicherem bedeutet. Deutschland hat die bodenlose Torheit des Bürgerblock-Experimentes in einem Augenblick begangen, in dem die wichtigsten und heikelsten Probleme der deutschen Außenpolitik einer Lösung harren. Eine befriedigende Lösung konnten diese Fragen nur finden, wenn diejenigen Mächte, die nun einmal die stärkeren sind, ein Mindestmaß von Vertrauen in die deutsche Politik aufbringen könnten. Statt dessen werden sie übereinstimmend ein Höchstmaß von Mißtrauen gegen alle Worte und Taten der Regierung Luther-Stresemann-Schiele zeigen.

In Deutschland und auch in den Hauptstädten des Auslandes kursiert seit gestern das Wort vom „neuen Cuno-Abenteuer“. Der Vergleich liegt nahe und ist dennoch falsch. Als Cuno sein Amt antrat und bald danach die Ruhrtragedie begann, da standen im Lager der Regierung die Parteien des Zentrums und der Demokraten, die Deutschnationalen waren draußen, und gegenüber dem brutalen Vorstoß des französischen Imperialismus wehrte sich die deutsche Sozialdemokratie, vor allem die Ruhrarbeiterschaft, ganz spontan und einmütig. Der größte Teil der Weltmeinung, nicht nur in den neutralen Ländern, sondern sogar im Lager der Entente selbst, stand damals auf deutscher Seite.

Heute liegen die Dinge von vornherein unendlich ungünstiger für Deutschland als damals. Mag Luther in seiner Erklärung noch so heilig beteuern, daß er die Außenpolitik seines Vorgängers fortsetzen werde — es wird ihm im Ausland kein Mensch das glauben, weil er sich jetzt auf die Deutschnationalen und auf die Deutsche Volkspartei stützt, und weil alle republikanischen Elemente des deutschen Volkes in Opposition zu ihm stehen. Und vor allem: heute regiert in Frankreich nicht mehr Poincaré, sondern Herriot. Das Vertrauen und die Sympathie der gesamten Weltmeinung werden um so stärker für Herriot und die französische Demokratie sein, je größer die Abneigung und das Mißtrauen gegen Luther-Stresemann-Schiele und gegen die deutsche Reaktion sind.

Wir haben seit Monaten all das gewußt und vorausgesagt: wir lehnen infolgedessen schon jetzt jede Verantwortung für das, was sich außenpolitisch entwickelt wird, auf das entschiedenste ab und machen dafür vor dem deutschen Volk und vor der Welt die Männer des neuen Bürgerblockkurzes verantwortlich. Dem Auslande gegenüber sagen wir: diese Regierung ist eine Verfälschung des deutschen Wahlergebnisses, diese Regierung ist nicht Deutschland, sie ist nicht das deutsche Volk, das in seiner großen Mehrheit keine größere Sehnsucht hat als Verständigung und Frieden.

Zugleich ermahnen wir aber das Ausland, nicht zu vergessen, daß die Regierung Luther höchstwahrscheinlich nur ein sehr vorübergehendes Experiment sein wird, besonders dann, wenn man den Fehler vermeidet, das deutsche Volk für die Dummheiten seiner Bürgerblockmänner büßen zu lassen.

### Schweiz.

Genf, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett Luther findet eine sehr schlechte Aufnahme in der Schweizer Presse. Für die „Böfeler National-Zeitung“ bedeutet diese Regierung, in der kein ernsthafter Republikaner oder Demokrat ist, die offensibare Reaktion nach innen und bösen Willen, Kriegsgelüste, Monarchismus und geheime Rüstung nach außen. Besonders kennzeichnend sei die Uebernahme des Wirtschaftsministeriums durch einen Beamten, der seinerzeit den Eid auf die Verfassung verweigert habe. Die „Böfeler Neuesten Nachrichten“ betonen, auch die neue reaktionäre Regierung müsse mit den außenpolitischen Tatsachen rechnen und selbst ein Staatsstreik könne weder die Engländer aus Köln, noch die Franzosen aus dem Ruhrgebiet entfernen. Ebenso müsse das Dawes-System bestehen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ kritisiert aufs Schärfste Stresemann, den sie als eigentlichen Urheber der Krise, als Vater des verheerenden Bürgerblocks und Unterwähler der Position des Kanzlers Marx bezeichnet. Stresemann habe alles vergessen, was er im Wahlkampf gegen rechts gesprochen habe. Er habe auch vergessen, daß er die Londoner Politik mit den Sozialdemokraten gegen die Deutschnationalen gemacht habe. Er habe, obwohl das Wahlergebnis den Linksparteien den stärksten Gewinn brachte, eine Rechtswendung des Regierungskurses verlangt, um den Kampf um die Macht im Staate, den die Wähler unentschieden gelassen haben, mit parlamentarischen Kniffen und rücksichtsloser Taktik gegen den bisherigen Kanzler der Mitte zugunsten der Rechten zu entscheiden, die für die bevorstehende Postendstellung aus dem Dawes-Plan das Heft in die Hand bekommen wolle. Marx sei am Streik Stresemanns gescheitert, weil er nicht als Feigenblatt für einen Rechtsblock dienen wollte. Es sei bedauerlich, daß das Zentrum den ehrwürdigen Plänen Stresemanns nicht widerstanden und die alte Weimarer Koalition, die allein positive Aufbauarbeit leisten könne, wiederhergestellt habe.

### Deutschösterreich.

Wien, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiener Freitagblätter haben zu der Ernennung Luthers zum Reichskanzler fast ausschließlich nur in dem Titel ihrer Nachrichten Stellung nehmen können, weil die endgültige Ernennung erst sehr spät in Wien eintraf. Die „Arbeiter-Zeitung“ nennt die Regierung eine kaum noch

verkappte Rechtsregierung. Der „Tag“ schreibt: „Das Ministerium ist das unzweifelhafteste Ministerium des Bürgerblocks.“ Einen Leitartikel widmet der neuen Regierung nur die „Neue Freie Presse“. Sie schreibt: „Der Ruf der Vergangenheit des neuen Reichskanzlers ist eine gewisse Beruhigung in der ersten Sorge, zu der die Zusammensetzung seines Ministeriums allzu sehr Anlaß gibt. Luther ist so eng mit dem Dawes-Plan verbunden, daß es wohl als ausgeschlossen gelten kann, er könnte sich in der auswärtigen Politik von der Linie entfernen, die durch die Reichstagswahl gutgeheißen wurde. Aber die Ministerliste, die veröffentlicht wird, ist an sich eine Art von Bekenntnis und eine Art von Bindung. Deshalb wird man die Beforgnis hegen müssen, daß die Männer, die er sich ausgewählt hat, ihn immer weiter nach rechts ziehen werden.“

### England.

London, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Stellungnahme der englischen Presse zu der neuen Reichsregierung kann keineswegs als zurückhaltend bezeichnet werden. Der „Daily Telegraph“ schreibt: Das neue Kabinett ist ein seltsames Ereignis für die Republik, da beinahe alle Mitglieder im Herzen zweifellos Monarchisten sind. — Die „Daily Mail“ schreibt unter dem Titel: „Wiederkehr der alten Bande“: Heute nacht ist die alte Bande, die für den Krieg verantwortlich ist, wieder zur Macht gekommen. Das neue Kabinett ist nichts als eine reaktionäre Rechtsregierung. — Die „Morning Post“ schreibt: Die Deutschnationalen können sich gratulieren. Sie besitzen drei Ministerien, die ihnen eine große Macht in die Hände geben. Das Kabinett ist eine Regierung derjenigen, deren Absicht es ist, das Vorkriegsdeutschland wiederherzustellen. — „Daily Express“ schreibt: Der lange Kampf um die Vormacht scheint mit einem Sieg der Junker beendet zu haben, die hierbei von ihren Bundesgenossen, den Großindustriellen, unterstützt wurden. — Insbesondere erzählt die „Person“ Neudaus überall eine scharfe Kritik. Seine Ernennung wird als ein Schlag ins Gesicht der Republik bezeichnet. Es wird auf die Zusammenhänge mit dem Rathenau-Röcher hingewiesen. Das einzige, einer republikanischen Partei angehörige Mitglied habe sich völlig den Anordnungen Seerats unterworfen. — Die gesamte Presse stellt fest, daß es von der Haltung des Zentrums unmittelbar abhängig sei, ob Deutschland der völligen Reaktion anheimfalle.

### Frankreich.

Paris, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die neue deutsche Regierung ist das reaktionärste Kabinett, das Deutschland seit 1914 gehabt hat, das ist das Leitmotiv, das am Freitag von der französischen Presse in allen Tonarten variiert wird. Die Abendblätter sprechen von einem Regime Kapp-Lüttich, das sich in Berlin, diesmal ohne Staatsstreich, etabliert habe, und einzelne gehen sogar noch weiter, indem sie die Frage stellen, wie lange es dauern werde, bis in Deutschland die Hohenzollern wieder auf dem Thron sitzen würden. „Paris Soir“ charakterisiert die Mitglieder des neuen Kabinetts wie folgt: Luther und Stresemann sind seit zwei Jahren und insbesondere seit dem letzten halben Jahr, die unentwegtesten Vorläufer der Rechten gewesen. Herr Seerats ist nichts als der Strohmann des Generals v. Seerats, die nationalpolitischen Politiker aber, die Herr Luther sich für sein Kabinett verschrieben hat, hätten niemals einen Schritt daraus gemacht, daß sie Agenten der Hohenzollern sind. Das Zentrum, das die Bildung einer derartigen Regierung ermöglichte, hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Um so gespannter muß man darauf sein, wie die Dinge im Reichstag reagieren werden. — „Intransigent“ erinnert an die Erklärung, die Herriot nach seiner Rückkehr von der Londoner Konferenz in der Kammer abgegeben hat und in der dieser gesagt hat, Frankreich mache in seiner Politik gegenüber Deutschland einen Unterschied zwischen den Parteien, die wirklich für den Frieden kämpfen und den Nationalisten, denen gegenüber es keinerlei Rücksichten kennen werde. — Der „Temps“ schreibt, man könne Deutschland jedenfalls nicht zum Vorwurf machen, daß es ein verschleiertes Rechtskabinett habe, denn das neue Ministerium mache aus seiner ausgesprochenen reaktionär-nationalistischen Tendenz keinerlei Hehl. Man werde im Lager der Entente darauf gefaßt sein müssen, daß eine deutsche Regierung dieser Art, wenn es ihr gelinge, sich am Ruder zu halten, früher oder später nicht zögern werde, den Dawes-Plan über den Haufen zu werfen und der militärischen und moralischen Abrüstung Deutschlands den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Das Terrain, das man seit der Unterzeichnung des Londoner Abkommens gewonnen zu haben glaubte, sei mit einem Schloge wieder verloren.

### Italien.

Rom, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Soweit sich die römische Presse mit dem neuen deutschen Kabinett bereits befaßt, wird der innen- und außenpolitische Umschwung in Deutschland, den die neue Regierung aller Welt offenbart, feststellt. „Messaggero“ bezeichnet als springenden Punkt das Verbleiben Stresemanns im auswärtigen Amt. Der Sieg Stresemanns über Marx kennzeichne die Bestätigung der neuen Regierung gegenüber dem Kabinett Marx. Die Neuorientierung, die das Kabinett Luther darstelle, sei eine klare Rechtswendung. Es sei daher wichtig, zu beobachten, welche Folgen das für die Außenpolitik Deutschlands haben werde. Auch sonst widerspricht der neuen Regierung eine denkbar schlechte Aufnahme. „Tribuna“ überschreibt ihren Artikel: Paradoxe deutsche Lage. Regierung der Rechten mit Programm der Linken. Das Blatt hofft, daß die Linksparteien durch ihre zahlenmäßige Stärke in der Lage sein würden, auch diese Rechtsregierung zur Fortführung der Erfüllungspolitik zu zwingen. Denn die Erfüllungspolitik gestatte, die sichtbaren Fortschritte auf dem Wege zu seinem Wohlergehen zu machen. Das Blatt verargt es Luther besonders, daß er offen mehrere Rechtsleute in sein Kabinett berufen hat.

### Tschechoslowakei.

Prag, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung von der Bildung des Kabinetts Luther ist verpöndet in Prag angelangt, so daß die Blätter vom Freitag zur Bildung des Kabinetts noch nicht oder nur ganz kurz Stellung nehmen konnten. Immerhin kann gesagt werden, daß der Eindruck in der politischen Öffentlichkeit der denkbar ungünstigste ist. Besonders in sozialistischen Regierungskreisen ist man peinlich davon berührt, daß der Wohlerfolg der Sozialdemokratie eine so protezte Auswirkung finde. Das Kabinett wird als eines der reaktionärsten der Nachkriegszeit bezeichnet. Das Blatt des Ministerpräsidenten, der „Venkov“, nennt die Regierung Luther ein ausgesprochenes „Schwarz-Weiß-Rot-Kabinett“. Die „Politika“ sagt: Die außenpolitischen Folgen der Bildung der Regierung des Nationalismus und des wenig verhaltenen Monarchismus in Deutschland werden bald eintreten. — Das sozialdemokratische „Pravo Lidu“ bezeichnet Dr. Luther nur als vorgeschützten Steuerhelfer. Die hauptamtliche der Regierung würden die Deutschnationalen sein. — Ausführlicher werden sich die tschechischen Blätter erst am Sonntag zur Regierungsbildung äußern. Von deutschen Blättern erklärt der „Sozialdemokrat“, daß die deutsche Sozialdemokratie Zeit hat zu warten, bis die Rechtsregierung am Ende ihrer Weisheit angelangt ist und gezeigt hat, daß sie außenpolitisch gar nichts anderes machen kann als die übrigen deutschen Regierungen getan haben. Wörtlich heißt es dann: Der Geschlagene in dem Ringen um die Macht im Reich werde das Zentrum sein. Das Rechtskabinett Luther ist ein Konstrukt, wie es nur in dem Deutschland ohne demo-

kratische Tradition, in dem Deutschland des beschränkten Untertanenvertrandes, in dem Deutschland des politisch unfähigen Bürgertums möglich ist. Es kann für Deutschland nur Schande und Schaden bedeuten. Die Sozialdemokratie muß von nun an nur an die Stunde denken, in der sie dieses Kabinett hinwegjagt.

## Die Kredite der Reichspost.

### Eine Erklärung der Reichstagsfraktion.

Die Vertreter der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost erklären, daß sie nach wie vor mit der Geldbewirtschaftung der Deutschen Reichspost nicht einverstanden sind. Die Kreditgewährung lediglich nach den „Richtlinien“, ohne jede weitere Bindung, hat zu den Vorgängen geführt, die heute allgemein kritisiert und verurteilt werden. Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellen fest, daß sie schon im Mai v. J. als ihnen die Kreditgewährung an den Michael-Konzern bekannt geworden war, verschiedentlich in mündlichen Rücksprachen im Reichspostministerium deshalb Beschwerde erhoben und auf beschleunigte Abwicklung dieses Kredits gedrängt haben. Sie stellen weiter fest, daß sie dann in der Sitzung des Verwaltungsrats vom 26. Juli 1924 durch den Abg. Steinkopf unter Bezug auf den Fall Michael und in der in dem Protokoll dieser Sitzung und dem „Vormwärts“-Artikel des Abg. Steinkopf vom 31. Juli 1924 näher bezeichneten Art darauf hingewiesen haben, daß die dem Verwaltungsrat vorgelegten „Richtlinien“, die übrigens sowohl von dem Referenten des Reichspostministeriums in der Sitzung des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats vom 24. Juli 1924 und dem Herrn Berichterstatter des Verwaltungsrats in der Sitzung vom 26. Juli 1924 lediglich als „Vereinbarung“ bezeichnet wurden, nicht genügen, um ausreichende Sicherheiten gegen die unangebrachte Kreditgewährung und mißbräuchliche Verwendung des Kredits zu geben.

Ihre Forderung auf Aufstellung von scharf umrissenen Bedingungen für die Gewährung und Verwendung der Kredite (keine Wucherzinsen bei Weitergabe, kein Gebrauch der Kredite zugunsten der Allgemeinheit usw.) sowie auf Mitwirkung des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats bei der Kreditgewährung zum Beispiel bei großen Summen oder unmittelbarer Begebung fanden im Verwaltungsrat keine Beachtung. Diese Hinweise und Bedenken wurden vielmehr nach Ausweis des Sitzungsprotokolls als „Anlaß“ bezeichnet, „der das Finanzgebahren der Post gefährde“.

Die Vertreter der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost sind deshalb genötigt, heute festzustellen, daß sie jede Verantwortung nach § 4 des Reichspostfinanzgesetzes vom 18. März 1924 für die bedauerlichen Vorgänge ablehnen.

Anschließend an die Ausführungen des Abgeordneten Steinkopf in der Sitzung des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats vom 3. Januar 1925 verlangen die Vertreter der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erneut die sofortige Einsetzung eines Ausschusses, der in enger Verbindung mit dem Reichspostministerium, Reichsfinanzministerium und der Reichsbank neue Richtlinien für die Anlegung der Postgelder aufzustellen und dabei folgende Punkte zu beachten oder zu klären hat:

1. Kein Risiko für die Deutsche Reichspost.
2. Keine Ausnutzung der Postgelder zum Nachteil der Allgemeinheit oder zur Erzielung von Nebenverdiensten.
3. Keine Begünstigung einzelner Personen oder Konzerne bei Begebung der Kredite.
4. Frage der Begebung direkter Kredite.
5. Frage der Kreditfrist, Fristverlängerung.
6. Mitwirkung des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats bei Begebung von Krediten.
7. Monatlicher Nachweis über die Anlegung der Postgelder an die Mitglieder des Verwaltungsrats.
8. Prüfung der laufenden Kredite und ihrer Abwicklung.

Im weiteren erheben die Vertreter der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Forderung nach Veränderung der Stellung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hat nach Absatz 4 des § 6 des Reichspostfinanzgesetzes vom 18. März 1924 den Reichspostminister in der Führung der Geschäfte zu unterstützen und die Beachtung der durch Gesetz und Ausführungsbestimmung aufgestellten Grundsätze zu überwachen. Es kann nicht anerkannt werden, daß die jetzige Stellung des Verwaltungsrats diesem Grundgesetz entspricht. Der Verwaltungsrat muß vielmehr zu einem Aufsichtsorgan der Deutschen Reichspost ausgebaut werden. Dies bedingt, daß er bei seiner Geschäftsführung völlig vom Reichspostminister losgelöst und dieser nicht der Vorstehende des Verwaltungsrats und seines Arbeitsausschusses sein kann.

Diese Forderung ist von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schon bei der Schaffung des Postfinanzgesetzes erhoben worden. Sie wurde aber zurückgestellt, weil die Fraktion angefaßt der seinerzeit bevorstehenden Auflösung des Reichstags das Zustandekommen des Reichspostfinanzgesetzes nicht gefährden wollte.

Die Vertreter der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangen nunmehr, daß der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrats beauftragt wird, in Verbindung mit dem Reichspostministerium die Frage der Stellung des Verwaltungsrats mit aller Beschleunigung zu prüfen und dem Verwaltungsrat möglichst bald über das Ergebnis Bericht zu erstatten und ihm die notwendigen Vorschläge zu unterbreiten.

## Ein Beirat der Seehandlung.

Der Beschluß des Hauptausschusses des Preussischen Landtages, der Seehandlung einen Beirat beizugeben, der Aufsichtsfunktionen ausübt, ist jetzt verwirklicht worden. Nach den Angaben der Regierung soll dieser Ausschuss ermächtigt sein, Vorschläge über gebotene Maßregeln zu machen. Das ist gerade keine klare und präzise Festlegung. Angesichts der Skandalaffäre in der Preussischen Staatsbank wird die Öffentlichkeit mit Recht verlangen, daß die Rechte des Ausschusses erweitert und vor allen Dingen genau präzisiert werden. Es muß vor allen Dingen verhindert werden, daß der Ausschuss nichts anderes als eine Kulisse für eine Politik einer selbstherrlichen staatlichen Finanzbureaucratie wird. Dem Ausschuss gehören an: Dr. Schacht, Generaldirektor Lob von der Preuhag, der bekannte Generaldirektor von Weissen, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller und Vertreter des Reichsfinanz-, des preussischen Handels- und des preussischen Innenministeriums. Als Mitglieder des Landtages treten in den Ausschuss ein Dr. Wäntig (Soz.), Dr. Seidig, Dr. Hager, Dr. Höpfer-Uhoff und Dr. von Winterfeldt.

Die deutsch-litauische Konferenz in Königsberg ist beendet. Es ist eine Einigung über das von Deutschland für das Remischgebiet abzutretende rollende Eisenbahnmateriale erzielt. Die Uebergabe an Litauen beginnt 14 Tage nach der Ratifizierung.

# Gewerkschaftsbewegung

## Eine klare Situation.

Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes hat bekanntlich kürzlich auf eine Einladung der britischen „nationalen Kinderheit“ (Kommunisten) zur Teilnahme an einer Konferenz zur Herbeiführung der Einheit geantwortet. Das er nach dem Beschlusse des Gewerkschaftskongresses von Hull nur mit solchen Organisationen in Verbindung treten könne, die ihm angeschlossen sind.

Damit ist die Sachlage geklärt. Die englische Gewerkschaftsbewegung ist, wie die Bewegungen aller anderen Länder, für die Einheit, doch die leitenden Instanzen wissen sehr genau — und vielleicht gerade angeht — auf dem Kontinent gemachten Erfahrungen —, daß bei allen derartigen Bestrebungen unter allen Umständen die innere Disziplin gewahrt bleiben muß. Mit anderen Worten: sie sind für die organische Einheit. Die englischen Genossen sind sich darüber klar, daß eine erspriessliche Einheit von „oben“ nur kommen kann, wenn sie „unten“ gewahrt bleibt, was für die Länder, wo es zu Spaltungen gekommen ist, logischerweise heißen muß: wenn die Einheit auch von unten wiederhergestellt wird. Die Decke kann somit nur lauten: Einheit von unten und von oben.

Wie stellt sich Moskau zu dieser Forderung? Auf dem Zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale sagte Sinowjew im August 1920 in bezug auf die Amsterdamer Gewerkschaften u. a.: „Wir müssen sie spalten und für uns gewinnen... Wir müssen allen Gewerkschaften deutlich machen, daß sie die Amsterdamer Internationale zu verlassen haben, da es nun eine rote Internationale gibt, der sie sich anschließen sollen.“ Auch heute noch will Sinowjew die Gewerkschaften für den unumschränkten Gebrauch Moskaus „erobert“. Nun heißt es aber — und dies ist der einzige Unterschied —: keine neuen Sonderorganisationen sondern zurück in die Gewerkschaften. Der Zweck ist der gleiche geblieben, das Mittel ist neu.

Ueber das Mittel ist folgendes zu sagen: Schon bevor es Sinowjew zur Taktik stempelte, ist es da und dort versucht worden. In Frankreich geschah es z. B., daß sich kommunistische Gewerkschaften ohne weiteres wieder dem regulären Landesverband anschlossen, was zur Folge hatte, daß die Führer von den Kommunisten sofort als die schlimmsten Verräter mit den üblichen Schimpfnamen bedacht wurden. Daneben kam es vor, daß sich Organisationen von den Kommunisten trennten und sich autonom erklärten, daß sich in einem anderen Falle ein Teil der Kommunisten trotz eines Mehrheitsbeschlusses zugunsten des Wiederanschlusses an den regulären Gewerkschaftsbund, neuerdings zu einer dissidenten Organisation zusammen schloß oder, wie in der Tschechoslowakei, wo die Kommunisten versuchten, wenigstens innerhalb ihrer eigenen Verbände eine gewisse Einheit zu schaffen. Bei vielen derartigen Versuchen zeigte es sich, daß die Kommunisten, trotzdem ihnen sogar mit „Strafen“ gedroht wurde, einfach nicht um die Anweisung Moskaus kümmerten. Die kommunistische Bewegung geht sich nicht an die Disziplinlosigkeit zu Grunde, auf die sie bei den „Reformisten“ vergebens hofften. Selbst wenn Moskau tatsächlich die Einheit wollte, würde ihm dies schwer fallen. Denn es ist vielfach den dissidenten Organisationen ausgeliefert, die, nachdem sie von ihm zur Spaltung veranlaßt worden sind, nun nicht ohne weiteres lang- und klinglos ihren Laden schließen wollen.

Die Moskauer sind sich auch dieser Tatsache bewußt. In einem Artikel Manuilskis, den Moskau für so wichtig hielt, daß er von der „Int. Presse-Korr.“ kürzlich als Sondernummer herausgegeben wurde, heißt es wörtlich: „Welch bedeutende Rolle die russischen Gewerkschaften auch spielen mögen, die das Rückgrat der roten Gewerkschaftsinternationale darstellen, so sind sie doch durch internationale Disziplin gebunden. Ihre praktischen Schritte im Sinne der Einheit können nur unter der nächsten Ruwirkung der französischen kommunistischen Landeszentrale, der deutschen, tschechischen und anderen Genossen unternommen werden. Wenn in der Amsterdamer Internationale Leute vorhanden waren, die naiv glaubten, man könne die russischen Gewerkschaften der roten Gewerkschaftsbewegung der anderen Länder entgegenstellen, so müssen sie auf diese Illusion verzichten.“ Bedeutet dies vielleicht sogar, daß die dissidenten Organisationen, da sie selbst die Einheit nicht wollen, auch gegen den Anschluß der Russen an den IGB. sind?

Im nächsten Satz heißt es dann: „Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung kann nur in internationaler Rahtsabe hergestellt werden, oder diese Einheit wäre überhaupt unmöglich.“ So spricht niemand, dem es um wirkliche Einheit und Zusammenarbeit zu tun ist. Aus dem Munde von Leuten, die immer und immer wieder darauf hinweisen, daß die kommunistischen Parteien „Rassenparteien“ seien und die „Masse“ letzten Endes entscheiden müssen“, klingt es seltsam, wenn sie behaupten, die Einheit werde nur von „oben“ oder überhaupt nicht zustande kommen. Wenn es wirklich um die Einheit zu tun ist, der sagt: die Einheit muß von unten und oben kommen. Ist man der Ansicht, daß sie „nur“ von oben zustande kommen darf und soll, so ist dies ein trauriges Zeichen und ein sicherer Beweis dafür, daß man im Irren stehen will. E. J. R.

### „Großkampftag“ der Berliner Betriebe.

In der Donnerstag- und Freitagmorgensgabe der „Roten Fahne“ werden die Berliner Betriebe und „Gewerkschaften“ mobil gemacht für die am 18. Januar vorgesehene Demonstration. Auch die Eisenbahner des südlichen Viertels werden aufgefordert, an dieser Demonstration teilzunehmen. Welches ist der Zweck dieses Aufzuges? Man wird reden über die ausgebliebene Weltrevolution und über den „Verrat“ der Amsterdamer und die geplanten Abbaumassnahmen, — ohne den Beweis anzutreten, daß die sogenannten „Selbständigen Verbände“ (Opposition), dazu gehört auch der im Stillleben sich wohlühlende „freie Eisenbahnerverband“, praktisch den Versuch gemacht haben, die Abbaumassnahmen zu verhindern, resp. zu mildern. Dafür allerdings haben die „Revolutionäre“ im IGB. gefordert, daß die Hochkolonnen der Werkstatt Tempelhof Ueberstunden über Ueberstunden schieben. Würde ein „reformistischer“ Betriebsrat dieses zulassen, er würde sofort als Unternehmerrichter, Verräter, Lump usw. bezeichnet werden. Nun ist aber der Vorsitzende ein A.P.D.-Mann. Hat er wie im Falle Schlemenz (Bezirksbetriebsratsvorsitzender) seine Zustimmung zu diesen „revolutionären“ Handlungen gegeben, ohne Wissen seiner anderen Kollegen? Was hat letzterer überhaupt

unternommen gegen die geplanten Abbaumassnahmen? Wir sagen: nichts. Unseres Wissens steht dieser Vorsitzende seit Monaten wenig oder gar nicht mit dem Hauptbetriebsrat in Fühlung.

Diese „revolutionären“ Betriebsräte handeln nach Moskauer Methode, nämlich, ich bestimme und diktiere, und die anderen haben zu gehorchen. Diese Methode deckt sich mit der der stalinistischen Regierungen- und Geheimräte. Wir stellen weiter die Frage, ob der mit großem Lärm in Aufzug begriffene Reichsbetriebsrätekongress der Eisenbahner vor oder nach dem Ab- bau stattfindet? Wir glauben das letztere, denn der Einfluß des IGB. unter den Eisenbahnern im Reich und auch in Berlin ist völlig verloren gegangen. Wir erinnern nur an den in der „Roten Fahne“ angekündigten „Großkampftag“ zur Reichstagsöffnung. Ganze drei Vertreter waren als Delegierte der Eisenbahner erschienen, und zwar nach Angabe der „Roten Fahne“ zwei aus der Werkstatt Tempelhof und ein Vertreter von der sogenannten kommunistischen Hochburg Gotha. Wir glauben, daß unsere im D.C.B. organisierten Kollegen und irreführten Eisenbahner vom Anhalter Bahnhof, Potsdamer Bahnhof, Tempelhof-Betrieb, Wilmersdorf, Marienfelde und Reichsbahndirektion ihre eigenen Schlüsse aus dieser beabsichtigten Demonstration ziehen.

### Streik der Vaußkloster!

Die Vaußkloster der Firmen Blume, Charlottenburg-F. V. Krüger, Reußlin, Schulz & Goldfleisch, Otto Reiger, E. Franke, Paul Vogel, Berlin, Ed. Eulst und Paul Heinrichs, Tempelhof, C. L. Köppen, Berlin und Kameiblos Eisenbau (früher Degenhardt), Wittenau, befinden sich im Streik.

Wir ersuchen die Bauarbeiter, streng darauf zu achten, daß Arbeiten der bestreikten Firmen auf den Bauten nicht angefertigt werden.

### Zur Lohnbewegung der Straßenbahner.

Die Straßenbahnbediensteten der Berliner Straßenbahnbetriebsgesellschaft waren am Dienstag, den 13. Januar, im Lokal „Königsbrot“ zu einer Vollversammlung erschienen, um zu dem Stand ihrer Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Die Versammlung entriesterte sich über das Verhalten der Betriebsleitung und brachte zum Ausdruck, daß sie gewillt ist, die sehr geringe Forderung mit allem Nachdruck zu vertreten. Weiter erklärte die Versammlung es als größte Pflicht der Straßenbahner, alles zu versuchen, die noch abweisenden schnellstens der freigewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, um durch einheitliches Vorgehen die Verhandlungen in den Betriebsbetrieben günstig beeinflussen zu können. Eine weitere Entscheidung fordert vom Reichstag die Freilassung sämtlicher proletarischen politischen Gefangenen in allen kapitalistischen Ländern, was belegen soll, mit Ausnahme von Rußland.

Ob den Straßenbahner die Tatsache genügend bekannt ist, daß es auch in Rußland nicht wenige proletarische politische Gefangene gibt, insbesondere Sozialdemokraten, sei dahingestellt.

### Achtstundentag und auskömmlicher Lohn.

Je nach der Eigenart oder den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für den Betrieb oder Gruppen von Arbeitnehmern vom Arbeitgeber Ueberstunden von einer halben bis einer Stunde pro Tag angeordnet werden.

Diese Bestimmung wurde auf Betreiben der Arbeitgeber als Zusatzbestimmung über die Arbeitszeit in den Tarifvertrag für die Groß-Berliner Metallindustrie am 31. Dezember 1923 aufgenommen. Unter dem Druck der ungünstigen wirtschaftlichen Lage — die Arbeitgeber machten die Aufnahme dieser Bestimmung zur Vorbedingung für eine Erhöhung der damals geltenden Löhne — fanden sich die Arbeiter notgedrungen damit ab. Im ihnen die Zustimmung leichter zu machen, erklärten damals die Herren vom Verband der Berliner Metallindustriellen, den Achtstundentag im Prinzip nicht anzufragen zu wollen, man müsse nur die Möglichkeit haben, dort, wo sich die absolute Notwendigkeit ergibt, also wo die Eigenart und die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes es erfordern, auch einmal länger arbeiten zu lassen. Wie in der Metallindustrie diese Bestimmung mißbraucht wurde, haben die letzten Monate gezeigt.

Mit der eigenartigen Entwicklung der Arbeitszeithältnisse be- schäftigte sich eine Betriebsversammlung der Lokomotivfabrik Drenke u. Koppel A. G., Rowawes. Es wurde festgestellt, daß, nachdem, wie üblich, nahezu zwei Drittel der Belegschaft entlassen sind, von einem großen Teil der Uebergebliebenen eine neunstündige und darüber hinausgehende Arbeitszeit verlangt wird. Die Versammlung sahte einstimmig eine Entscheidung, worin sie den Mißbrauch feststellte, den die Direktion mit der Bestimmung des Rahmenvertrages bezüglich der Ueberstunden treibt.

Nachdem nahezu zwei Drittel der Belegschaft entlassen sind, also erst künstlich „das wirtschaftliche Bedürfnis“ geschaffen ist, verlangt die Direktion, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeiter des Betriebes täglich 9 Stunden und länger arbeitet. Die Versammlung fordert vom Metallkartell, daß so schnell wie möglich Schritte unternommen werden, um diese Bestimmung aus dem Rahmenvertrag zu entfernen. Sie erklärt fernerhin, auch im Hinblick auf die unsoziale Haltung der Unternehmer gegenüber berechtigten Lohnforderungen, in Zukunft nur Ueberstunden zu leisten, zu denen sie nach der Arbeitszeitverordnung gesetzlich gezwungen ist, und verlangt vom Betriebsrat, daß er auch fernerhin allen Ueberstunden, die darüber hinausgehen, die Zustimmung verweigert. Ferner erwartet sie von den Spitzen der Arbeiterorganisationen und Arbeiterparteien, daß nichts unversucht gelassen wird, um den Achtstundentag restlos für die ganze arbeitende Bevölkerung wiederherzustellen.

Wie der Verband Berliner Metallindustrieller mit dem neuen verbindlich erklärten Schiedsgericht umspringt, wurde ebenfalls er- örtert. Er behandelt die Mindestlöhne als Höchstlöhne, indem alle bisherigen sozialen und Leistungszuschläge gestrichen wurden. Jede Aufbesserung in den Lohnklassen III, II und I und der Sätze der Affordarbeiter wurde abgelehnt. Die Versammlung ersuchte daher das Metallkartell, sofort neue Lohnver- handlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller einzuleiten. Das Metallkartell müsse seine bisherige Lohnpolitik ändern, da die Erwartungen der Arbeiter unerfüllt blieben. Die Auffassung, ohne tarifliche Bindung sei es den oberen Lohnklassen und den Afford- arbeiter leichter, ihre Löhne auszubessern, habe sich als irrtümlich erwiesen. Die Unternehmer haben gezeigt, was hinter ihren Ver- sicherungen stand, die Leistungsfähigkeit besonders zu be- rücksichtigen und den qualifizierten Arbeitern gern höhere Löhne zu zahlen. Die vereinzelte Auffassung, als könne durch Ueberstunden dem Mangel ausreichenden Lohn- einkommens abgeholfen werden, wurde als irrig erkannt, denn je mehr Ueberstunden in den Betrieben, um so größer die Reservearmee draußen und um so stärker der Druck dieser Reservearmee auf die Löhne im Betrieb.

Der Blick müsse deshalb vom Persönlichen und vom Einzel-

betrieb abgelenkt und mehr und mehr auf die Allgemeinheit gerichtet werden, denn nur der Gesamtheit aller organisierten Arbeitnehmer werde es gelingen, durch starke Organisationen das Lebensniveau der ganzen Arbeiterklasse und damit auch des ein- zelnen zu heben.

### Forderung der Hamburger Hafenarbeiter.

Die Hafenarbeiter, die die Beladung und Entladung der See- schiffe zu besorgen haben, kündigten zum Monatsanfang ihren Tarif. Sie fordern mit Rücksicht auf die Teuerung und Mietsteigerung eine Erhöhung des Tagelohns von 6 M. auf 7,20 M.

### Um die Arbeitszeit in Ost-Oberschlesien.

Aus Katowitz wird berichtet: In der Frage der Arbeitszeit ist es noch immer nicht zu einer Einigung gekommen. Gestern ist auf Verlangen des Arbeitsministeriums eine Deputation des ost- ober-schlesischen Berl- und hüttenmännischen Vereins nach War- schau zu neuen Verhandlungen im Wirtschaftsministerium ab- gefahren. In der Wirtschaftskommission des Senats erklärte sich gegen den Handelsminister Ribbrop gegen eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit im Bergbau; in anderen Industrie- zweigen müßte aber die Arbeitszeit verlängert werden, so- lange es kein anderes Mittel gäbe, um die Rentabilität aufrecht zu erhalten.

Die alten abgebrauchten Argumente der nicht über den Tag hinauskomenden Profitmachei. In Wirklichkeit wirkt der Acht- stundentag auf die Rentabilität günstig ein, sobald die Arbeits- zeit nicht mehr als Mittel im Konkurrenzkampf mißbraucht wird.

### Wenn der Bogen überspannt wird.

Wien, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Gränzbach schen sich am Mittwoch Bergarbeiter in einem Verzweigungs- ausbruch über ihre trostlose Lage zu Tätlichkeiten gegen den Direktor ihres Bergwerkes hinreißten, der ihnen nicht nur elende Hungerlöhne bezahlte, sondern ihre Forderung nach 15prozentiger Lohnerhöhung zynisch damit beantwortet hatte, daß er ihnen 15 Proz. abziehen werde. Außerdem hatte er den Arbeitern die Kohlendepotale gekürzt und angefüllt, daß sie die Wertwohnungen ver- lassen müssen. Als die Bergarbeiter von diesem Gebaren des Direktors erfuhr, drangen etwa 1000 in das Verwaltungs- gebäude, und als er auf ihre Forderungen in den Hof kam, konnten die Betriebsräte nicht verhindern, daß die empörten Massen ihn zu Boden warfen und mißhandelten. Erst nach einiger Zeit gelang es den Betriebsräten, die Arbeiter zu beruhigen und den Direktor in die Wohnung eines Arbeiters zu geleiten. In der darauffolgenden Nacht trafen Gendarmen und ein Untersuchungsrichter in Gränzbach ein. Infolgedessen weigerten sich am Donnerstagmorgen die Berg- arbeiter, einzufahren, ehe nicht die Gendarmen zurückgezogen sei. Das geschah, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Am Frei- tag wurde jedoch die gesamte Belegschaft des Bergwerks aus- gesperrt. Der Untersuchungsrichter hat die Verhaftung von vier Bergarbeitern angeordnet. Auf Veranlassung der sozialdemo- kratischen Abgeordneten hat der Landeshaupmann von Niederöster- reich sich mit dem Sozialminister ins Einvernehmen gesetzt, um die Bergwerksdirektion zur Aufhebung der Aussperrung zu veranlassen.

### Ausnahmegesetz in Südafrika geplant.

London, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die südafrikanische Regierung hat einen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht, der eine Art Streik- und Aussperrungsverbot für die lebenswichtigen Betriebe einführen will. Das Gesetz sieht u. a. vor, daß bei Dis- zensuren in solchen Betrieben der Arbeitsminister einen für beide Teile bindenden Schiedspruch fällen kann. Den Landesbehörden soll das Recht gegeben werden, in dem Bezirk, wo Streiks oder Aussperrun- gen stattfinden, die lebenswichtigen Betriebe betreffen, den Ausnahme- zustand auf die Dauer bis zu einem Monat zu verhängen.

In den ungarischen Kohlengruben entwickelt sich eine Streik- bewegung, da die Arbeitgeber die Forderung abgelehnt haben, die Löhne um 10 Proz. zu erhöhen. Man rechnet mit einem Generals- streik.

**Wichtig. SPD-Fraktion!** Sonntag normiert 10 Uhr, bei Ohn- geruch, Kommandantenstr. 88. wichtige Besprechung aller SPD- Fraktion. Reiner darf fehlen. Parteiausweis mitbringen. Der Fraktionsvorstand.

### Achtung. SPD-Fraktionsvorstände, Betriebsvertrauensleute!

Die Hausmeister für 1925 sind fertiggestellt und können sofort im Bureau Zinckenstr. 3 in Empfang genommen werden. Die neuen Karten (1924) sind abzugeben. Für größere Betriebe muß ein Genosse die Karten sammeln und umständlich, sowie die neuen Listen mit genaueschriebener SPD-Fraktionäre dem Betriebssekretariat einreichen. Es wird um möglichste Beachtung ge- beten. Hausmeister werden nicht ausbezahlt. Das Betriebssekretariat. S. K. U. 201.

**Deutscher Textilarbeiter-Verband, Ortsgruppe Berlin.** Jahresversammlung am Montag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, bei Komotz, Basse Str. 30. Rollenbericht vom 4. Quart. Jahresbericht vom 1924. Wunsch der Orts- verwaltung. Des Verbandsbuch dient als Hausmeister. Zur Mitglieder unseres Verbandes haben Zutritt! Die Beiträge müssen in Ordnung sein. Der Verband.

**Deutscher Verkehrsband, Sektion Straßenbahnen.** Am Dienstag finden Betriebsversammlungen statt, und zwar bei Böter in der Weberstraße, vormittags 10 Uhr und abends 18 Uhr.

**SPD-Wahlvorbereitung!** Die in der letzten Morgenausgabe angezeigten Termine beziehen sich nicht auf die Bezirksversammlungen; es sind die der Betriebsversammlungen der Fraktionen. Die Bezirksversamm- lungen finden am Montag statt.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Scherz; Gewerkschaftsbewegung: J. Gieseler; Redaktion: A. J. Widder; Verlags- und Anzeigen: Fritz Barthold; Anzeigen: H. Gieseler, sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Bureau 1 Berlin. Siegen 2 Kellern und „Unterhaltung und Wissen“.

## Wenn Sie wußten

wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut

durch „Lebewohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.

— Seit 20 Jahren bewährt. —

In Drogerien und Apotheken zu haben.

Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring



# ENVER BEY VALUTA

## EINE HÖCHSTLEISTUNG

### UNTER DEN 2 ZIGARETTEN!

# Wie märkische Kleinstädte aussehen: Schwedt a. d. Oder.

Das „lustige Städtlein an der Oder“, wie Schwedt im 18. Jahrhundert zur Markgrafenzzeit benannt wurde, muß sich jetzt mit der wohl ebenso ansprechenden Bezeichnung „Perle der Uckermark“ begnügen. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch ist die Stadt gewissermaßen im Ruhezustand gewesen; erst seit 1872 durch eine Zweigbahn in Angermünde an die Berlin-Stettiner Bahn angeschlossen hat sie trotz ihrer Lage an der Oder keinen großen Aufschwung genommen. Die Bevölkerung ist in den letzten 30 Jahren wenig gewachsen; sie bezieht sich auf 10 000, für märkische Kleinstädte immerhin eine respektable Zahl. Die neuzeitlichen kommunalen Einrichtungen sind allerdings in dieser Zeit der äußeren Ruhe durchgeführt worden und die Zukunftsaussichten sind nicht ungünstig.

## Die älteste Zeit.

Brandenburger und Pommer stritten sich um den Besitz des Ortes, der aus alter mündlicher Zeit stammt; 1479 behielten erstere ihn und 1481 wurde er mit dem nahen Bierbraden, das ein festes Schloß besaß, an die Grafen von Hohenstein als Lehen gegeben. Mit deren Aussterben fiel Schwedt 1609 an das Kurhaus Brandenburg zurück und wurde verschiedentlich als kurfürstlicher Witzweib verwendet. Im Dreißigjährigen Kriege hatte Schwedt stark zu leiden; 1648 zählte es nur noch 43 Häuser. Inzwischen hatte der Große Kurfürst den Besitz 1644 dem Grafen Gustav Wolf von Farnesebach verpfändet. Da diese Familie katholisch war, suchte sich die Bevölkerung unter dem neuen Regime nicht wohl. 1670 brachte Dorothea, die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten, die bekanntlich von dem Volke der Vergiftung ihrer Eitelkinder beschuldigt wurde, Schwedt für 26 500 Taler in ihren Besitz und damit begann die Periode des Aufschwungs für die vielbesprochene Stadt. Der Schloßbau wurde begonnen, 1686 durch Aufnahme der französischen Hugenotten namentlich der Tabakbau eingeführt. Nach dem Tode der Kurfürstin, 1689, bekam ihr Sohn Philipp Wilhelm als Markgraf von Schwedt den Besitz, sein Nachfolger Friedrich Wilhelm (1711—1771) wurde der „tolle Markgraf“ und Urheber des Renommées der Stadt.

## Die Markgrafenzzeit.

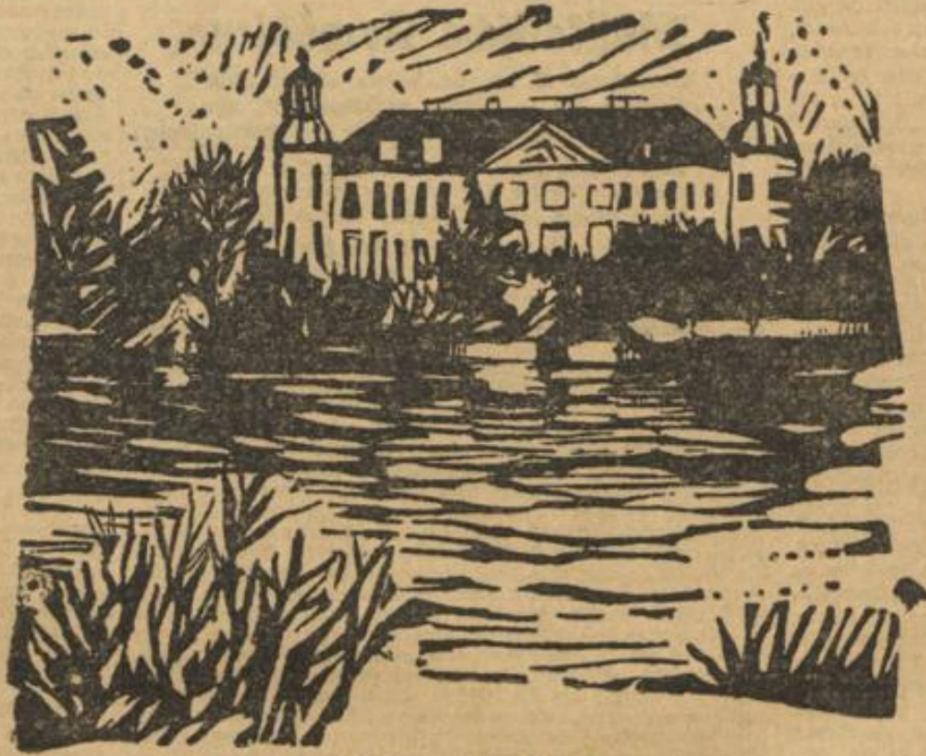
Markgraf Friedrich Wilhelm war mit der Schwester des Königs Friedrich II. verheiratet, aber die Ehe war nicht glücklich, da der Markgraf seine Liebshafter offen deklarieren. Die Markgräfin scheint aber immerhin philosophisches Geistes gewesen zu sein: als ihr von einem Diener gemeldet wurde, daß der Markgraf zwischen die Fenster zweier Schlafzimmer ein Plättchen lege, um möglichst weite eine Hofdame zu besuchen, bewachte sie eine Abwesenheit des Gemahls, um eine feste Brücke, die „Liebesbrücke“, für eine Promenade herstellen zu lassen. Gleiche Tollkühnheit wie in dieser Liebesaffäre bewies der Markgraf auch im Reiten und Fahren; sein Gefährt bei diesen lebensgefährlichen Vergnügen, wie das Durchfahren laufender Windmühlensügel, war der junge Senfisch, damals Paga am markgräflichen Hofe, bis ihn 1740 der Kriegsdienst fortführte. Aber dem Hange nach Ungebundenheit entsprach auch die Rücksichtslosigkeit gegen König und Staatsinteressen, so daß Friedrich II. schließlich den General Reier nach Schwedt sandte, damit dieser seine und seiner Schwester Interessen sowie die staatliche Ordnung wahrnehme. Für uns Berliner ist dieser „geniale“ Einschlag deswegen besonders interessant, weil er sich in dem Entfalten des „tolle Markgrafen“, in Prinz Louis Ferdinand, wiederfindet, der als Sohn des Prinzen Ferdinand von Preußen, Bruder Friedrichs II. und der zweiten Markgrafentochter, hier in Berlin im Schloß Friedrichsfelde 1772

geboren wurde. Als Markgraf Friedrich Wilhelm 1770 starb, folgte ihm sein Bruder Friedrich Heinrich, der seine „Genialität“ in anderer Weise zeigte. In der Schlacht bei Mollwitz hatte er sich im Graben versteckt und war von Friedrich II. wegen dieser Feigheit nach Hause geschickt worden. Im übrigen war er ein schöngelübt angehauchter Herr und liebte die Amüsements, weshalb er auch 1773 ein Operntheater erbaute, dessen Bühne 24 Meter lang, 16 Meter breit und 12 Meter hoch war. Jebermann hatte Zutritt zu diesem Kunsttempel, der „dem Vergnügen und der Sittlichkeit“ gewidmet war.

daß es das jenseits der Oder liegende reiche Gebiet der Pommer nicht zu fesseln verstand — diese und andere Fehler gibt auch der gewissenhafte Chronist zu: Tabakbau und Landwirtschaft allein sichern keine großzügige Existenz. Jetzt ist man zu der Einsicht gekommen, daß die neue Zeit erhöhte Rührigkeit verlangt: man plant Autoverbindung mit dem so nahen Königsberg i. d. R., eine zweite Dampferlinie nach Stettin ist eingerichtet, ein Neubau der Oderbrücke beabsichtigt, die Herstellung neuer Wohngebäude energisch in die Hand genommen, auch für geistige Kultur ist manch erfreulicher Schritt getan, so namentlich durch die Volksbühnengemeinde, die so viele Spielabende jedesmal notwendig werden. Wenn nun auch noch die Verbindung mit Angermünde eine bessere werden könnte, so wäre auch für den Touristenverkehr manches Erfreuliche zu erhoffen.

## Das Stadtbild.

Nicht weit vom Bahnhof zieht sich durch die Stadt die breite, mit schönen Baumreihen versehene Schloßfreiheit, von dem links sichtbaren Schloße ausgehend. Sie wird von Häusern flankiert, die ihre Herkunft aus dem 18. Jahrhundert durch geschmackvolle Architektur erweisen. Unter anderem befindet sich auch seit 1907 das neue Rathaus hier, früher ein von Arnim'scher Besitz. Die ebenfalls an der Schloßfreiheit liegende französisch-reformierte Kirche ist ein kleiner ovaler Bau, der jetzt geschlossen ist und als Ehrentempel seine Aufzucht feiern soll. In der Kirche befindet sich der Marmor Sarkophag ihres Gründers, Markgrafen Friedrich Heinrich. Das Schloß, ein gewaltiger dreigeschossiger Bau im Spätrenaissancestil, besteht aus dem älteren Mittelteil und den beiden Seitenflügeln, alles Schöpfungen aus der Markgrafenzzeit. Namentlich seitdem 1710 Markgraf Friedrich Wilhelm von einer Italienreise zurückgekehrt war, ließ er seiner Großmannsucht freien Lauf, schuf den großen Saal, die Kirche, legte auf der Gartenseite die Rampe zum ersten Stock an, auf der er nicht nur in die Zimmer ritt, sondern auch fuhr. Das Schloß, persönlicher Besitz des Erz-Kaisers, wird gegen Eintrittsgeld gezeigt; man durchwandert 22 Räume, die bald mehr, bald weniger geschmackvoll angelegt und ausgestattet sind und eine Fülle an Gemälden, unter ihnen wenige Originale, meist Kopien, und an Bildnissen enthalten, die das Interesse des Beschäftigten erheischen. Silbergestützte Sobellins schmücken ein Zimmer, das Dankgebet der aufgenommenen Franzosen. Was die Zukunft des Schloßes sein? Wäre es Eigentum des Volkes, so fände sich schon eine Verwendung, z. B. als Filiale unserer Kunstbibliothek, zumal im Sommer, wo die Natur hier ganz anders zu den Sinnen spricht als im staubigen Berlin. Und die Stadt hätte etwas von dem frischen Leben, das die Jugend mit sich brachte. Aber die deutschnationalen Kreise werden erschauern, wenn sie sich den Gedanken vorstellen, daß hier auf „fürstlichem“ Boden demokratische Junglinge und Frauen sich zu Hause fühlen könnten. . . . Dem Schloß wendet man sich, am Markt und dem ehemaligen Theaterbau, jetzt Tabaklagerhaus, vorbei zum Markt, wo das alte Rathaus seine baufälligen Mauern erhebt, geht dann links in die Brückenstraße zum Oderufer mit der Oderbrücke. Viel Leben wird der Besucher hier nicht bemerken. Die andere Hauptstraße Schwedts ist die die Brückenstraße kreuzende Berliner Straße, die sich schließlich im Lande verliert. Interessant sind die allenthalben sich erhebenden Tabakspindel, in denen der Tabak getrocknet wird. Die im Innern der Stadt liegende Stadtkirche ist keine besondere Zierde des Ortes; der 1887—91 vorgenommene Umbau hat sie völlig modernisiert und den alten Kreuzbau mit einer Anzahl von Anbauten „verschönert“. Bortrefflich sind aber die im Innern befindlichen Sandstein-Epitaphien des letzten Grafen von Hohen-



Schloß zu Schwedt a. O.

Natürlich fehlte es auch nicht an fröhlichen Künstlern und schönen Künstlerinnen, und als nach 18jähriger „Herrschaft“ der Markgraf starb und der alte Fritz mit rauher Hand die Erbschaft an sich riß, hub ein großer Wegzug aus Schwedt an, und die Stadt mußte fortan auf ihren Titel „das lustige Städtlein“ verzichten.

## Die neue Zeit.

Wenn in den Jahrhunderten, da Fürstentum allein maßgebend war, eine „Residenz“ ihres Charakters verkündig ging, war eine Schädigung der materiellen Interessen unausweichlich. Auch Schwedt mußte dies erfahren, zumal die Hoffnung, daß Prinz Louis, der zweite Sohn Friedrich Wilhelms II., 1796 als Kommandeur des Dragonerregiments dort Hof halten würde, durch den im selben Jahre eintretenden Tod des Prinzen zunichte wurde. Allein die Zeiten waren damals nicht dazu angetan, vom Hof und von Festschlachten Hilfe zu verlangen: Napoleon ließ Fürsten und Völker nicht zu Atem kommen, und so mußte Schwedt sich damit abfinden, eine bürgerliche Stadt wie so viele andere zu werden. Doch es dabei nicht immer glücklich operiert hat, daß es sich die Berlin-Stettiner Bahn nicht sicherte, daß es aus der Lage an der Oder so wenig herauszuziehen wußte — eine Uferstraße existiert nicht —

wird die Zukunft des Schloßes sein? Wäre es Eigentum des Volkes, so fände sich schon eine Verwendung, z. B. als Filiale unserer Kunstbibliothek, zumal im Sommer, wo die Natur hier ganz anders zu den Sinnen spricht als im staubigen Berlin. Und die Stadt hätte etwas von dem frischen Leben, das die Jugend mit sich brachte. Aber die deutschnationalen Kreise werden erschauern, wenn sie sich den Gedanken vorstellen, daß hier auf „fürstlichem“ Boden demokratische Junglinge und Frauen sich zu Hause fühlen könnten. . . . Dem Schloß wendet man sich, am Markt und dem ehemaligen Theaterbau, jetzt Tabaklagerhaus, vorbei zum Markt, wo das alte Rathaus seine baufälligen Mauern erhebt, geht dann links in die Brückenstraße zum Oderufer mit der Oderbrücke. Viel Leben wird der Besucher hier nicht bemerken. Die andere Hauptstraße Schwedts ist die die Brückenstraße kreuzende Berliner Straße, die sich schließlich im Lande verliert. Interessant sind die allenthalben sich erhebenden Tabakspindel, in denen der Tabak getrocknet wird. Die im Innern der Stadt liegende Stadtkirche ist keine besondere Zierde des Ortes; der 1887—91 vorgenommene Umbau hat sie völlig modernisiert und den alten Kreuzbau mit einer Anzahl von Anbauten „verschönert“. Bortrefflich sind aber die im Innern befindlichen Sandstein-Epitaphien des letzten Grafen von Hohen-

## Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

78) Radia hatte eine überraschende Kenntnis der verschiedenen Literaturen, eine klare Intelligenz und eine Reinheit des Blicks, die ihre Ansichten für ein so junges Mädchen oft ganz erstaunlich erscheinen ließen.

Bertram bewunderte sie wegen ihrer hohen geistigen Begabung und ihrer sich stets gleich bleibenden Unbefangtheit. Jartgewöhnt, wie sie war, die Tochter von Aristokraten, welche physische Arbeit stets verabscheut hatten, verrichtete sie die schmutzigste Arbeit mit einer Selbstverständlichkeit, die bei anderen dasselbe Verständnis für die Notwendigkeit und dadurch den Wert dieser Arbeit voraussetzte, wie sie selbst es empfand. Er war entsetzt, als er sie eines Morgens, als die anderen noch schliefen, dabei fand, die unbeschreiblich schmutzigen Aborte zu spülen und zu scheuern.

„Im Gottes willen, überlassen Sie das doch dem Provoznik. Es ist seine Arbeit und nicht die Ihre.“

„Gewiß! Aber er vernachlässigt sie,“ antwortete sie lächelnd. Als ein Mitglied des ärztlichen Personals der WKL fallen Reinlichkeit und Sanitation in mein Arbeitsgebiet. Der Geruch von diesem Orte ist entsetzlich.“

„Um so mehr Grund für Sie, ihn zu vermeiden.“

Sie schüttelte den Kopf. „Am Hungergebiet werden furchtbarere Gerüche und schlimmerer Schmutz sein, und Läuse überall. Wenn ich das vermeiden wollte, wäre ich nicht hier.“

„Sie sind wunderbar.“

„Nein. Einfach eine Frau wie alle. Warum sollte das wunderbar sein?“

Es waren noch andere im Zug, die sie für wunderbar hielten, als Bertram ihnen sein Morgenerebnis erzählte. „Bei Gott,“ sagte Dr. Beekes, „wenn das ganze russische Volk so wäre, wie sie, gäb's keine Hungergebiete und keine Wanzen.“

Oft, wenn sie beide im dämmerigen Korridor standen, hat sie ihn, ihr aus seinem Leben zu erzählen, damit sie ihn besser kennen lerne. Und er erzählte vom Krieg, von seiner Ehe, dem Tod seines Kindes, seiner Mutter und Digbys Tod, seiner Trennung von Joyce, alles ganz kurz, nur die Ereignisse. Aber sie verstand ihn.

Einmal sagte sie in diesen Gesprächen, während der Zug durch die weiße Wüste dahinfroch: „Ich habe Mitleid mit und

Schmerz und Schmutz gehaßt. Als Kind war das alles vor mir verborgen. Als junges Mädchen war ich von Schönheit und Illusionen umgeben. Jetzt aber möchte ich tiefer hinein in das Elend des Volkes. Ich will bei ihm sein in seinem Schmerz und in seinem Schmutz. Ich will seine schlimmsten Qualen teilen, weil ich durch das Leiden von Leib und Seele alle Grausamkeiten meiner Vorfahren büßen will. Wenn Sie die russische Geschichte lesen, so finden Sie den Namen der Sumaroffs mit Handlungen verknüpft, welche die Bauern brutalisierten und niederhielten. Das alte Regime leidet jetzt für die Sünden seiner Väter. Es ist recht, daß wir bestraft werden.“

„Nein, an diese Lehre kann ich nicht glauben. Wir sind für unsere eigenen Sünden verantwortlich, nicht für die unserer Erzeuger.“

„So ist aber das Gesetz. Die Sünden der Väter sollen heimgesucht werden an den Kindern.“

„Ungerecht! Schrecklich ungerecht!“

„Ach, es ist leider wahr. Schon um unserer Kinder willen müßten wir Gutes tun.“

„Ich hatte ein Kindchen, das starb. Ich hab's Ihnen erzählt. Jetzt bin ich beinahe froh darüber. Die Welt ist zu grausam.“

„Nicht zu grausam für die Mutigen.“

Dann sprach sie von ihrem Wunsche nach einem Kinde. „Vielleicht, wenn wir uns lieben, werden wir ein Kind haben, wir beide. . . Das würde mich sehr glücklich machen.“

Bertram war durch diese mit solcher Einfachheit ausgesprochenen Worte im tiefsten Erregt.

„Ich bin Ihnen ein Fremder. Sie kennen meinen Charakter und meine Schwächen nicht.“

„Ich habe sie gleich gekannt,“ antwortete sie, „als Sie mich damals auf dem Markte ansahen.“

Sie drückten sich die Hände. „Meine Gefährtin,“ sagte er. „Sie lieber Freund,“ antwortete sie.

Kasan war in harigefrorenem, diamantglänzendem Schnee begraben. Es war ein kleines Moskau, mehr orientalisches noch und von fremdartiger Schönheit, mit seinen vergoldeten Kuppeln, russischen Bahnhäusern und holzgebauten Hütten, alle unter Schnee. Vor der Revolution war es eine reiche Stadt gewesen, und viele hohe Adlige hatten ihre Sommer-

villen hier, und die Reichtümer der Wolga und die Waren aus dem fernen Osten waren hier hereingeströmt. Ein Drittel der Bevölkerung waren Tataren.

Der Tatarentypus war besonders auffallend im Gegensatz zu der frohblonden, blauäugigen Bauernbevölkerung, zwischen der sie lebten, und Bertram mußte an den sagenhaften Eroberer Tschingis-Khan und seine Horden denken, als er die langen, hageren Männer mit den mongolischen Backenknochen, der Lederhaut und dem straffen, schwarzen Haar betrachtete.

Auch Kasan stand vor der Hungersnot. Schon trotz der Hunger durch die Strahlen, wenn es auch für die Reichen noch hier und da Fleisch zu kaufen gab. Wegen Futtermangels hatten die Bauern ihre letzten Kühe geschlachtet und das Fleisch in das reiche Kasan geschickt. Das war aber das letzte Fleisch, und Getreide und Milch gab es schon jetzt nicht mehr, nur noch ganz geringe Vorräte von Brot und Kartoffeln.

Der Oberleiter der Ara und sein Stab wurde an der Station von einigen jungen Amerikanern in schweren Pelzen und hohen Mützen erwartet. Sie hatten Schlitzen mit und waren trotz des furchtbaren Elends, das sie schilderten, in guter Stimmung. Denn die ersten Volksspeisefleischen in der Stadt waren schon in Betrieb, und die erste Hilfe war bereits in die umliegenden Dörfer abgeschickt.

„Wie ist die Lage hier?“ fragte der Oberst. Ein bolschewistischer Bandit, der sich nach Abnahme der Tatarenkappe als ein amerikanischer Student von der Harvard-Universität entpuppte, antwortete.

„Die Lage, Herr? Die Leute warten hier einfach auf den Tod. So steht's. Sie erwarten alle Hilfe von uns, und wie lange wir überhaupt noch helfen können, ist die Frage. Wir ernähren noch auf drei Wochen hinaus 1500 Kinder. Das klingt gut für den, der nicht weiß, daß in diesem Staate eine Kinderanzahl von einer Million siebenhunderttausend lebt, alle hungrig und meistens schon am Verhungern. Nur Kinder, Herr! Die Erwachsenen können wir nicht ernähren. Die sterben einfach. Bald friert die Wolga zu, dann brauchen wir Schlitten und mindestens dreitausendfünfhundert Pferde. Die aber fallen auf dem Wege. Kein Futter. Etwas Vorrat ist ja aus Moskau gekommen. Kartoffeln. Aber die verkaufen in den Käthen.“

Rein († 1899) und seiner Gemahlin; beide sind in Lebensgröße dargestellt. Sie sind auch die Stifter des interessanten Renaissancealtars.

Schöne Promenaden, schöne Alleen führen ins Freie. Wenn der Frühling kommt, die Kastanien ihre Kerzen aufgesteckt haben, soll man die „Perle der Uckermark“ aufsuchen. Sucht man sich die passenden Jüge heraus, so bleibt Zeit genug, einen Tag lang frische Oden- und Waldluft in und um Schwedt zu genießen.

## Verkehrs-Unkultur.

Die Straßenbahn macht gute Geschäfte. Die Einführung des allgemeinen Umsteigejahres ohne Nachzahlung hat ihre Wagen zu allen Tageszeiten gefüllt, während die Jüge der heute teuren Stadtbahn fast stets leer sind. Auf der Hoch- und Untergrundbahn herrscht ebenfalls Hochbetrieb der Passagiere, und an dieser Stelle ist erst unlängst das rücksichtslose Verhalten der Hochbahnaktion gegenüber dem Publikum geübt worden. Auf der anderen Seite kann indessen nicht geleugnet werden, daß das Publikum, oder wenigstens doch ein großer Teil des Publikums, selbst daran schuld ist, daß sich der Verkehr in den überfüllten Wagen von Straßenbahn und Hochbahn nicht nur nicht reibungslos, sondern unter Hasso, Schimpfen, Schreien und Stoßen abwickelt. Es herrscht unter den Tausenden, die in den Wagen der Berliner Verkehrsmittel unterwegs sind, eine Unkultur, wie sie in den Hauptstädten keines anderen Landes möglich ist. Eine „Studienreise“ mit der Straßenbahn und Hochbahn zu den verkehrsreichsten Stunden liefert überraschende und geradezu tieftraurige Belege und Beweise für diese Behauptung.

Zunächst einmal die Hochbahn. Der lange Zug mit den buschig städtisch wollgepreßten Wagen läuft auf einer Station ein und hält. Die sich an den Ausgangstüren stauenden Massen sehen, daß hinter ihnen Stehende aussteigen wollen. Niemand rührt sich, tritt zurück oder zur Seite. Man muß erst die Ellenbogen gebrauchen, man muß erst grob werden, bevor unter Protest und hartem, häßlichen Worten der Weg zum Ausgang freigegeben wird. Die Jüge aber halten nur sehr kurze Zeit, und durch diesen passiven Widerstand der Fahrgäste gegenüber den Aussteigenden kommt es immer wieder vor, daß der eine oder die andere, die nicht robust genug sind, im Wagen zurückbleiben, zumal das auf dem Bahnsteig stehende Publikum die Wagen stürmt ohne zu warten, bis die anderen ausgestiegen sind. Bei der Straßenbahn daselbst unerfreuliche Bild. Der Wagen ist bereits stark besetzt. Der Fahrgast kommt hin zu. Der Schaffner bittet, rufst: „Weiter nach vorn treten!“ Kein Mensch rührt sich, die Mauer der Menschen im Wagen rückt nicht. Man denkt nur an sich mit einem beschämenden Egoismus. Und draußen an der Haltestelle tobt die Menge, die einsteigen will, wie eine tolle Meute. Einer schiebt und stößt den anderen zur Seite, der Prozeß des Einsteigens währt infolgedessen noch einmal so lange. Der Schaffner mahnt zur Ruhe. Dafür wird er vom Publikum angeschmauzt und beschimpft, und man kann sich unter diesen Umständen wirklich nicht wundern, wenn der überanstrengte Mensch schließlich die Geduld verliert. Und nach ein anderes, unzureichendes fällt häufig auf. Alle Plätze im Wagen sind besetzt. Auf einem Platz neben der Mutter sitzt ein Kind. Kinder bezahlen bekanntlich nur 8 Pfennige für die Fahrt, aber auch, wenn für ein Kind der volle Fahrpreis entrichtet worden ist, muß es aufstehen, um einem Erwachsenen Platz zu machen. Indessen, man kann nie beobachten, daß eine Mutter oder ein Vater von allein das Kind aufstehen läßt, wenn ein Erwachsener, und sei er auch noch so alt und hinauf, daneben steht. Der Schaffner muß erst eingreifen, und es geht dabei niemals ohne erregte Hin- und Widerrede ab.

In allen diesen unzulässigen Zuständen hat die Schuld die beschämende Tatsache, daß viele Berliner noch immer nicht sich zu benehmen wissen, wenn der Schutzmann sie nicht dahin stucht, wohin sie gehören. Diese Unkultur unterwegs bedeutet aber auch zugleich eine große Gefahr für alle Reisenden bei Unfällen. Straßenbahnzusammenstöße und anderen Katastrophen der Verkehrsmittel. Die Zahl der Verletzten wird, das kann man ohne Uebertreibung behaupten, bei einem solchen unzulässigen Verhalten des Publikums bedeutend größer sein. Darum, es wird hoch an der Zeit, daß das Berliner Publikum sich endlich unterwegs zu benehmen.

## Das weggenommene Hakenkreuz.

„Diebstahl, der an Raub grenzt“, jagt ein Potsdamer Richter.

Wegen Diebstahls von zwei politischen Abzeichen war ein Bauarbeiter aus Jelenhof vor dem Potsdamer Amtsgericht angeklagt. Am 29. Oktober 1924 fuhren zwei Schüler, ein 17jähriger Primaner und ein 12jähriger Tertianer mit einem Radweg von Potsdam nach Babelsberg. Beide Schüler, Söhne des Lehrers Richtzka aus Bergströden bei Potsdam, trugen je eine Hakenkreuznadel am Rock. In Rommes bestieg der Angeklagte das Auto und nahm den Jungen die Hakenkreuze fort. Wegen Diebstahls angeklagt beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. In seiner Anklage hob er hervor, daß dieser Fall „fast einem Raub“ gleiche. Das Gericht sah die Sache bedeutend milder an und verurteilte den Angeklagten an Stelle der verurteilten Gefängnisstrafe von drei Wochen zu 105 M. Geldstrafe.

Recht ängstliche Leute sind doch die Potsdamer Richter. Wenn einer in berechtigter Entrüstung über das Verschwinden eines Abzeichens, in dem der größte Teil der Bevölkerung eine Nord- und Femeorganisation erblickt, Selbsthilfe übt, so nennt das der Potsdamer Richter „Diebstahl, der an Raub grenzt“. Die Probe aufs Exempel wäre zu machen, ob's auch Diebstahl ist, der an Raub grenzt, wenn einem Reichsbannerman das schwarzrotgoldene Abzeichen von einem Hakenkreuzler unter den gleichen Umständen fortgenommen wird. — Über dazu gehören bekanntlich mehrere der tapferen Helden.

## Schiebungen mit Steuerbanderolen.

Dem hiesigen Zollgrenzkommissariat war von Breslau Mitteilung zugegangen, daß dort große Posten von Steuerbanderolen aufgetaucht seien und daß die Fäden über den Vertrieb dieser Steuerbanderolen in Berlin zusammenliefen. Als ein Abnehmer aus Breslau eines Tages wieder einmal nach Berlin kam, um seinen Bedarf einzudecken, wurde durch Beobachtung von Beamten des Zollgrenzkommissariats ermittelt, daß in einer Zigarettenfabrik am Hackeschen Markt die Verkaufsverhandlungen gepflogen wurden. Aus Sicherheitsgründen hatten die beteiligten Steuerbanderolenschieber ihre Lagerquelle für die Steuerbanderolen nicht in Berlin angelegt, sondern in Magdeburg. Es gelang nun der Polizei, den Berliner Mittelsmann bis zum Potsdamer Bahnhof zu verfolgen, wo er sich eine Karte nach Burg Wüste. Man setzte ihm in den Zug und stellte fest, daß er sich unterwegs eine Zugschlagkarte nach Magdeburg nahm. Bis dort fuhr er auch und traf sich mit einem Magdeburger Hebler in einem Lokal, in der die Uebergabe der Steuerbanderolen stattfand. Dann strebten die Schieber wieder dem Bahnhof zu. In diesem Augenblick griffen die Zollbeamten ein. Beide waren durch die Festnahme äußerst überrascht. Eine Besichtigung des Lokals des Magdeburger Heblers und der Aktenstücke des Berliner Mittelsmanns ergab, daß diese hochwertigen Steuerbanderolen für ca. 3 Millionen Zigaretten enthielten. Die beiden Betroffenen wurden nach Berlin transportiert und vorläufig in Haft genommen. Eine Verbindung

der erfaßten Steuerbanderolen mit den beim Hauptzollamt Berlin-Nord ermittelten kommt nach den vorgefundenen Werten nicht in Frage. Der Wert der erfaßten Steuerbanderolen beläuft sich auf etwa 60 000 Goldmark.

## Weil er „so nach einem Doktor roch“? Schwindel des kleinsten Lebemanns.

Der Kaufmann Georg Abrahamsohn, unter dem Spitznamen der „kleinste Lebemann“ bekannt, wurde gestern wieder einmal dem Strafgericht vorgeführt. Der Angeklagte ist ein Zwerg mit einem riesigen Wassertopf, hat aber in der Vorkriegszeit im Nachleben Berlins eine gewisse Rolle gespielt. Die merkwürdige Gestalt, immer in eleganter Kleidung mit Monokel und Zylinderhut und in Begleitung einer Schar eleganter Halbweltbuben, erregte in den nächsten Lokalen großes Aufsehen.

Damals war er mit freigelegter Hand die Goldstücke um sich. Dazu war er in der Lage, da ihm von seinen Eltern ein reiches Vermögen hinterlassen worden war. Bei der Verschwendungsjacht

## Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin Musikalische Komödien

Sonnabend, 17. und 24. Januar, abends 8 Uhr  
Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr  
im Schilleraal, Charlottenburg, Bismarckstr. (neb. Schillertheater)

Kaffee-Kantate 211 . . . . . Job. Seb. Bach  
Die Witwe Grapin, Operette . . . . . Friedr. v. Flotow  
Der Ruffstünd, komische Operette Richard Genée

Mitwirkende: die Damen Frau Rosa Hjorth-Sell (Sopran), Frau Prof. Flemming (Klavier) — die Herren Walter Ahrens (Tenor), Walter Logan (Bass) — Preis 1 00 M. — Kleiderablage frei

des kleinen Abrahamsohn gingen aber auch die reichsten Geldmittel schließlich auf die Reize, und nun legte er sich, um auch weiter als Kavaliere auftreten zu können, auf Schwindel, die ihn schon wiederholt vor Gericht und ins Gefängnis gebracht haben. Gegenwärtig verbüßt er eine Strafe von mehreren Monaten, die er sich Ende Juni vorigen Jahres zugezogen hatte. Diese Strafe hielt ihn nicht ab, wenige Tage nach seiner Verurteilung von neuem recht raffinierte Hochstapeleien zu begehen. Das Männchen gab sich bald als ein Rechtsanwalt Heilbrunner, bald als Arzt aus und verübte in Gesellschaft von Damen, die er eingeladen hatte, Zechprellereien und außerdem auch Kreditbetrug. In einem Falle hatte er, als in einem Hotel ein Selbstmord verübt worden war, sogar die erste ärztliche Hilfe geleistet. Später war es, daß verschiedene Zeugen erklärten, sie hätten ihn für einen Arzt gehalten, weil er so nach „einem Doktor gerochen“ hätte. Abrahamsohn entschuldigte sein Tun mit seiner wirtschaftlichen Notlage. Auf Antrag des Verteidigers waren mehrere ärztliche Sachverständige zur Begutachtung des Geisteszustandes des Angeklagten zugezogen worden. Sanitätsrat Dr. Flatau war der Meinung, daß Abrahamsohn unter der Einwirkung von Alkohol, Morphinum und Kokaïn die Hemmungen abhandeln gekonnt seien, so daß er für seine Taten nicht verantwortlich zu machen wäre, jedoch sei der Angeklagte gemeingefährlich und mußte dauernd in einer Irrenanstalt interniert werden. Sanitätsrat Dr. Lapp bezeichnete den Geisteszustand des Angeklagten als einen Grenzfall, während Sanitätsrat Dr. Schönlank Abrahamsohn für zurechnungsfähig erklärte. Der Staatsanwalt beantragte 2 1/2 Jahre Gefängnis. Der Verteidiger verteilte jedoch den Standpunkt, daß der Angeklagte nach den widersprechenden Evidenzen zumindest als ein hochgradig schwächlicher und moralisch minderwertiger Mensch zu betrachten und daher weit milder zu beurteilen sei. Das Gericht verurteilte Abrahamsohn deshalb zu drei Monaten Gefängnis.

## Die gefälschte telegraphische Postanweisung.

Durch Spekulationen während der Inflationszeit, durch die er hinterher von seinen „Kunden“ schadenerfahrsplötzlich gemacht worden war, hatte der Bankbeamte Schreiber, ein junger Mann, der in einer Provinzstadt bei einem landwirtschaftlichen Bankinstitut tätig gewesen war, seine Stellung verloren. Dadurch war er auf die abschüssige Bahn geraten und war auch schon mehrmals wegen kleinerer Betrugsfälle bestraft worden. Wieder einmal in Not, kam er auf die Idee, die Kenntnis der Verhältnisse bei der Bank in seiner Heimatstadt auszunutzen, um sich einen größeren Betrag zu erschwindeln. Von Berlin aus schickte er unter dem Namen eines größeren Kunden der Bank an diese ein Telegramm mit der Aufforderung, sofort telegraphisch 500 Mark zu überweisen. Prompt langte nach zwei Stunden auch die telegraphische Geldanweisung an. Auf dem Postamt ließ er sich durch zwei Freunde mit deren Pässen als der richtige Empfänger des Geldes legitimieren. Nachdem er den Freunden 200 Mark abgegeben hatte, fuhr er mit dem Rest nach Hause, um eine Verschönerung mit den Eltern herbeizuführen. Aber schon am nächsten Tage wurde er verhaftet. Der Verteidiger bat das Gericht, dem Angeklagten noch einmal trotz des Rückfallsbetruges mildernde Umstände zuzubilligen, da er durch widrige Verhältnisse auf die falsche Ebene gelangt sei. Das Gericht verurteilte Schreiber zu neun Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Außerdem soll Schreiber nach Verbüßung noch eines Monats der Strafe Straussetzung erhalten.

## Wohnstätten G. m. b. H. und Hauszinssteuer.

Zu den Redungen eines Berliner Viatres, daß der Wohnstätten G. m. b. H. fast sämtliche Beträge, die aus der Hauszinssteuer erhoben wurden, von der Stadt Berlin ungenutzt seien, und daß mit diesen Mitteln in unzulässiger Weise spekuliert worden sei, stellt der Geschäftsführer der Wohnstätten G. m. b. H. folgendes fest: Im Anschluß an die Kreditgebung durch die Wohnstätten-Gesellschaft ist behauptet worden, daß diese Mittel aus der Hauszinssteuer herrühren. Dies ist nicht zutreffend. Die Wohnstätten-Gesellschaft hat, ebenso wie jede andere private Bau-Gesellschaft, Hauszinssteuerhypotheken nur gemäß den ministeriellen Vorschriften bekommen, und zwar insgesamt für 187 Wohnungen, das sind etwa 2 Proz. der bisher von der Wohnungsfürsorgegesellschaft überhaupt erstellten Neubauwohnungen. Bauscheine sind von der Wohnungsfürsorgegesellschaft à Konto dieser Hypotheken, wie in allen anderen Fällen, auch an die Wohnstätten-Gesellschaft nur so weit geliefert worden, als der Fortschritt des Bauverhaltens eine entsprechende tatsächliche Sicherheit bot. Die Mittel aus der Hauszinssteuer können daher auch von der Wohnstätten-Gesellschaft zu unzulässigen spekulativen Zwecken nicht verwendet worden sein. Irrendem welche sonstigen Kredite aus der Hauszinssteuer sind der Wohnstätten-Gesellschaft nicht gewährt worden, vielmehr rühren die Mittel zu diesen Krediten angeblich aus Reichsrenten her.

## Falsche 1-Mark- und 2-Mark-Scheine.

Falsche 1-Mark- und 2-Mark-Scheine tauchen in der letzten Zeit viel im Berliner Verkehr auf, nachdem die falschen 10-Mark-, 5-Mark-, 2-Mark- und 1-Mark-Scheine fast ganz verschwunden sind. Die neue Fälschung wird ebenso wie früher die falschen 50-Pfennig-Stücke, besonders auf der Straßen- und Untergrundbahn, in Omnibussen und auch in Lokalen ausgegeben. Sie sind im ganzen an nacheinander, an dem Wasserzeichen aber doch zu erkennen. Die Ringe und Kreuze bei den echten 1-Mark-Scheinen sind etwas

verschwommen, bei den falschen dagegen an den Rändern scharf abgegrenzt und sehen sich fettig an. Das fällt besonders auf, wenn man die Scheine mit der Hinterseite gegen das Licht hält und von der Vorderseite mit der „1“ betrachtet. Die Fälschscheine tragen auf der Vorderseite oben die Nummern D 01 401 791 oder F 01 471 028 oder ähnliche Zahlen hinter 014. Die Reichsbank hat auf die Ermittlung von Fälschergewerksstätten eine Belohnung von je 1000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar von Liebermann in der Kurstraße 49.

## Zum Mord bei Dennewitz.

Der Tote vernünftlich nicht Georg Bär, sondern Erich Pannicke. Die Aufklärung des Mordes bei Dennewitz ist zu einer recht nettermaßen Angelegenheit geworden. Die Kriminalpolizei hatte Fingerabdrücke an viele Behörden in der Provinz und im Reich überandt. Nach einer Nachricht aus Rügen bei Döbich hatte der Vergleich der Abdrücke die Identität des Ermordeten mit einem 24 Jahre alten Elektromonteur Georg Bär festgestellt.

Ein Berliner Kriminalbeamter wurde mit dem Bilde nach Rügen entsandt. In diesem Erkenntnis sowohl die Angehörigen als auch andere Leute, die den Vermissten von Jugend an kennen, den jungen Bär wieder. Mit diesem Ergebnis kehrte der Beamte gestern morgen nach Berlin zurück. Zu der gleichen Zeit lief aus Braun-schweig die Mitteilung ein, daß der Ermordete nach dem Fingerabdrücken als ein 23 Jahre alter aus Dessau gebürtiger Konditor Erich Pannicke festgestellt worden sei. Nun hat aber die in Berlin wohnende Geliebte des jungen Georg (nicht Kurt) Bär der Polizei eine Postkarte Bärs übergeben, die er am Neujahrstage von Belgig datiert und noch an demselben Tage in den Briefkasten der Bahnpost Neustadt-Treuenbrieven gesteckt hatte. Die Beschriftung des Briefes ist am 2. Januar gefunden worden. Ihr Zustand bewies, daß sie schon mehrere Tage unter dem Strohdach der Miete gelegen haben muß. Hiernach kann also der Ermordete trotz der Rekognition durch den Vater und andere Angehörige nach dem Lichtbild nicht Georg Bär sein. Wahrscheinlich ist der Tote der Konditor Erich Pannicke, ein Sohn des Schneidemeisters Hermann Pannicke aus Dessau. Dem Meister und seinen Angehörigen hat man jetzt ebenfalls ein Lichtbild des Ermordeten vorgelegt, und alle behaupten bestimmt, daß es das Bild Erich Pannickes sei. Am 4. Januar d. J. kam ein Brief in Dessau an, der am Tage vorher in Jüterbog aufgegeben war. Er ist nur mit dem Vornamen Erich unterzeichnet. Dieser Brief fiel dem Vater gleich auf. Die Schrift kam ihm sonderbar und nicht als die seines Sohnes vor. Es werden nunmehr drei Bänder genossen des jungen Erich Pannicke, namens Hoppe, König und Witte, die sich verdächtig gemacht haben, gesucht und aufgefordert, sich umgehend bei der nächsten Polizeibehörde oder Landesjägerstation zu melden. Alle Herbergswäter, besonders in kleineren Städten wie Templin, Eberswalde usw. werden erucht, in ihren Büchern nachzusehen, wann Wanderburschen namens Pannicke, Hoppe, König und Witte bei ihnen übernachtet haben, und darüber sofort Mitteilung zu machen. Vor allen Dingen aber sollte sich auch der junge Bär unverzüglich melden.

## Martha wird tätowiert.

Eine Unterhaltung eigener Art hatten sich vier Jünglinge ausgedacht, die mit einer gemeinsamen „Baut“ in einem Winterquartier am Schiffahrtskanal von der Neustädter Kriminalpolizei aufgespürt wurden. Auf einem Gelände an der Grenzallee in der Nähe des Schiffahrtskanals in Neukölln wurden seit einiger Zeit mehrere Burschen mit einem jungen Mädchen beobachtet. Die Polizei sah sich einmal genauer um, beachtete überraschend die Laube und fand darin das jugendliche Quartett, das sich häuslich eingerichtet hatte. Zwei der Burschen entwichen, die beiden anderen und das Mädchen wurden festgenommen. Sie sind ebenso wie die beiden Entwichenen für einige Tage in die Polizeigebäude in Neukölln eingeliefert worden. Das Mädchen ist eine 16 Jahre alte Martha Sch., die ihren Eltern entlieft und sich zunächst einen falschen Namen beilegte. Die Burschen behaupten, daß sie ihren Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeiten verdienen hätten. Wenn sie nichts zu tun hätten, so vertrieben sie sich erquischlich die Zeit damit, daß sie das Mädchen, das ihnen die Wirtschaft führte, am ganzen Körper auf das herrlichste austätowierten. Das so gram in seinen Freuden geförte Ackerblatt wurde dem Jugendamt übergeben.

## Das 50jährige Bestehen der Taubstummenschule.

Anlässlich des 50jährigen Bestehens der städtischen Taubstummenschule (über die wir gestern ausführlich berichteten) fand in der Aula des neuen Schulheims in der Albrechtstraße ein feierliches Fest statt, zu dem zahlreiche Ehrengäste erschienen waren. Nachdem Bürgermeister Scholz im Namen des Magistrats die Anwesenden begrüßt hatte, hielt Direktor Ernst Schorsch die Festrede, in der er ein anschauliches Bild des körperlichen und geistigen Lebens der Taubstummen gab. Der Festrede schlossen sich Vorträge von drei Taubstummen-Schulalassen an, die Kinder aller Schichten umfassen. Man konnte deutlich die Sprachfortschritte vom ersten bis zum letzten Schuljahr beobachten. 14- bis 15jährige Schüler zeigten Sprachleistungen, die von denen Normalgeborener kaum zu unterscheiden waren. Nach einem Reigen, der von taubstummen Mädchen aufgeführt wurde, folgten Ansprachen der Ehrengäste. Im Auftrage des Vereins für gesundheitliche Förderung der Taubstummen und der Ohrenärzte Berlins sprach Geheimrat Professor Dr. Passow. Im Namen des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und der preussischen Staatsregierung sprach Regierungsrat Höp, im Namen der staatlichen Taubstummenanstalt Direktor Lehmann, für die israelitische Taubstummenanstalt Dr. Reich, für den Bund deutscher Taubstummenlehrer Damaschun. Ansprachen hielten weiter Pastor Schulze, der Taubstummenseelsorger von Berlin. Im Namen der ehemaligen Schüler der Taubstummenschule sprach mit deutscher und vernichtbarer Stimme und gefälliger Redefähigkeit Bureaubeamter Gottwein, der den Dank der Taubstummen dafür ausdrückte, daß die Schule ihnen die Waffen für den Kampf ums Dasein gegeben habe. Auch eine Schülerin der städtischen Blindenanstalt ließ sich vernehmen. Dem Festakt folgte ein Rundgang durch die Ausstellung von Taubstummenarbeiten.

## Die Amerikanische Reklame-Agentur.

Im Auftrage des Verbandes Deutscher Reklamefachleute sprach im Saal der Staatlichen Kunstbibliothek Dr. Friedländer über die amerikanische Reklame-Agentur. „Advertiser Agency“ ist der Zusammenschluß der Inserenten für eine zielsichere und bewusste Reklame, der in Amerika höchster Rabatt gewährt wird. Die Zeitungen bringen der Reklame-Agentur alles Interesse entgegen, und die Verleger befinden sich in denkbarster Abhängigkeit. Der Reklamefachmann übt auf die öffentliche Meinung großen Einfluss aus, besonders in politischer Beziehung. Es gibt sogar einen Ehrenrat der amerikanischen Reklamefachleute, und das in Druck gegebene Material wird sorgfältig geprüft; in großräumiger Weise nimmt sich die Reklame-Agentur der Klischees an. Sie fühlt sich ganz als kaufmännischer Berater und stellt einen Fachmann. Chicago ist der Konzentrationsplatz der amerikanischen Reklame. Die Agentur analysiert sorgfältig das Geschäftsleben; sie nimmt sich des kleinsten Anfängers an. U. a. werden bestimmte Momente der Herleitung herangezogen. Ford, was interessant ist, hat sein Geschäft ohne Reklame aufgebaut; heute ist er der größte Interent. Was das rein künstlerische anbelangt, meinte der Vortragende, daß Amerika von Deutschland lernen: es ist zwar auf praktischem Gebiet überlegen. Die deutsche Reklame könnte viel mehr leisten; die ausgewanderten Zeichner haben drüben Riesenerfolge. Das Vertrauen der Kunden darf in keiner Weise erschüttert werden“, schloß Dr. Friedländer seine lehrreichen Ausführungen.

Signalübertragung.

Die Reichsbahn über das Herne Eisenbahnunglück.

Von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wird mitgeteilt:

Der ungewöhnlich schwere Eisenbahnunfall bei Herne hat erneut die Aufmerksamkeit auf die schon mehrfach in der Öffentlichkeit behandelte Frage gelenkt, warum die Eisenbahnen nicht Einrichtungen treffen, um die Stellung des Signals durch ein Zeichen irgendwelcher Art auf dem Führerstand der Lokomotive erkennbar zu machen und so die Gefahren, die aus der mangelhaften Erkennbarkeit der Signale bei Nebel oder Schneegestöber entspringen, aus der Welt zu schaffen.

Brand in einem Chicagoer Warenhaus.

Verzweiflungskämpfe um die Ausgänge.

In Chicago brach nach einer Meldung der Tel.-Union in dem Dellager des großen Warenhauses „Woolrich“ ein Brand aus. Die Explosionen riefen eine ungeheure Panik hervor. Angestellte und Besucher des Warenhauses kämpften um die Ausgänge. Das brennende Öl floh auf die Straße. Rettungskommandos und Löschmannschaften eilten zur Brandstelle und bemühten sich, die Verwirrung zu lösen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.



Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebasteinstr. 5/58, Hof 3 2.
Kameradschaft Eichmühle, Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Beginn der Turnabende. Treffpunkt 7 1/2 Uhr vor der Turnhalle, Kameradschaft Charlottenburg, Rosa Spratt, Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr, gemeinsames Besprechungsamt im Hotel Bültner.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Geführten für diese Rubrik sind Berlin S 14, Sebasteinstr. 5/58, Hof 3 2.
Morgen, Sonntag, den 18. Januar:
1. Abt. Nachm. 4 Uhr bei Behler, Georgenstraße 24, wichtige Sitzung. Die Stadt- und Bezirksvereine sind hierzu eingeladen.

Jugendveranstaltungen.

Wichtiges Mitglied des Reichsbanners! Das erste Buch „Das 13. Jahrhundert in der Rarität“ von Friedrich Heibel ist erschienen. Der von Gegenüberstellung besetzt hat, kann das Buch in Empfang nehmen.
Heute: Beginn der nachstehenden Funktionärskurse:
I. Reichsbanner, Reinickendorf, Wohnung: Jugendheim Edigartens, Edigartens 1, am 17. und 18. Januar.

Arbeiter Sport.

Arbeiter Sport- und Kulturverein Reinickendorf, Sonntag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Sozial-Club, Warsche Straße, Kartellnummer 200. Kartellvereine müssen rechtzeitig sein.

Sport.

Das 13. Sechstagerrennen.

Das 13. Sechstagerrennen führen vor Rütt-Kerts. Auch die Nachmittagsstunden brauchen weder Zwischenfälle noch Ueberforderungen. Im 30- bis 35-Kilometertempo wird die Bahn umkreist. Ein starker Besucherstrom legt ein, als die

5-Uhr-Nachmittagswertung

nacht. Der Sprecher verkündet das Stundenergebnis von 4 bis 5 Uhr. 1170 Kilometer hat diese Stunde gebracht. 544 660 Kilometer beträgt bis zu dieser Zeit die zurückgelegte Fahrt. Zwei Runden vor Schluss des ersten Spurts zieht der befähigte Partner des Altheisters Rütt davon und hält seinen Platz, wie er will. Rizzato, Krupfat und Tieh folgen. Im zweiten Spurt erreicht zuerst von Kempen, der in Samall tafkräftige Unterlegung findet, das Ziel. Hahn und Saldow sind die nächsten Fahrer, Egg, der Mann, der das 25. Sechstagerrennen fährt, hält den vierten Platz.

Die Zehn-Uhr-Nachwertung.

Die Nachmittagsstunden bringen ebenfalls keine Ueberforderungen. Auch läßt der Belust der großen Halle am Kaiserdamm zu wünschen übrig. Erst beim Herannahen der Zehn-Uhr-Nachwertung fällt sich der Innenraum allmählich, jedoch weisen die Kurven noch schnell besetzte Bänke auf. Bis zur 22. Stunde (10 Uhr nachts) sind 718,170 Kilometer zurückgelegt (Stundenergebnis von 4 bis 10 Uhr: 36,060). Bei Wertungsbeginn führt Kerts. Vier Runden vor Beendigung des ersten Spurts geht Rizzato vor und belegt auch den ersten Platz vor Bauer, Kerts und Samall. Golle führt im zweiten Spurt. Van Kempen ist scharf hinterher und verdrängt Golle, der den vierten Platz noch retten kann. Zweiter wurde Hahn, dritter Lewanow. Der dritte Spurt verläuft äußerst interessant. Giorgetti schießt sich aus letzter Position vor und läßt Krupfat, Kerts und Mac Beach hinter sich. Im vierten Spurt war wieder van Kempen der beste Mann. Er verdrängt den führenden Lewanow, hinter dem Lechner und Golle folgen. Fünfter Spurt: Saldow, Bauer, Samall, Kerts. Auch den sechsten Spurt verdrängt van Kempen, der zweifellos der beste Mann des Abends war, für sich zu bestimmen. Dann folgen Hahn, Rütt und Rizzato.

Der Stand des Rennens

nach der Zehn-Uhr-Nachwertung ist folgender: Van Kempen — Samall 47, Rütt-Kerts 31, Hahn-Tieh 25, Saldow-Lewanow 23, Giorgetti-Rizzato 23, Lewanow-Bauer 17, Egg-Krupfat 13, Golle-Ranthe 7, Grenda-Mac Beach 6, Stabe-Lechner 5.

Geschäftliche Mitteilungen.

Rax nach wenige Tage bietet sich im Circus Busch die Gelegenheit, hoch und demerzie, neben 100m aufgetriebene Managementschicht „Das pabla“ mit den 50 Jahren des Reichs-Schneiders zu sehen. Am 31. Januar ist ebenfalls die letzte Aufführung. Sonnabend-Verhörungen, Redaktionsstelle Beside der vollständigen Preise, 30 Pf. Gallerie bis 7 R. Lager.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 17. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse), Sprachunterricht Direktor Jul. Glück: „Esperanto“, 4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40 Uhr abends: Vortrag Rektor Hugo Eichhoff: „Die Mitarbeit der Jugend gegen die Kriminalität“. 7—7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Hochschulkurse). 7 Uhr abends: Med.-Rat Dr. Stoormer, Gerichtsarzt und medizinischer Sachverständiger: „Aus dem Gebiet der gerichtlichen Medizin“. 1. Vortrag: Ueber gewalttätige Todesursachen“. 7.35 Uhr abends: Oberpostamt Dr. Harbich, Leiter der Funkabteilung im Tel.-Techn. Reichsamt: „Einführung in die Funktelegraphie und -Telephonie“. 8.10 Uhr abends: Vortrag Prof. Dr. Werner Kautsch: „Das Schicksal Europas“. 8.30 Uhr abends: Heisterabend. 1. a) Mladi Vojaki, Marsch, Farkas, b) U Pacini (Kroatische Ouvertüre) Cohetner (Tambouraschener Wellebit, Dirigent: Hermann Meier). 2. a) „O tana, du kleine Geisha“ aus der gleichnamigen Operette, Sidney Jones, b) Villalied aus der Operette „Die lustige Witwe“, Lehár, c) Lied der Zarika, aus der Operette „Zigeunerliebe“, Lehár (Angela Sax, Sopran). 3. Pierrotlieder: a) Der weiße Pierrot, M. Frank-Stein, b) Am andern Morgen, R. Hirsch, c) Tandaradell, Harry Waldau, d) Pierrot stirbt, Ralph Benatzky (Willi Weiß, Tenor). 4. Herbstweisen, Walzer, E. Waldtounel (Tambouraschener Wellebit). 5. a) Im Prater blüht wieder die Blume, Robert Stolz, b) Grinzgiedel (Ich möcht' wieder einmal in Grinzg sein) Ralph Benatzky, c) Rund um die Liebe (Ein Schwipserl möcht' ich haben) Oskar Straus (Angela Sax, Sopran). 6. Pfeiflied: a) Pfeiflied (Komm mein Schatz, tanz' mit mir), aus der Operette „Frühlingsluft“, Jos. Strauß, b) Der Staar, Volksstück Oskar Straus, c) Pfeiflied aus dem Volksstück „Hutmacher St. Durcheinand“, J. Snaga, d) Das Lied vom Zolser, H. Schreyer (Willi Weiß, Tenor). 7. a) Serenade napoletana, Fedele Rivelli, b) Nonja (Russische Ballade) E. Partos (Tambouraschener Wellebit). Am Flügel: Otto Ursak. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Ein elfgeschossiger Turm-Nachbau in Steglitz.

Das Bezirksamt Steglitz hat beschlossen, die Rathaus in Lichterfelde und Pantlitz für Schulzwecke zu benutzen und ein zentrales Verwaltungsgebäude in Steglitz nach Plänen der Hochbauverwaltung zu errichten. Als erste Bauplätze sollen 700 000 M. in den Haushaltsplan für 1925 eingestellt werden. Die Hochbauverwaltung hat ein Projekt ausgearbeitet für ein Turmhaus an der Ecke der Schloß- und Brunnenstraße und Verdrängung des jetzigen Rathauses mit zwei großen Vorhöfen, die durch einen elfgeschossigen Kernbau von einander getrennt sind, während alle übrigen Teile und Flügel geschloßig bleiben sollen.

Eisenbahnlinie Friedrichsfelde—Schöneiche.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft — Reichsbahndirektion zu Berlin — beabsichtigt zur Ausführung von Vorarbeiten für eine Zuführungslinie vom Bahnhof Berlin-Vierdenberg-Friedrichsfelde nach dem Verschleißbahnhof Schöneiche alsbald landmessaerliche Arbeiten in den Gemarkungen Berlin-Friedrichsfelde, Berlin-Vierdenberg, Berlin-Rohlfeld und Berlin-Rohlfeld vorzunehmen zu lassen. Der Polizeipräsident hat gemäß § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 angeordnet, daß jeder Besitzer in den bezeichneten Gemarkungen auf seinem Grund und Boden Handlungen zu lassen hat, die zur Vorbereitung des erwähnten, die Enteignung rechtfertigenden Unternehmens erforderlich sind.

Herabsetzung der Milchpreise.

Die Ermäßigung des Butterpreises ermöglicht erneut eine Herabsetzung der Milchpreise. Diese betragen vom Sonnabend, den 17. Januar cr. ab: Für ein Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhändlers 30 Pf., für ein Liter Vollmilch ab Berliner Kuhstall 33 Pf. Der Preis für Magermilch bleibt unverändert auf 10 Pf. je Liter bestehen.

Eine Ausstellung von Schützearbeiten.

Die Ausstellung von Schützearbeiten veranstaltet die städtische Baugewerkschule, Berlin W 85, Kurfürstenstraße 141, bis Ende Februar. Die Ausstellung wird allen Besuchern, besonders solchen, die sich dem Hoch- oder Tiefbaugewerbe zuwenden wollen, einen interessanten Ueberblick über den Ausbildungsstand ihrer Schüler gibt; sie ist außer Sonntags täglich von 8 bis 3 Uhr geöffnet. Nähere Auskunft über die Aufnahmebedingungen zum Besuche der Anstalt erteilt das Bureau, wofür auch die Anmeldungen zu dem am 2. April beginnenden Sommerhalbjahr schon jetzt entgegengenommen werden.

Kerze und Krankenkassen.

Am 26. Januar 1925 tritt im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Oberregierungsrat Dr. Spiegelthal vom Reichsversicherungsamt das Reichsgericht zur endgültigen Entscheidung über die zwischen der Kerzlichen Vertrauensgemeinschaft von Groß-Berlin und den hiesigen Krankenkassen bestehenden Streitpunkten zusammen.

Militarismus — Postismus oder Gottesdienste.

Die vom Bund religiöser Sozialisten veranstalteten Vorträge, über das Genosse Dr. med. Barmann am Sonntag, den 19. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in Reudnitz, Dariastraße 9 (Gemeindeaal) bei freiem Eintritt sprechen wird. Inwieweit findet eine öffentliche Diskussion über den letzten Vortrag: „Rinderrecht (Bourgeoisie) — Rinderrecht (Praktik) oder Gottesdienst“ statt.

Eine Kassenausstellung.

Die Kassenausstellung veranstaltet der Kreisverband Süd 22. Oktober des Provinzialverbandes „Brandenburger Kassenmitglieder“ vom 21. bis 26. Januar in der Ausstellungshalle des Neuen (Schöneberger) Rathauses mit Vismodernbau. Zur Ausstellung gelangen ungefähr 500 Kassen aller Klassen. Unter anderem: 150 Stück deutsche Kassen, Kassenheften und weisse Kassen von 12—17 Uld. Gewicht. Auch die kleinen Kassen mit ihren dazugehörigen Kassen sind in ständiger Anzahl vertreten. Zur Vismodernbau gelangen nur Stücke zur Ausstellung, die von Kassenheften nicht angefertigt sind.

E. glück, Französisch, Spanisch für Erwachsene.

Auf Grund mehrfacher Anfragen teilt die Sprachschule für Privatler mit, daß die neuen Abendkurse für Französisch, Englisch und Spanisch in der kommenden Woche beginnen. Es werden Kurse für Anfänger und Kurse für Teilnehmer mit Vorkenntnissen eingerichtet. Der Unterricht findet wöchentlich einmal abends (zwei Stunden) statt und wird von Akademikern erteilt. Anmeldungen: Adr. des Zentrums Berlin am Sonntag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, in der Reudnitz, Dariastraße 9 (Gemeindeaal) und am Montag, den 20. d. M., abends 6 bis 8 Uhr, in der Reudnitz, Dariastraße 9 (Gemeindeaal) und am Dienstag, den 21. d. M., abends 6 bis 8 Uhr, im Zentrum Richardplatz 14 (nah: Ringbahn) Reudnitz.

Die Wohlfahrtsschule.

Die Wohlfahrtsschule, — bisher Soziale Frauenhochschule — Barbarossastraße 66, veranstaltet einen Kursus über: „Die hygienische Bedeutung der Leibesübungen mit besonderer Berücksichtigung des weiblichen Körpers“. Die Vorträge hat Herr Oberregierungsrat Dr. Seiffert übernommen. Der Kursus findet statt am Dienstag, den 20. Januar, Dienstag, den 27. Januar und Dienstag, den 3. Februar, 11—12 1/2 Uhr, in der Barbarossastraße 66.

# Heute Restetage

Baumwollstoff-, Wollstoff-, Seidenstoff-, Waschstoff-Reste und Abschnitte zu besonders billigen Preisen

Crêpe marocain reine Wolle, bodenst., modern-Muster ..... Meter <b>3<sup>90</sup></b>	Velours-Chiffon Panne doppeltbreit ..... Meter <b>9<sup>50</sup></b>	Perkal 58 in modernen Streifen ..... Meter <b>58</b>	Seiden-marabu Meter <b>1<sup>65</sup></b>
Herren-Sportanzüge aus gemastrierten Stoffen <b>39<sup>00</sup></b>	Jumper aus gutem baumwollenen Crêpe, mit bunter Handdruck, in modernen Farben ..... <b>4<sup>90</sup></b>	Herren-Hemden und Hosen wolegmäßig, alle Größen ..... <b>3<sup>25</sup></b>	Herren-Hüte in vielen Farben ..... <b>3<sup>90</sup></b>
Schlafdecken 140x190 cm ..... Stück <b>3<sup>95</sup> 2<sup>95</sup></b>	Kokosteppich Kunstleder, 1. D.-len u. Veranden, u. r. ca. 300x300 cm <b>64<sup>00</sup></b>	Goldrand-Tassen Stück <b>28</b>	Aluminium-Wasserkessel 5 <sup>50</sup> 4 <sup>50</sup> 3 <sup>50</sup> ca. 2 Liter <b>2<sup>85</sup></b>

# HERMANN TIETZ



Soll sein das Madeln ein Genuß, Nur „Komet“ man wählen muß!

Das neue Modell K 24 der Komet-Freilaufnabe ist ein Gänzlich der Fahrradtechnik. Kein Fahrrad sollte ohne diese Präzisionsnabe sein!

Stempelwerk - Frankfurt am Main-Süd

**Lessing-Theater**  
8 Uhr:  
Eine Frau ohne Bedeutung  
von Oskar Wilde  
neu inszen. Adis Seiditz  
Sonntags 1 Uhr:  
Hasemanns Töchter

**Kleines Th.**  
8 Uhr:  
**Banco**  
Lustspiel v. Savoir  
Lustspiel v. Savoir  
Lustspiel v. Savoir  
Lustspiel v. Savoir

**Trianon-Th.**  
Tägl. 8 Uhr:  
**Mary**  
Erika Glässer  
Lustspiel v. Savoir  
Lustspiel v. Savoir

**Die Fox-Woche**  
23.-29. Januar  
**FELITETAGE**  
DER KINEMATOGRAPHIE

**Kammer-Oper**  
Lützowstr. 112.  
in der Parkstraße  
Täglich 8 Uhr  
Wohl zu ruhen,  
herr Nachbar!  
Kom. Op. v. Polse  
Das kleine Follies  
von Wend and  
Karten 5, 4, 3, 2 M.  
Mit Garderie auf Prop.

**Novitäten-Spielplan!**  
Sonntags 3 1/2 Uhr  
halbe Preise  
Rauschen bestattet.

**METROPOL**  
8 Uhr  
Der hervorragende  
Januar-Spielplan!

**Neue Haare**  
wachsen schon wieder  
Reichel's Haartrichter  
„Justrast“  
wird Wunder nach  
Anmaligen Geschehen.  
So lassen viele  
Konturenungen 20 2.25  
und 20 3.50. Wo nicht  
erhältlich, bei O. O.  
Reichel, 8. r. 43  
50, Offenbachstr. 4.

Am Mittwoch, den 14. Januar, verschied mein geliebter Mann  
**Franz Hermann Meissner**  
Schriftsteller und Direktor des Zoologischen Gartens  
nach einem überaus tätigen Leben.  
Um stilles Beileid bittet  
**Frau Berta Meissner, geb. Krüger**  
Berlin W., den 16. Januar 1925.  
Kottbusstraße 6.

**Ischias**  
wird schon wieder  
Reichel's Haartrichter  
„Justrast“  
wird Wunder nach  
Anmaligen Geschehen.  
So lassen viele  
Konturenungen 20 2.25  
und 20 3.50. Wo nicht  
erhältlich, bei O. O.  
Reichel, 8. r. 43  
50, Offenbachstr. 4.

**Stellenangebote!**  
finden im Vorwärts  
beste Beachtung!

Am 14. Januar verschied unerwartet der  
Verwaltungsdirektor des Zoologisch. Gar ens  
**Herr F. H. Meissner**  
Wir stehen tieferschüttert an der  
Bahre unseres hochverehrten Chefs, der  
uns durch seine unermüdliche Arbeits-  
kraft und treue Pflichten Erfüllung ein  
leuchtendes Vorbild gewesen ist. Auch  
als Mensch war er seinen Untergebenen  
ein stets bereiter Helfer.  
Sein Andenken wird bei uns hoch in  
Ehren gehalten werden.  
Berlin, den 16. Januar 1925.  
Das Verwaltungspersonal  
des Aktien-Vereins des Zoologisch.  
Gartens zu Berlin.

## Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly  
Opernhaus am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Die Bohème  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Peer Gynt  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr: Das Konzert

**Gr. Volksoper**  
7 1/2 Uhr  
**Wildschütz**  
Volksbühne  
7 1/2 Uhr: Sakuntala

**Deutsch. Theater**  
7 1/2 Uhr  
Die bellige Johanna  
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr  
Alt-Heidelberg

**Kammeroper**  
8 Uhr  
Die tote Tante  
und andere  
Begebenheiten  
Stg. nachm. 3 Uhr  
Frühlings Erwachen

**Die Komödie**  
Lustspielhaus  
10 1/2 Uhr  
Die Komödie  
Lustspielhaus  
10 1/2 Uhr  
Die Komödie

**Residenz-Th.**  
8 Uhr  
O. größte Lächerlich  
Gleits

**Werbezirk**  
in: Rosa Altschul  
mit Karl Ettlinger  
Preise 1, 3, 3 M. usw

**Keller-Revue**  
1925  
Th. 1. Admiralspalast  
21. Woche  
Allabendl. 8 1/2 U.  
Die größte  
Revue d. Welt!  
„Noch und Noch“  
Sonntag nachm.  
3 1/2 Uhr:  
Die ganze  
Vorstellung  
zu haben  
Preise!  
2. Rang 1 Mark

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die  
versunk. Glocke

**Deuts. Opernhaus**  
6 U.: Die Heilerin  
von Nürnberg.  
Wa. ner-Zyklus V)

**Intimes Theater**  
8 Katali Abenteuer  
nach dem Tode etc.

**Metropol-Theater**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Gräfin Mariza**

**Neues Th. am Zoo**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Wild-West-Mädels**

**Th. in Kommand. Str.**  
Tägl. 8 Uhr  
**Die Frau ohne Ruß**  
von Richard Kelller  
Mus. v. Walter Kolow  
mit Molly Weasely  
Fritz Spira  
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr  
Raub d. Sabrierinnen

**Rose-Theater**  
7 1/2 U. Aschenbrödel  
7 1/2 U. Kabale u. Liebe

**Komische Oper**  
Direktion: James Klein  
**Unsere Revue:**  
Das hat die Welt  
noch nicht gesehen  
mit über 300 Mitwirkenden  
m. d. Pariser Orig.-Ausstatt.  
m. span. Orig.-Tanztruppen  
mit einer Auslese der be-  
rühmtest. Bühnen-Quartier  
des In- und Auslandes gilt  
auf der ganzen Welt als  
**Unvergleichliche  
Sehenswürdigkeit!**  
Sonntag 3 1/2 Uhr  
Die große Revue!  
jeder Erwachsene 1 Kind frei  
zu halben Preisen  
(50 Pf. bis 6 Mk.)  
Ververkauft ununterbrochen!

**Apollo-**  
Theater  
**Revue-Posse**  
Das lachende Berlin  
D. amüsanteste Theaterabd. Berlins!  
über 150 Mitwirkende!  
Ganz kleine Eintrittspreise!  
Parkett 2,50 M.

**Reichshallen-Theater**  
Allabendl. 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Nachmittags halbe Preise  
volles Programm.

**Dönhoff-Brettl:** D. große  
Neujahr-Programm  
Ant. 7 1/2 U. Sonnt. 5 1/2 U.

**Circus Busch**  
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 Uhr  
Vorletz. Sonntag!  
2 x Quo vadis?  
2 x Looping the Loop  
2 x 12 Romanos 1  
2 x 50 Löwen 50  
Uren-Dopp-Kloster  
1 x 6000 St. Gr. Or.-Prog.  
Volksstüml. Preise!  
50 Pf. bis 12 M. 1. Rang  
Nachm. 3 U. halbe Pr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Hasenheide 108-114  
Heute Sonnabend, den 17. Januar:  
**Bockbier-Fest in den bayer. Alpen**  
und  
**Gr. Alpenball**  
8 Kapellen • Neue Dekorationen • 30 bayer. Mad'l  
Ausstoß von Bergschloß-Bockbier!  
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr  
Voranzeige! Dienstag, den 20. Januar 25:  
Braten eines ganzen Ochsen  
auf dem Riesen-Lucullus Bratapparat - und  
Prämierung d. schönst. Bubikopfes

**Auf Kredit**  
Bedeutend vergrößert, 9 Schaufenster, 2 Eingänge  
Herren- und Speisezimmer, Schlafzimmer, Küche  
Einzel-Möbel  
Ankleideschränke in Nubbaum und Eiche, Schränke  
und Vertikows, Bettstellen in Holz und Metall,  
Waschtiseltten, Nachtschische, Tische, Stühle,  
Sofas, Ruhebetten usw.  
Besondere Abteilung  
Herren- und Damen-Garderoben, Herren- und  
Damen-Gummimäntel, Herren- u. Damenwäse,  
Bettbezüge und Laken in labelhafter Auswahl,  
Gardinen, Stores, Divandeecken, Tischwäse,  
Handtücher, Strickwesten usw.  
Anzahlung beim Einkauf von 50.- M. = 10.- M.  
75.- = 15.- M. usw.  
Abzahlung von 2 M. an.  
Beamte erhalten ganz besondere Vergünstigungen  
**Möbel- u. Waren-Kredithaus „Merkur“**  
Schlesische Str. 40a u. Falkensteinstr. 7, 1. u. 2. Schloß. Tor  
Trenne Waren sind in 10 Schenkungen ausgeteilt!

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstraße 82 („Clou“) Mauerstraße 82  
Täglich geöffnet  
**Vier-Uhr-Kaffee**  
Promenaden-Konzert  
**Gesellschaftsabend / Tanz**

**Casino-Theater**  
Lützowstr. 112. Tägl. 8 Uhr  
Der neue  
Schauspiel  
**Grak Koks**  
Posse in 3 Akten  
Gänzlich neu f. Berlin!  
Volksstüml. Preise!

**Graue Haare**  
erhalten ursprüngliche Farbe u.  
stützt Jugendglanz durch uns  
**Haarfarbiewiederhersteller**  
**„Youpla“**  
Pl. M. 3.75  
Nur eine Flüssigkeit, Frei von  
allen schädlichen Bestandteilen  
Kopp & Joseph, Parfümerieabrik  
Berlin W. 37

**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**

NACH DEM **SONNIGEN SÜDEN**

in die Gefilde • des ewigen Frühlings

führt die erste • Erholungsreise zur See mit Doppelschr.-Salondampfer

**„MÜNCHEN“**  
13408 Br.-Reg.-Tonn  
Dauer der Reise vom **24. Februar bis 24. März 1925**

Kosten der Reise: Mk. 1150.— und höher

Kostenlose Auskunft und illustrierte Prospekte durch unsere Vertretungen •

**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**  
In Berlin W 8: Norddeutscher Lloyd, Kajütenbureau, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon).  
In Berlin NW 46: Generalvertretung F. Montanus, Invalidenstr. 93, zwischen Lehrter und Stettiner Bahnhof.  
In Berlin W 9: Transatlantisches Reise- u. Verkehrsbureau, Unter den Linden 69  
In Berlin: Weltreisebureau „Union“, Unter den Linden 22.



# Die Debatte im Preußenhaus.

## Braun antwortet v. Campe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Vied dagegen, daß trotz des einstimmigen Landtagsbeschlusses auf Haftentlassung die Gerichtsbehörden die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Heydemann und Schulz-Breslau verweigern. Der Landtag müsse gegen diese Verhöhnung seiner Beschlüsse protestieren. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Vied (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung einen Antrag zu setzen, der die Vertrauensstundgebung der preussischen Regierung für den Reichspräsidenten verurteilt. Als der Redner dabei von einer „Sesinnungslumperei der Ebert und Noske“ spricht, wird aus der Mehrheit „Schluß!“ gerufen. Als am Schluß der Rede Vieds der Präsident Bartels die Frage stellt, ob niemand dem Antrag widerspricht, rufen viele Abgeordnete: „Er muß einen Ordnungsruf kriegen.“

Dem Antrag Vied wird widersprochen. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Feststellung der Mitgliederzahl des auf den Antrag des Dr. Winkler und Genossen (Dnat.) eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung in der Angelegenheit betreffend die Kreditgewährung der Preussischen Staatsbank an ausländische Konzerne (Barmat-Ausfluß).

Abg. Grylls (Soz.) erklärt sich mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses einverstanden, er sucht die Rechte aber, die Untersuchung auch auf die Geschäfte der Zentralgenossenschaftsliste (Preußenliste) auszudehnen. (Rufe rechts: Stellen Sie doch selbst einen Antrag!)

Abg. Vied (Komm.) bezeichnet den Ausschuss als einen Vertuschungs- und Verschleierrungsausschuss.

Die Zahl der Ausschussmitglieder wird auf 29 festgesetzt. Hierauf folgt die

### Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten.

Abg. Eberlein (Komm.) begründet das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Die Erklärung des Ministerpräsidenten könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich die Geschäfte Preußens und Deutschlands von den großkapitalistischen Konzernen gelenkt werden. Das gegenwärtige Staatsministerium habe sich zum Sklaven des Großkapitals gemacht. Es habe den Befreiungskampf des Proletariats mit Gewalt unterdrückt und zugelassen, daß der Arbeiterschaft die heiligsten Rechte geraubt wurden. Beim Sturz dieses Kabinetts könne man nicht von einem Sieg der Reaktion sprechen, denn reaktionärer als die jetzige unter sozialdemokratischer Flagge segelnde Regierung könne keine andere sein. Auch außenpolitisch sind die jetzigen kapitalistischen Regierungen im Reich und in Preußen unmöglich. Wenn in Rußland die Entente-Kommissare so auftreten würden wie hier, dann würden sie nach wenigen Tagen an der Laterne hängen. Hier aber empfängt sie die Regierung mit einem Blumentopf am Brandenburger Tor. (Heiterkeit.) Die Verfassung ist zu einem Dreack geworden. Die wirkliche Grundfrage dieser Regierung liegt in den Klassenfragen der Morgan und Genossen. Wir werden alle Kräfte anwenden, um diese Regierung zu stürzen. (Händeklatschen bei den Kommunisten, Vizepräsident Garnich erhebt, keine neuen Sitten einzuführen.)

### Abg. Dr. Campe (D. Vp.)

begründet hierauf den gleichfalls mit der Besprechung verbundenen Antrag:

„Da gemäß Artikel 45 der preussischen Verfassung bei Beginn der Tagung eines neu gewählten Landtags der Ministerpräsident neu zu wählen ist, beschließt der Landtag: Der weiteren Tätigkeit des Ministeriums Braun steht die verfassungsmäßige Grundlage.“

Dr. v. Campe wird von den Sozialdemokraten mit dem Ruf „Sinnlosereitret!“ empfangen. Er weist auf den leeren Regierungssitz und erklärt: Ich sehe hier keinen einzigen Minister. Darum schreie ich, daß das Ministerium jetzt wohl selbst auf dem Standpunkt steht, daß es tatsächlich nicht mehr besteht. (Sehr gut! rechts.) Der Ministerpräsident sagte in seiner letzten Erklärung, wir wollten einer offenen Auseinandersetzung mit ihm ausweichen. Heute wollen wir uns mit ihm auseinandersetzen, und er ist nicht da! (Bei diesen Worten nimmt unter großer Heiterkeit Ministerpräsident Braun seinen Platz ein. Ihm folgen die Minister Dr. Wendorf, Severing und Siering.) Der Redner sucht dann nachzuweisen, daß auf Grund des Verfassungsartikels 45 jeder neu gewählte Landtag das Staatsministerium neu zu wählen habe. Das gegenwärtige Staatsministerium sei wenig überzeugend. Wenn das Ministerium weiter im Amt bleibt, so besteht die Gefahr, daß das schleichende Gift eines dauernden Verfassungskonflikts die Grundmauern des preussischen Staates zu unterhöhlen droht. (Heiterkeit links.) Die Mehrheit der Wähler hat sich nicht, wie der Ministerpräsident behauptet, für die große Koalition entschieden. (Widerpruch und Gelächter links.) Das Verhalten des Ministerpräsidenten in der Kundgebung gegen die Weiterbesetzung der Köpferzone mußte uns empören, denn im Reichstagsrat hatte sein Parteigenosse, der Präsident, erklärt: „Ich stelle fest, daß es der Wunsch des Landtags ist, daß nur der Landtag hier zu Worte kommt. Ich werde dem Ministerpräsidenten davon Kenntnis geben und zweifle nicht daran, daß er diesem Wunsche entsprechen wird.“ (Hört, hört!) Wir haben drei Jahre lang aus voller Überzeugung die Politik der Großen Koalition getrieben, weil wir den Ausbau des Staates nicht allein den Kräften überlassen wollten, die die Revolution gemacht, auch nicht denen allein, die die Weimarer Verfassung gemacht haben. Wir wollen jetzt auch die ausbauenden Kräfte in der Deutschnationalen Volkspartei heranziehen. (Unruhe und Rufe links: Reuhans!) und zweifeln nicht daran, daß sie sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen werden. (Gelächter links.) Wir werden auch in der neuen Koalition unsere Selbstständigkeit wahren und stellen die Bedingung, daß die Verfassung anerkannt und gegen jeden gewaltsamen Angriff von links und rechts geschützt wird. (Rufe links: Wer laßt da?) Wir werden auch bei der Besetzung der Kemter nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern sondern nur nach der Fähigkeit und Eignung fragen. Wir werden nur diejenigen entfernen, die ungeeignet sind oder sich kompromittiert haben. Da werden wir freilich mit eisernem Behen verfahren. Der Ministerpräsident hat in seiner Erklärung die Vertrauensfrage gestellt. Wenn sein Befehl nachher diese Stelle anders auslegte, so müßte er zum Teufel gelagt werden. Unter der Monarchie legten auch bei jedem Thronwechsel die Minister ihre Kemter nieder. Jetzt ist an die Stelle des Monarchen der Landtag als oberste Gewalt getreten. Wir erwarten, daß der Ministerpräsident die Vertrauensfrage stellen und sich nicht mit einem abgelehnten Mißtrauensvotum begnügen wird. (Beifall rechts, Zwischen bei den Sozialdemokraten.)

### Ministerpräsident Braun

wendet sich gegen die staatsrechtlichen Ausführungen des Abg. von Campe. Der Verfassungskonflikt brauche nicht durch eine Revue des Ministeriums gelöst zu werden, sondern für die Entschel-

dung solcher Fragen ist der Staatsgerichtshof zuständig. Die Wahlen haben eine große Mehrheit für die Politik der Großen Koalition ergeben. So lange der Landtag nicht der Regierung das Vertrauen entzogen hat, so lange hat sie das verfassungsmäßig notwendige Vertrauen des Volkes. Abg. v. Campe geht in seiner Beweisführung zu sehr von monarchistischen Gesichtspunkten aus. (Gelächter rechts.) Zwischen dem Landtag als dem Ausdruck des Volkswillens und dem Monarchen als dem zufälligen Ergebnis eines natürlichen Ereignisses besteht schließlich doch ein Unterschied. (Sehr gut! links.) Der Ministerpräsident geht dann auf die Vorgänge in der Kundgebung gegen die Weiterbesetzung der Köpferzone ein und versichert, ihm sei der Beschluß des Reichstagsrats nicht mitgeteilt worden. (Bewegung und Rufe: Wo ist Präsident Bartels?) Ich hätte, so fährt er fort, auf diesen Beschluß geantwortet: Das mag die Meinung des Reichstagsrats sein; aber die preussische Staatsregierung kann sich in einer so wichtigen nationalen Frage den Rufen nicht verbieten lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr v. Campe sagt, man wolle die Regierung nicht den Kräften überlassen, die die Revolution gemacht haben, so befindet er sich in dem Irrtum, daß Revolutionen überhaupt gemacht werden könnten. Wäre das richtig, dann wäre die Revolution höchstens von den Kräften gemacht worden, die das Volk in den Krieg geführt und den rechtzeitigen Frieden verhindert haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man den Willen aussprechen, alle aufbauenden Kräfte heranzuziehen, wenn man in demselben Moment die stärkste Vertretung der Arbeiterschaft juristisch losläßt? Gerade Herr v. Campe hat im September 1922 sehr richtig erklärt: Es darf nicht der Krieg aller gegen alle entseht werden durch den Ruf: „Nie Bürgertum, nie Arbeiterchaft!“ (Hört, hört! in der Mitte.) Er hat weiter gesagt: „Nichts ist schlimmer in der Politik als Schwanken, wir müssen Kurs halten!“ (Große Heiterkeit in der Mitte.) Die ganze Rede des Herrn v. Campe war

ein Herumreden um das, was er nicht offen aussprechen wollte:

Die Deutsche Volkspartei hat die Koalitionspolitik mitgemacht, so lange sie ohne die Sozialdemokratie nicht regieren konnte. Jetzt, wo sie glaubt, die Sozialdemokratie nicht mehr nötig zu haben, will sie mit den Deutschnationalen zusammen regieren. (Laute Rufe bei den Kommunisten: Das haben wir Euch doch immer gesagt!) Diese Schwankung wird vorgenommen, obwohl durch die Absetzung der Arbeiterschaft nach Herrn v. Campes Eingeständnis dadurch der Krieg aller gegen alle heraufbeschworen wird. Wir wollen diesen Krieg nicht. Wenn wir auf unseren Posten bleiben, so handeln wir im Interesse unseres Landes und Volkes. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

### Abg. Hirsch (Soz.)

verurteilt das Vorgehen der Volkspartei bei der Kundgebung gegen die Weiterbesetzung der Köpferzone. Die von der Volkspartei für ihre Störung der nationalen Kundgebung gegebene Begründung sei nicht ernst zu nehmen. Wenn sie in Preußen keine Erklärung eines Geschäftsministeriums zulassen wollte, so setze sie sich in Gegensatz zu ihrem Parteimitglied Stresemann, der im Reichstag dieses Recht für die in Demission befindliche Reichsregierung ausdrücklich in Anspruch genommen habe.

Der Redner verteil dann unter großer Heiterkeit der Mitte verschiedene Reden, in denen Abg. v. Campe eindringlich vor einer Sprengung der Großen Koalition gewarnt hat. (Zuruf des Abgeordneten v. Campe: „Das geht so alles für die Vergangenheit, nicht aber für die Zukunft!“) Abg. Hirsch wendet sich weiter gegen die Verfassungsanlegung des Abg. v. Campe. Er stellt sich auf den Boden des Gutachtens des Justizministers und lehnt die Anträge der Kommunisten und der Volkspartei ab. Wenn die Kommunisten mit ihrem Antrag Erfolg hätten, dann würden sie selbst die kommunistischen Arbeiter der Verfassung durch eine Rechtsregierung ausliefern. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schmidt-Lichtenberg (Zir.) erklärt, das Zentrum könne sich der von der Volkspartei gegebenen Auslegung des Verfassungsartikels nicht anschließen. In längerer staatsrechtlicher Ausführungen sucht er nachzuweisen, daß die Amtsdauer des Staatsministeriums nicht an die Dauer des Bestehens eines Landtages gebunden sei. Der Antrag der Volkspartei könnte dem Verfassungsausschuss überwiesen werden.

Hierauf schlägt der Präsident die Vertagung der weiteren Aussprache auf Dienstag nächster Woche, 11 Uhr, vor. Gegen den Widerspruch des Abg. Vied (Komm.) stimmt das Haus diesem Vorschlag zu. Schluß nach 6 Uhr.

Der Reichstagsrat des Preussischen Landtages beschloß, sich bis Dienstag zu vertagen. Am Mittwoch muß die Aussprache abgeschlossen sein. Die Abstimmung über die zur Erledigung stehenden Anträge wird voraussichtlich erst am Freitag nächster Woche erfolgen.

## Leere Regierungsbänke.

### Der Reichstag muß sich vertagen.

Die Tribünen und die Diplomatensitze sind in Erwartung der inzwischen abgefragten Regierungserklärung überfüllt.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 6.25 Uhr und teilt mit, daß der erste Punkt der Tagesordnung: Die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, abgelehnt werden müsse. (Große Unruhe bei den Kommunisten und Zwischenrufe des aus Wien wieder eingetroffenen Abg. Wran Raß.) Der Präsident erklärt, daß der Reichsanwalt ihn habe wissen lassen, daß seine Bemühungen um die Besetzung des Finanz- und Justizministeriums noch nicht zu Ende geführt werden konnten. Der Reichsanwalt hat daher, die Regierungserklärung heute von der Tagesordnung abzusetzen und sie auf die Tagesordnung einer Sitzung zu bringen, die am Montag nachmittags 6 Uhr stattfinden soll. (Unruhe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) erklärt, gegenüber den Versuchen, eine Regierung zustande zu bringen, müsse das Wort gelten: „Laßt alle Hoffnung fahren!“ Diese ganze Regierungsbildungsmisere schreie zum Himmel. Man wolle logar bei der Vertrauensformel die Verfassung umgehen. (Lebhafte Widerspruch.) Reichsanwalt Dr. Luther solle dem Reichspräsidenten Ebert vorschlagen, auf eine Regierungsbildung zu verzichten, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen für eine Nationalversammlung auszusprechen, damit eine neue Verfassung geschaffen werden könne. (Heiterkeit.)

Abg. Stoedter (Komm.) erklärt, es sei ein Skandal, daß seit zwei Wochen an 500 Reichstagsabgeordnete in Berlin sitzen und vergeblich auf die neue Regierung warten. Der Redner fordert sofortiges Eintreten in eine politische Aussprache. Es müsse endlich dem Spektakel ein Ende gemacht werden. Er sei der Anschauung, daß man auch ohne Justizminister fertig werden könne. (Zwischenrufe: Das möchten Sie wohl! — Große Heiterkeit.) Der Redner sagt dem neuen Kabinett scharfen Kampf an; denn es sei ein Kabinett der Schwerindustrie und des Großkapitals.

Der Antrag Stoedter wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Abg. Eichhorn (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge zum Beamtenabbau. Die Kommunisten verlangen, daß alle abgebauten Beamten wiedereingestellt werden, sofern sie Wert auf eine Wiedereinstellung legen.

Die Anträge werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Anträge betr. Abänderung des Lichtspielgesetzes gehen debattelos an den Bildungsausschuß.

Präsident Löbe schlägt vor, die nächste Sitzung am Montag, 6 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, abzuhalten.

Abg. Dittmann (Soz.) beantragt, am Sonnabend 4 Uhr eine Sitzung abzuhalten, mit der Tagesordnung: Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Reichsgerichtsamt. (Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen.)

Abg. Ködel (Komm.) beantragt, am Sonnabend die politische Aussprache auf die Tagesordnung zu legen.

Die Abgg. Dr. Bell (Z.) und Schulz-Bramberg (Dnat.) beantragen, den Gesetzentwurf über das Reichsgerichtsamt noch heute auf die Tagesordnung zu legen, in der Erwartung, daß er ohne Debatte an den Ausschuss ginge.

Präsident Löbe schlägt sich diesem Vorschlag an und das Haus ist damit einverstanden.

Der Entwurf über das Reichsgerichtsamt wird debattelos dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Antrag, am Sonnabend eine Sitzung abzuhalten, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Nächste Sitzung: Montag 6 Uhr. (Entgegennahme einer Regierungserklärung.) Schluß 7 Uhr.

## Erleichterungen der Lohnsteuer.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Lohnsteuer einen Antrag eingebracht, der zwei Forderungen aufstellt: 1. die Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages von 60 M. monatlich (15 M. wöchentlich) auf 100 M. monatlich (24 M. wöchentlich); 2. die volle Gutbringung dieses steuerfreien Lohnbeitrages auch in den Fällen von Lohnausfall infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Aussperrung, Streik usw., sowie bei den Saisongewerben.

Die Forderung nach Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages auf 100 M. bzw. 24 M. wöchentlich ergibt sich aus der Lohnentwicklung des vergangenen Jahres. Als die zweite Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 die Neuregelung des Lohnsteuerabzugs brachte, waren die Löhne tief unter dem Existenzminimum. Erst nach langen und schweren Kämpfen ist es der Arbeiterschaft gelungen, Lohn erhöhungen durchzusetzen. Die Lohnentwicklung des vergangenen Jahres bietet daher folgendes Bild: Nach „Wirtschaft und Statistik“ (1. Oktoberheft, S. 612) betragen die tarifmäßigen Stundenlöhne in Pfennigen:

am	Bauarbeiter	Holzarbeiter	Metallarbeiter	Fabrikarbeiter	Buchdrucker	Reichsbetriebsarbeiter	Durchschnitt
7. Jan. 24	84	65	63	52	56	53	61
1. Okt. 24	97	88	88	66	70	78	85

Diese Lohn erhöhungen hatten eine Lohnsteuerbelastung zur Folge. Der steuerfreie Lohnbeitrag wurde bei steigenden Löhnen relativ immer niedriger. Daher stieg die Lohnsteuerbelastung, die Dezember 1923 bei einem Arbeiter mit Frau und zwei Kindern bei einem Wochenlohn von 28 M. 4 Proz. betragen hatte, im November 1924 bei einem Wochenlohn von 40 M. auf 5 Proz. Bei einem ledigen Arbeiter stieg die Lohnsteuerbelastung in dieser Zeit sogar von 5,7 Proz. auf 7 Proz.

Der Ausgleich muß durch eine angemessene Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages herbeigeführt werden. Die Erhöhung von 50 auf 60 M. ist viel zu gering, um den Lohnsteuerdruck wesentlich zu mildern. Beirägt doch gegenwärtig die Belastung eines Arbeiters mit dreiköpfiger Familie und 40 M. Wochenlohn immer noch 4,6 Proz. Wenn dagegen der sozialdemokratische Antrag angenommen wird, so braucht dieser Arbeiter nur noch 2,8 Proz. seines Lohnes als Steuerabzug zu entrichten.

Vor dem Kriege war in Preußen ein Einkommen von 900 M. jährlich steuerfrei. Der viel höhere Steuerfuß der heutigen Lohnsteuer, vor allem aber die viel teurere Lebenshaltung verlangt, daß das steuerfreie Einkommen wesentlich höher liegen muß als vor dem Kriege. Tatsächlich ist das von der Sozialdemokratie geforderte Existenzminimum von 1200 M. jährlich heute noch nicht soviel wie vor dem Kriege 900 M.

Wer eine soziale Steuerpolitik erstrebt, kann sich der Forderung der Arbeiterschaft auf eine angemessene Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums nicht widersetzen. Dann der Einwand, die geforderte Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages würde einen großen Einnahmeausfall hervorrufen, gilt auch für jede andere Steuer, deren Abbau von den bürgerlichen Parteien verlangt wird. Dagegen hat das Steigen der Löhne die Einnahmen aus der Lohnsteuer sehr stark erhöht, so daß sie den Voranschlag wesentlich überschritten haben. Der Ertrag der Lohnsteuer betrug in Millionen Mark in den Monaten:

Jan. Febr. März April Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov.
74,7 83,9 71,2 79,5 87,9 98 108 107 113 115 120

Der Voranschlag ist also um mindestens 50 Proz. überschritten worden. Der Einnahmeausfall infolge der Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages wird daher nur einen Teil der unerwarteten Mehreinnahmen des Reiches aus der Lohnsteuer treffen.

Die zweite sozialdemokratische Forderung geht dahin, den vollen steuerfreien Lohnbeitrag auch denjenigen Arbeitern zugutekommen zu lassen, die infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Aussperrung, Streik usw. einen mehr oder minder großen Lohnausfall haben. Der steuerfreie Lohnbeitrag hat den Sinn, ein Existenzminimum von jeder Besteuerung freizulassen. Wenn der gegenwärtig geltende steuerfreie Lohnbeitrag ein Existenzminimum von 720 M. jährlich festsetzt, so bedeutet das, daß der Befehleber es nicht verantworten konnte, auch noch Einkommenssteuern der Besteuerung zu unterwerfen, die unter dieser Mindestgrenze liegen. Soll dieser Zweck erreicht werden, so muß von jedem Einkommen dieses jährliche Existenzminimum steuerfrei bleiben. Die Erhebung der Lohnsteuer an der Quelle hat aber bisher verhindert, daß dieses Ziel vollständig erreicht wurde.

Die Berücksichtigung der Ermäßigung bei der Lohnsteuer erfolgt bei jeder Lohnzahlung für die Zeit, für die der Lohn bezahlt worden ist. Wenn also ein Arbeiter für eine Zeit keinen Lohn erhalten hat — zum Beispiel wenn er arbeitslos oder krank war — so werden auch für diese Zeit nicht die Ermäßigungen berücksichtigt. Am Schluss des Jahres muß sich dann herausstellen, daß ein solcher Arbeiter nicht ein Arbeitseinkommen von 720 M. steuerfrei hatte, sondern viel weniger, daß also auch sein Existenzminimum besteuert wurde, obgleich es der Gesetzgeber von der Steuer freilassen wollte. Hat zum Beispiel ein lediger Arbeiter einen Wochenlohn von 30 M., aber nur 30 Wochen gearbeitet, so beträgt sein jährliches Einkommen 900 M. Bei einem steuerfreien Lohnbeitrag von 720 M. hätte er davon nur 180 M. zu versteuern brauchen. Aber da er nur 30 Wochen gearbeitet hat, ist ihm auch nur für 30 Wochen der steuerfreie Lohnbeitrag angerechnet worden, d. h.  $30 \times 15 \text{ M.} = 450 \text{ M.}$  Von seinem Jahreseinkommen bleiben also 450 M. steuerpflichtig. Während er tatsächlich nur 18 M. Jahressteuer oder 2 Proz. zu zahlen hatte, mußte er in Wirklichkeit 45 M. oder 5 Proz. zahlen. Es gibt sogar viele Fälle, in denen Lohnsteuer gezahlt werden muß, obwohl das Einkommen überhaupt nicht einmal das steuerfreie Existenzminimum erreicht!

Diese Ungerechtigkeit zu vermeiden, gab es bisher nur einen Weg. Der Arbeiter mußte am Schluss des Jahres eine Eingabe an das Finanzamt machen und die volle Berücksichtigung des steuerfreien Existenzminimums im Wege der besonderen Veranlagung beantragen. Auf diesen Antrag erhielt er dann den zuviel gezahlten Steuerbetrag, also in unserem Beispiel 27 M., von der Finanzkasse zurück. Dieser Zustand ist durchaus unbefriedigend. Denn diese Rückzahlungen funktionieren nicht so glatt, wie es vorgesehen war, und für den Arbeiter ist diese Regelung keineswegs eine willkommene Sparkasse, sondern eine Quelle vieler Schereiten. Er konnte auf diese Beträge keineswegs zu einem bestimmten Zeitpunkt rechnen, sondern erhielt sie unter Umständen erst nach einem halben Jahr. Für die im Laufe des Jahres 1924 zuviel gezahlten Lohnsteuerbeträge kommt aber noch hinzu, daß hierfür eine Rückerstattung im Wege der Veranlagung wahrscheinlich gar nicht in Frage kommt, weil eine Einkommensteueranmeldung für 1924 vielleicht überhaupt nicht durchgeführt wird. Einmal weisen die Finanzämter Anträge auf Rückerstattung zuviel bezahlter Lohnsteuern ab. Aber auch für die Finanzämter bedeutet eine solche Veranlagung eine Mehrbelastung mit unproduktiver Arbeit, die das auch der Lohnsteuer zugrunde liegende Prinzip durchbricht, daß besondere Veranlagungen nur vorgenommen werden sollen, wenn dadurch eine lohnende Mehreinnahme für den Steuerschatz erzielt werden kann.

Es muß daher sowohl im Interesse des Steuerschatzes wie der Arbeiterschaft gefordert werden, daß die volle Berücksichtigung des jährlichen steuerfreien Lohnbeitrags sofort beim Abzug der Lohnsteuer erfolgt. Die Sozialdemokratie hat diese Forderung wiederholt gestellt, zuletzt bei den Verhandlungen über die zweite Steuerverordnung im Dezember 1923. Bisher aber ist nichts geschehen.

Bei der Neuregelung der Steuergesetze wird die Entscheidung über die sozialdemokratischen Anträge fallen. Es wird sich zu zeigen haben, ob die bürgerlichen Parteien die unsoziale Steuerpolitik, die sie bisher betrieben haben, noch dadurch übersteigern, daß sie die Besteuerungen weiter abbauen, die unerträglich hohe Lohnsteuer mit ihren sozialen Härten aber belassen. Solche Absichten werden auf den entschiedensten Kampf der Sozialdemokratie stoßen.

## Aus der Partei.

### Sozialistische Erfolge in Argentinien.

Die Argentinische Sozialistische Partei hielt vom 4. bis 6. Januar in Buenos Aires einen außerordentlichen Parteitag ab, der sich mit folgenden Gegenständen beschäftigte: Revision des Aktionsprogramms der Partei, Aufstellung eines Kommunalprogramms und Ausarbeitung von Richtlinien für die Haltung der Partei in der Frage des Wohnungswesens.

Diesen Beratungen kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil die argentinische Partei soeben bei den Gemeinderatswahlen in Stadt und Provinz Buenos Aires bedeutende Erfolge erzielt hat. In der Stadt Buenos Aires erhielt sie 57 159 von insgesamt 170 000 abgegebenen Stimmen. Bei den letzten Wahlen (1922) betrug ihre Stimmenzahl 49 581, sie hat also rund 14 Proz. an Stimmen gewonnen. Sie ist die stärkste Partei und bezieht 3 von den 15 Sitzen des Gemeinderates.

Verhältnismäßig noch größer sind die Erfolge unserer Genossen bei den Wahlen in den kleinen Gemeinden der Provinz Buenos Aires. Sie verzeichnen in fast allen Orten Stimmengewinn, nicht selten eine Verdoppelung der Stimmenzahl. In der Gemeinde Mar del Plata wurde die Majorität erobert.

## Wirtschaft

### Die guten Geschäfte der Rentenbank.

Es ist all geworden um die Rentenbank. Die zu ihrer Liquidierung eingesetzte Treuhänderstelle funktioniert, und wenn schon vor deren Wirken hange gemacht wurde mit dem Hinweis darauf, daß die Zurückziehung von mehr als 100 Millionen aus den Tresoren der Großbanken die Börse und den Geldmarkt erschüttern werde, so hat sich auch diese „Befürchtung“ nicht bestätigt. Die Wirtschaft ist eben widerstandsfähiger geworden, die Kredite wurden rasch umgelegt. Nur einmal hörte man wieder von der Rentenbank, als sie die Zinsen fundete. Für die Landwirtschaft ist diese Stundung auf unbestimmte Zeit erfolgt, bis zur Fertigstellung des „berichtigten Wehrbeitrags“. Das kann man Weiberzeit nennen. Die Berichtigung des Wehrbeitrags hängt aufs engste zusammen mit der Finanzreform, und diese geht schon seit Jahren als Spuckgespenst umher: keiner kann sie erfassen; sie entwindet sich immer wieder, und so blieb von dem Schemen der Finanzreform nur die Steuermacherei, die sich am empfindlichsten beim Lohn- und Gehaltsabzug auswirkt, während der Kampf gegen ein wirkliches soziales Steuersystem noch von jeher am heftigsten von Seiten der Agrarier geführt wurde. Es wäre verlockend, festzustellen, was der Großgrundbesitz — vor allem in der Vorkriegszeit — wirklich an Steuern gezahlt hat; man würde dann sehen, daß vom Nationalismus des Wortes bis zum Nationalismus der Tat ein weiter Weg ist. Sei dem, wie ihm wolle; die Rentenbankzinsen wurden der Landwirtschaft bis zu einem recht fernem Termin gestundet. Und wenn der Wehrbeitrag berichtigt ist — gegen das Reichsbewertungsgesetz läuft der Landbund schon Sturm, ehe überhaupt der Rentenentwurf geboren ist —, werden die Zinsen auch nicht

sofort eingezogen werden. Die Landwirtschaft kann mit dem Gelde noch lange arbeiten. Die Zinsfestsetzung ist nichts anderes wie ein verschleierter, zinsloser Kredit, der so lange gegeben wird, bis die Agrarier ihre Fülle in der Tasche haben.

Hier ist eine Zwischenbemerkung notwendig. Im Augenblick hat man kein Interesse an Zöllen, weil die Ernte 1924 bereits „abgestoßen“ ist. Aber die Stoppé wird jetzt eingerichtet, wenn die maßgebenden Instanzen nicht scharf zusehen. Die Etappe soll in der Aufhebung der Reichsgetreidestelle bestehen. Durch sie will man der Regierung die Möglichkeit nehmen, daß sie Getreide in größerem Umfange einführt und aufstapelt. Ist die Getreidestelle aufgehoben, dann mag der Zoll kommen. Um das „Durchhalten“ zu ermöglichen, hat man außer den Krediten noch zinslose Kredite.

Aber nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie wurden die am 1. Oktober v. J. fälligen Rentenbankzinsen zunächst bis zum 15. Januar gestundet. Jetzt heißt es, daß es sich bei dieser Maßnahme nur um ein Provisorium handelt. Tatsächlich werden die Rentenbankzinsen der Industrie durch Gesetz oder auf dem Verordnungswege überhaupt niedergelegt. Die Industrie erhält also eine ganz beträchtliche Morgengabe von der Rentenbank. Diese selbst muß glänzende Geschäfte machen, sonst wäre eine solche Finanz- und Zinspolitik nicht möglich, an der die Öffentlichkeit doch nicht so ganz uninteressiert ist. Man braucht nicht so weit zu gehen, um von Schiebungen zu sprechen; aber die Zinspolitik der Rentenbank scheint hier nicht im Einklang zu stehen mit der Kredit- und Zinspolitik der Reichsbank. Es scheint, als ob die Rentenbank sich jetzt schon eine Sonderstellung langsam einrichtet, die es berechtigt erscheinen läßt, wenn man von einem „Staat im Staate“ redet, wie es an dieser Stelle bereits geschehen ist.

Der Gesetzentwurf, der sich mit dem Ausbau der Rentenbank beschäftigt, soll als einer der ersten dem Reichstage zugehen. Es besteht also alle Veranlassung, die Augen offen zu halten. Dann wird wohl im Reichstage eingehend über alle diese Dinge gesprochen werden müssen. Der Reichstag könnte sich dann auch Ausrüstung darüber geben lassen, wie viele der in den Zeiten der Treuhänderzwischenschaltung begebenen Kredite an den Großgrundbesitz, wie viele an die Kleinbauern gekommen sind. Im Zusammenhang damit wäre es gewiß nicht uninteressant, zu erfahren, welche Zinsen der Großgrundbesitz, welche der Kleinbauer zahlen mußte. Auch über die Verwendung der Kredite näheres zu hören, könnte reizen. Man raunte von Gerüchten, daß Rentenbankkredite aufgenommen und dann von den Kreditnehmern zu höheren Zinsen weiter begeben wurden. Kurzum, der Reichstag hat das größte Interesse daran, vollste Klarheit zu erhalten. Grundfänglich wird Vorfrage getroffen werden müssen, daß die Rentenbank eben kein Staat im Staate wird, daß sie keine finanzielle Waffenschmiede für reaktionäre politische und wirtschaftliche Zwecke wird. Auch wie vor wird man daran festhalten müssen, daß die großen Mittel für soziale Zwecke — auch der Landwirtschaft verwendet werden. Man sage nicht, daß hier nichts zu tun sei. Man höre nur die Klagen der Kleinbauern, die allmählich aufwachen. Wie steht es mit dem Siedlungswesen? Sollte da nicht ein Betätigungsfeld für die Rentenbank und deren gutes Geschäft sein? Nichts wäre abwegiger, als wenn sich die Volksvorstellung mit der rein finanziellen Seite dieses schweren Problems begnügen würde. Die Rentenbank hat ohne Zweifel dem Volke gute Dienste getan; diese kann man mit keinem besseren Danke lohnen, als wenn sie umgestaltet wird zu einer Kraftquelle, welche das brach liegende soziale Feld befruchtet. Hier harret des Reichstags eine große und verantwortungsvolle Aufgabe.

### Steigende Lebensmittelpreise.

Künftig wird mitgeteilt:

Die auf den Stichtag des 14. Januar d. J. berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 7. Januar (136,4) um 1,8 p. h. auf 138,9 gestiegen. Höher lagen vor allem die Preise für Getreide und Kartoffeln, ferner für Rindfleisch, Hapfen, Ochs- und Kuhhütze, Kalbfelle, Treibriemenleder, Baumwolle, Rohjute und Hanf. Gesunken sind die Preise für Butter, Schmalz, Heringe, Schweinefleisch, Milch und einige Nichteisenmetalle. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 134,4 auf 138,1 oder um 2,8 p. h. Die Industriegüter blieben mit 140,3 (Vorwoche 140,2) nahezu unverändert.

### Der Lebenshaltungszindex.

Die Lebenshaltungsziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoh, den 14. Januar ist gegenüber der Vorwoche (123,8) mit 124,0 nahezu unverändert geblieben.

### Goldbilanz des Krupp-Konzerns.

Der Krupp-Konzern ist dasjenige deutsche Montanunternehmen, das durch den Versailler Vertrag die größten Umstellungen durchzuführen gezwungen war, da es bis zum Kriegsende fast ausschließlich Heeresmaterial und Kriegsschiffe baute. Er ist heute mit seiner Produktion von Kraftwagen, landwirtschaftlichen Maschinen, Waggons und Lokomotiven, Feldbahnen, Grubenbahnen, Motoren, Textilmaschinen, Registrierkassen, Kinoapparaten, chirurgischen Instrumenten, Pressluftwerkzeugen und der Produktion der Rohstoffe und Halbfabrikate dazu vollständig auf Friedensherzeugung umgestellt. In zehn deutschen und vier ausländischen Betriebsgemeinschaften (Wien, Haag, Kynowegen, Madrid) sind für sämtliche Produktionszweige selbständige Abgabearrangierungen geschaffen, gleichzeitig wurden 1923 in der U. G. für Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie Berlin die umfangreichen Beteiligungen (Bergwerke, Stahl-, Holz- und Drahtwerke) unter besondere Verwaltung gestellt. Je 2 Zechen- und Erzgrubenkomplexe, 3 Hüttenkomplexe mit 17 Hochöfen (davon heute 11 unter Feuer), 11 Stahlwerke mit 12 Konvertern, 62 Siemens-Martin- und 3 Elektroöfen sind die Rohstoff- und Halbfabrikatbasis für Selbstverbrauch und Markt. Das 1923 zu selbständiger Verwaltung vom Rütterwerk losgelöste Gruson-Werk Magdeburg und die gleichfalls verwaltungsmäßig dezentralisierte Germania-Werke Kiel stehen allein außerhalb der massiv konzentrierten rheinisch-westfälischen Hauptbasis des Krupp-Konzerns. Am 30. Juni 1923 waren 97 300, am 30. September 1924, im Gefolge der Stabilisierung, waren nur 71 320 Mann in den Werken beschäftigt. Nach dem Geschäftsbericht mußten seit November 1918 9173 Arbeitsmaschinen (44 Proz. des Gesamtbestandes) infolge des Waffenstillstands- und Friedensvertrags zertrütert oder zerstört und rund 9000 Tonnen Lehren und Vorrichtungen vernichtet werden.

Die Goldbilanz zeigt an eigenen arbeitenden Mitteln einschließlich der gefälligen und Sonderreserven 1924 für Krupp-Werke (200), Gruson-Werk (11), Germania-Werk (11) und Berliner Betriebsgemeinschaft (14,4), zusammen 236,4 Millionen gegenüber 231,0 Millionen 1914. Fremde arbeitende Mittel, Anleihen und Hypotheken also: 6,4 Millionen ausgenutzte und 6,2 Millionen Goldanleihegeschulden. Die Papieranleihegeschuld betrug 1914 51,2 Millionen, so daß ein Aufwertungsgewinn von 45 Millionen Goldmark vorliegt. Daneben stehen die Forderungen der Pensions- und Wertspartassen mit insgesamt 706 000 M. in allen vier Abteilungen gegenüber 46 Millionen

1914. Während der Inflation ist der Bestand der Wertspartassen in Krupp-Aktien umgewandelt worden, aus denen die Arbeiter heute etwa den fünffachen Betrag des damaligen Goldwerts ihrer Papiermarkguthaben, nämlich 3,3 Mill. M. ausgezahlt erhalten sollen. Das entspricht  $\frac{1}{10}$  etwa sowohl des Betrages von 1914 als von 1919 (46,3 bzw. 46,7 Mill.) oder rund 7 Proz.

In den Aktiven sind für den Gesamtkonzern Anlagen, Maschinen und Vorräte (vorsichtig bewertet) mit 302,3 Mill. gegen 402 Mill. 1914 ausgewiesen. Die Wertpapiere und Beteiligungen erscheinen 1924 mit 66,28 gegenüber 88,25 Mill. 1914.

Aus dem Industriebelastungsgesetz ermarktet der Krupp-Konzern eine Belastung von 33,1 Millionen, was 15 bis 16 Proz. des gesamten Eigenkapitals entspricht. Diese 15 bis 16 Proz. werden sich nach dem Aufbringungsgesetz, das die gesamte Privatwirtschaft zur Aufbringung der Industrielasten für die Reparationszahlung heranzieht, auf mindestens 12 Proz. ermäßigen, deren Verzinsung und Amortisation auf mehrere Jahrzehnte verteilt ist.

Die Bilanzen des Krupp-Konzerns enthalten natürlich sehr große stille Reserven. Nicht entfernt sind die Erweiterungen voll ausgewertet, die seit 1914 durchgeführt worden sind. Das war auch nicht anders möglich, da für die großen Amerika-Kredite (vorläufig 10 Mill. Dollar oder 42 Mill. M.) in der Bewertung der Aktiven Raum gelassen werden mußte. R—r.

Wie gemeldet wird, hat der Krupp-Konzern seine Interessen auf den Balkan ausgedehnt. Er hat sich die „Erste jugoslawische Fabrik für Waggons, Maschinen- und Brückenbau U. G.“ in Brod angegliedert und beabsichtigt die Errichtung einer „Jugoslawischen Krupp-U. G.“

### Eine notwendige Reform der Staatsbank.

Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, einen Ausschuss zur beidseitigen Mitwirkung bei den Geschäften der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) zu errichten. Der Ausschuss ist insbesondere gutachtlich zu hören über die Grundzüge für die Kreditgewährung, über die Grundzüge für die Grundzüge für die Kredittgewährung, über die Grundzüge für die Grundzüge für die Kredittgewährung, über die Grundzüge für die Grundzüge für die Kredittgewährung. Er ist berechtigt, Vorschläge über etwa gebotene Maßnahmen zu machen. Als Mitglieder des Ausschusses sind, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, berufen worden:

Die Mitglieder des Landtages: Dr. Hager, Dr. Höpfer, U. Hoff, Dr. Seidig, Dr. Waentig und Dr. v. Winterfeld, ferner der Präsident des Reichsbankdirektoriums Dr. Schacht, der Präsident der Preussischen Zentral-Gesellschaft, Semper, Generaldirektor Lob von der Preussischen Bergwerks- und Hütten U. G., Generaldirektor von Belsen von der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Harns, Vordirektor Karl Gelpcke, Berlin, Staatssekretär a. D. Prof. Dr. August Müllert, Ministerialdirektor Dr. Ergthropel und Ministerialrat v. Schend, beide vom Preussischen Finanzministerium, Ministerialdirektor Ball vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, sowie Ministerialdirektor Dr. Wulert vom Preussischen Ministerium des Innern.

Die Bildung eines besonderen Beirats für die Staatsbank hat sich als notwendig erwiesen nach den Fehlgriffen, die dieses von Beamten des alten Regimes geleitete Institut in verschiedenen Fällen, besonders bei der Kreditgewährung begangen hat.

### Reichshauptkasse und Reparationserstattungen.

Der Ausweis über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse im Dezember übertrifft in zweifacher Beziehung: er stellt einen zahlenmäßigen Ueberschuß von 208 Millionen Mark fest, der aber in Wirklichkeit ein Fehlbetrag von 25 Millionen ist. Die Summe der Einzahlungen beträgt rund 690 Millionen Mark. Dem stehen Ausgaben in Höhe von rund 481,9 Millionen Mark gegenüber. Der zahlenmäßige Ueberschuß beträgt also 208,1 Millionen Mark. Dieser Ueberschuß erklärt sich dadurch, daß der Generalagent für die Reparationszahlungen für die Zeit vom 1. September bis 20. Dezember 1924 der Reichsregierung die bekannten Beträge in Höhe von 233 Millionen Mark, die das Reich als Vorschuß auf die erste Annuität aus dem Dawes-Plan geleistet hat, zurückerstattete. Setzt man diese Summe nicht ein, so ergibt sich tatsächlich ein Fehlbetrag von rund 25 Millionen Mark.

Bei den Einzahlungen werden die Einnahmen aus Steuern usw. mit 619,3 Millionen angegeben. Sie umfassen allerdings nicht die verpfändeten Zölle usw. mit rund 146,2 Millionen Mark, so daß in Wirklichkeit statt des Solis von 635 Millionen Mark nur 488,8 Millionen eingekommen sind. Diese Summe erhöht sich aber auf 619,3 Millionen, da der Hauptkasse die verpfändeten Novemberzölle mit 130,5 Millionen zugestellt wurden.

Die schwedende Schuld betrug am 31. Dezember rund 165 Millionen Mark. Davon entfielen 18,6 Millionen auf Zahlungsverpflichtungen aus Scheckanweisungen und Scheckwechseln und 116,3 Millionen an Scheckanweisungen mit Scheckanweisungen und Scheckwechseln. Der aus dem Verkauf von Reichsmarkwechseln gebildete Betriebsfonds hatte nur eine Höhe von 30 Millionen Mark. Die Zinsvergütung, die mit ungefähr 8 Proz. ganz respektabel ist, scheint demnach angesichts der hohen Zinsätze, die immer noch zu erlangen sind, kein geeignetes Anziehungsmittel für den Patriotismus der deutschen Kapitalisten zu sein.

Flaschen- und Alkoholindustrie. Die Alkoholindustrie stöhnt und wehrt die Diabenden. Sie klagt über Steuern, Konsumrückgang und über vieles andere. Das es mit dem Konsumrückgang nicht sehr weit her ist, zeigt der steigende Absatz der das Alkoholverwerk beilegenden Flaschenindustrie um so mehr, als ja bekanntlich ein Teil des Alkohols durch Hochauschnitt direkt an die Konsumenten kommt. Die Verwaltung der zum Siemens-Glas-Konzern gehörenden Straauer Glasfabrik, an der der Konzern-Direktor-Schultheiß-Vahrenhoffer-Rahbaum mit erheblichem Aktienbesitz beteiligt ist, und die den größten Teil ihrer Flaschenproduktion in der Alkoholindustrie absetzt, erklärte in der Generalversammlung, daß trotz unlohnender Preise, trotz hoher Steuerlasten, trotz teuren Frachten für das abgelaufene Geschäftsjahr mit einer angemessenen Dividende zu rechnen sei. Von der Produktion, die ungefähr ein Drittel des Vorjahres ausmache, bleiben 50 bis 60 Proz. im Inland, da für das Ausland die Preise für deutsche Flaschen zu hoch seien. Darunter leide das Exportgeschäft. Es bleibe ein weit höherer Prozentsatz der Produktion wie vor dem Kriege im Inland. Die Goldbilanz und die Umstellung — 5:1 für die Stamm-, 125:4 für die Vorratsaktien — wurde genehmigt.

Werkwürdige Kartellpolitik. In Deutschland sind die Zucke fabrizierenden Unternehmungen besanftlicht zur Zuckerkonvention zusammengefaßt. Die Zuckerkonvention regelt bis in die kleinsten Details die Bedingungen, unter denen ihre Mitglieder ihre Fabrikate an deutsche Unternehmer abgeben dürfen. Dagegen haben die Mitglieder bei den Verläufen an ausländische Käufer völlig freie Hand. Daraus erklärt es sich, daß, wie in der Textilindustrie berichtet wird, deutsche Zucke, die aus dem Ausland nach Deutschland zurückkommen, bei uns billiger zu haben sind als der Preis für deutsche Zucke von den Fabrikanten selbst für Deutschland beträgt. Das ist um so merkwürdiger, als auf Zucke bei der Einfuhr ein hoher Zoll liegt. Nicht bloß um diesen Zoll, sondern auch um die erheblichen Verförderungsgebühren und die verchiedenen Einzahlungen der Vertriebskanäle müssen doch die deutschen Zuckfabriken ihren Preis bei der Abgabe an ausländische Unternehmer ermäßigt haben. Kann man sich da wundern, daß im Ausland Textilien billiger zu haben sind als bei uns?

## Der stählerne Freund.

Von Wilhelm Hegeler.

Ich hatte den Besitz eines Revolvers für den ersten Schritt zum Selbstmord. Haben Sie je in einer Zeitung gelesen, daß ein Hausbewohner einen Eindrehler durch Revolvererschüsse in die Flucht gejagt oder unschädlich gemacht hätte? Dagegen können Sie jeden Tag lesen, daß jemand durch das ungeschickte Handeln mit einer Schusswaffe sich selbst oder einen anderen lebensgefährlich verletzt hat. Darum fort mit diesen vernickelten Schlangen, die der harmlose Bürger an seinem Busen nährt! Das einzige empfehlenswerte Mittel gegen Eindrehler ist die Bettdecke. Hören Sie in der Nacht ein verdächtiges Geräusch, so ziehen Sie die Bettdecke über die Ohren und summen das Schlummerlied von Brahms vor sich hin. Schließlich sind Diebe und Eindrehler auch Menschen und wollen leben, und wenn man ihnen die Ausübung ihres Berufes unmöglich macht, so hat man sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Allerdings muß ich gestehen, daß ich mich erst nach einer Reihe bitterer Erfahrungen zu dieser selbstlosen Auffassung durchgerungen habe. Als in Berlin die Unsicherheit überhand nahm, als die Bettläufer über und über mit roten Zeiteln besetzt waren, die Millardenbeschlagnahmungen für die Wiederherbeischaffung geraubter Wertgegenstände versprachen, und die Häuser, in denen die Treppenläufer nicht fehlten, zu zählen waren, in dieser Zeit gehörte auch ich zu den Highkopsen, die glaubten, dem rollenden Rad der Entwicklung in die Speichen greifen zu können. Als bestes Mittel dafür wurde mir ein wachsender Hund empfohlen. Ich ließ also einen kommen, unter Garantie ebr Stubenreinheit. Unser Dienstmädchen erklärte nach kurzer Zeit: „Der Hund ist ein Wundertier. Der frisst immerzu und verdaut nie.“ In Wahrheit aber war er nur ein lebendiger Gegenbeweis gegen die Ansicht des Sokrates, daß das Wissen um die Tugend auch ihre Ausübung bedeute. Er war sich der Billigkeit, die er mit dem Garantiefchein übernommen hatte, voll bewußt, da er aber die kurzen Augenblicke der Freiheit morgens und abends nicht durch solche niedrigen Verrichtungen beeinträchtigen wollte, froh er in unbewachten Augenblicken in die unauffindlichsten Schlupfwinkel, unter Schränke und Bettstellen und verrichtete dort sein Geschäft. Nach einer Woche mußten wir den Hund abschaffen. Den Gestank wurden wir nach einem Monat noch nicht los.

Darauf versuchten wir es mit einem Sicherheitschloß. „Abrahams Schloß“ — so hatte es der Erfinder genannt. „Diese Nacht werden wir aber prächtig schlafen“, sagte meine Frau, „so sicher wie in Abrahams Schloß.“ Ich merkte keinen Unterschied und schlief erst gegen Morgen ein. Natürlich war ich ärgerlich, als unser Mädchen mich kurz nach sieben meinte: der Gasmann stände vor der Tür und sie beläme das Sicherheitschloß nicht auf. Meine Anstrengungen waren ebenfalls vergeblich. „Abrahams Schloß“ hatte die Eigenschaft, daß er sich im Handumdrehen schließen, aber nur mit Hilfe eines Schlossers wieder öffnen ließ.

So blieb uns nur die Waidwaffe. Seitdem war es um meine Ruhe geschehen. Ich wollte den geladenen Revolver im Nachtschloß verwahren. Meine Frau erklärte, das ginge unmöglich. „Stell dir doch vor“, sagte sie, „wir hören wirklich einen Eindrehler, dann sind wir furchtbar aufgeregt, reißen mit Gewalt die Schublade auf, sie fällt auf den Boden, alles purzelt durcheinander, und ich weiß dann den Kerl gestellt haben.“ — „Wir?“ versetzte ich. „Ich hoffe, du wirst mir doch zutrauen, daß ich allein.“ — „Nun, meinetwegen, du! Aber der Nachtschloß ist nicht der richtige Ort. Du müßt den Revolver unter dem Kopfkissen aufbewahren.“ Meine Frau hätte mir ebenso gut zumuten können, die ganze Nacht den Revolver zwischen den Zähnen zu halten. Sie nannte ihn ihren „stählernen Freund“ und erinnerte mich an ihn in den unschuldigsten Augenblicken. Aber das Schlimmste war doch die Angst, die ich seitdem nicht los wurde. Bei dem kleinsten Geräusch fuhr ich in die Höhe. Wachend und träumend hörte ich verdächtige Schritte.

Eines Tages fand bei uns Umzug statt. Von morgens bis abends stand das Haus offen. Die Treppe wimmelte von verdächtigen Gestalten. Wenn überhaupt je, dann würden die Eindrehler diese Nacht kommen, sagte ich mir. Und wirklich, kaum war ich eingeschlafen, da machte ich auf, weil die Tür leise geöffnet wurde. Jemand tappte den Gang entlang, verschwand in meinem Zimmer. Mit einem Griff hatte ich den Revolver. Da umflammerte mich meine Frau. „Nebster, um Gotteswillen, bleib hier! Rühr dich nicht! Was liegt schon daran?“ Aber ich dachte: Ich kenne euch. Erst verführt ihr den Mann zur Schwäche und habt ihr ihn so weit, dann werft ihr ihm hinterher seine Freiheit vor. Hier läuft kein Rausspazierer mehr. Hier muß — geschossen werden.

Ich riß die Tür auf, der Schuß trachte, ein Hagelschauer von Glasplittern umlitterte mich, als wenn der ganze Kronleuchter herunterlame. Aber zugleich hörte ich einen gelenden Ausschrei, wie ihn nur ein tödlich verwundeter ausstoßen kann. Großer Gott, sollte der Eindrehler schon auf eine Leiter gestiegen sein? Ich ging

zu meiner Frau zurück und sagte mit der dümpfen Gleichgültigkeit der Verzweiflung: „Der hat sein Teil weg.“ „Ungeheuer! Wörder!“ schrie meine Frau mich an. „Wenn ich das je von dir gehört hätte!“ Und sie drehte mir schluchzend den Rücken. Ganz tot schien indes der Eindrehler nicht zu sein, denn sein Jammern war noch deutlich zu hören. Meine Frau sprang auf. „Wir müssen ihm helfen. Der arme, unglückliche junge Mensch! Gewiß war es sein erster Versuch. Ein Sohn aus gutem Hause, den nur die furchtbare Not auf diese Bahn getrieben hat. Komm mir nicht zu nahe! Du riechst nach Blut. Nie wieder darfst du mich berühren.“ Ich drachte in meinem Zimmer das Licht an. Da tanzt vor mir auf einem Bein unser neuer Mieter. „Herr Professor!“ rufe ich ihn an. „Wo bin ich?“ fragt er. „In meiner Wohnung. Sie haben sich in der Etage getrennt.“ „O popoi, o popoi,“ jammert das alte Männchen

## Der Silberstreif am Horizont.



„Lieber Gott, wir danken dir, daß du uns endlich die heilgesuchte Bürgergeldregistrierung beschert hast. Nun werde ich vielleicht doch noch den Rosen Adlerorden 4. Klasse mit der Schleife bekommen, den mir die Judenrepublik sieben Jahre lang vorenthalten hat.“

und zittert in seiner Aufregung griechische Verse. „Also keine Eindrehler? Und ich von allen Göttern Verlassener, o popoi, o popoi, o popoi, habe mich selbst in den Fuß geschossen.“ Und er zeigt uns seinen blutüberströmten Schuh und den Revolver in seiner Hand. So war es gewesen. Wir hatten beide gleichzeitig geschossen. Ich hatte meinen neuen Kronleuchter zertrümmert und er seinen rechten Fuß.

Nach diesen Tatsachen bitte ich Sie, mir sagen zu wollen, auf welcher Eigenschaft es beruht, daß meine Frau von ihrem „stählernen Freund“ noch immer nicht kuriert war? Ich ließ ihr den Willen und verwahrte den Revolver weiter unter dem Kopfkissen. Aber heimlich zog ich die Patronen heraus, nahm überhaupt alles, was ich an Patronen im Hause hatte, und warf es in den Kanal. Im übrigen erkläre ich nochmals: das einzig Richtige gegen Eindrehler ist die Bettdecke.

## Im Namen des Königs!

Ein alter deutscher Genosse sendet uns folgende lustige Erinnerung aus der Zeit kurz vor Einführung des Sozialistengesetzes:

Im Jahre 1878, kurz vor der Reichstagswahl, kam ich mit 1000 Stück Broschüren „Hütet Euch vor den 300 Millionen neuen Steuern“ nach Halberstadt, um nach Blankenburg zu fahren. Aber es ging kein Zug mehr; so mußte ich also am Plage bleiben und später fahren. Da trat ein junger Burleske an mich heran und fragte ernst, vorförmig (man muß bedenken, in Preußen und den umliegenden Fürstentümern war man krank am Vitenalsfieber, ihr König

war ja angeschossen): „Wo wohnt sich Redakteur sozialdemokratischer, heißt sich Krühl?“ Die Sprache kannte ich. Das war kein Wiener, das war Landemann meines tief aus dem Böhmerland sechs Meilen hinter Prag. „Komm“, sagte ich, „wir suchen ihn.“ Ich gab mein Gepäck ab, fragte einen Polizisten, wo die Genossen verkehrten, und bald kamen wir nach der Batenstraße zu Bollmanns.

„Was willst du von dem Redakteur?“ fragte ich meinen neuen Freund. „Hab ich Saal großes in Barneberg, ist sich morgen Volksversammlung sehr große, muß ich holen Redner von Halberstadt.“ „Hast du auch die Genehmigung vom Amtsvorsteher?“ fragte ich. „Ist sich da alles, und in der Tat zeigte er sie mir. Nun aber doli nach Batenstraße 63. Um diese Zeit gab es in Preußen eine ganze Anzahl Referenten, doch keinen Saal, wo sie reden durften.“

Am anderen Morgen fuhren wir selbst nach Oshersleben, von da marschierten wir drei Stunden nach Barneberg. Als wir ankamen, zog ein preussischer Gendarm gerade sein Pferd in den Stall. Dann tippelte „Landmann meinetwegen“ nach Böbke, um Versammlungsbesucher zu holen, und ich ging nach Hamersleben. Da war auch so ein Loch, wo Kohlen gefördert wurden, wo „Schachiers“ wohnten. Als wir zurückkamen, hatte sich die Zahl der Gendarme auf drei vermehrt. Auch die ersten Besucher, ein paar dicke, fette Bauern, waren da, und jetzt kam sogar ein Pastor aus einem Nachbarort. Als die Uhr eben drei schlug, trat mein Landmann an den Vorstandstisch, klingelte und sagte im schönsten Deutsch: „Versammlung ist eröffnet, aus Halberstadt Herr Krühl hat das Wort.“ Er setzte sich, und August Krühl hielt uns eine tüchtige Paufe und erntete reichen Dank.

Der Vorsitzende klingelte: „Wer wünscht sich Wort?“ „Ich bitte ums Wort“, rief da der reitende Gendarm. „Im Namen des Gesetzes löse ich die Versammlung auf und erzeuge Sie.“ Weiter kam er nicht. Landmann Böhm war sehr ärgerlich und in höchster Erregung fauchte er den Herrn Wachtmeister an: „Sie haben gar nichts aufzulösen, Sie dürfen nur auflösen im Namen des Königs!“ Es klingelte: „Wer will noch Wort?“ In diesem Augenblicke erkante von dem benachbarten Kirchturn das Geläute der Glocken, und um mich auch glücklich zu machen, stand ich auf und rief mit sehr starker Stimme: „Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.“ trete an den Vorstandstisch, mache einen höflichen Knicks und lege los:

„Was schwebt dort auf des Wohltauts Schwingen zu mir herüber durch die Luft?“

„Ich hör' es rauschen, hör' es klingen im süßen morgendlichen Duft: Das ist die Orgel, sind die Glocken, o hoch, sie laden mich und locken zu einem längst entwohnten Gang.“

Während meines Vortrages bemerkte ich, daß alle drei Gendarmen ihre Helme abnahmen. (Die glauben doch nicht etwa, daß das ein frommes Gedicht ist?) Wie ich mit dem fünften Verse anträte, setzen sie alle drei ihre Helme wieder auf, und der Reitende ruft mit Wandersimmen: „Im Namen des Königs löse ich die Versammlung auf, der Saal ist sofort zu räumen.“ „Immer erst austrinken“, ruft der dicke Bauer, und sie tranken immer noch eins, ehe sie gingen —

Wir aber rannten nach der Eisenbahn. Krühl ging den anderen Tag ins Rittchen und ich nach dem Harz und bin bei der Gelegenheit Bürger von Blankenburg geworden. S. W.

Lodesstrafe für Faulenzer. Gelegentlich eines Vortrages über das alte Peru, den der Londoner peruanische Generalkonsul Salomon dieser Tage hielt, führte der Redner aus, daß die Trümmer der Zivilisation der Inkas über ein weites Gebiet, das von Panama bis nach Chile reicht, zerstreut sind. Wichtig aber als diese Zeugen der Zivilisation der Inkas seien die der vorangegangenen sogenannten Tia-Suano-Zeitperiode, die sich in Gestalt von Monumenten, Steinbildern, Palästen und Befestigungen dem Auge zeigen, und die man reichlich in Bolivia, in Guzo, am Titicacasee und an vielen anderen Orten antrifft. Die Inkas waren ein großes, arbeitstreibendes Volk, und die Reste ihrer Kanäle und Wasserbauten sieht man an vielen Plätzen längs der Küste von Peru. Sie kannten weder Reichtum noch Armut. Der Staat sorgte für seine Untertanen und griff in alle Dinge, selbst in die Verhältnisse des Privatlebens, ein. Die Inkas bildeten drei Klassen: die königliche Familie, die Priester und das Volk. Der Oberpriester und das Oberhaupt des Heeres wurden vom königlichen Hause gestellt. Jeder Mann von 21 Jahren und jedes Mädchen von 18 Jahren war gezwungen, eine Ehe einzugehen. Jedes Kind erhielt von Staats wegen ein Stück Land zur Bewirtschaftung zugewiesen, wobei der Anabe ein größeres als das Mädchen erhielt. Alle Arbeiten wurden vom Volk ausgeführt, und jede Person, Mann, Frau oder Kind, hatte eine bestimmte, ihm zugewiesene Arbeitsaufgabe zu erledigen. Keinen war es erlaubt, über seine Kräfte zu arbeiten; andererseits sah sich aber jeder, der sich bei der Arbeit lässig oder faul zeigte, mit der Todesstrafe bedroht.

## Bei einer japanischen Arbeiterfamilie.

Ein kleiner Kummer ist sein auch 1913 erschienenen Buch „Eine Arbeiters Familie“ bei der Thüringer Verlagsanstalt in Jena erneut erschienen. Er hat mit Recht davon abgesehen, seine Einblicke und Erlebnisse, auch wo sie gesammelt sind, umzuändern. Der Bericht war eine Tat und ist es auch heute noch. Zum erstenmal hat ein moderner deutscher Arbeiter eine Arbeitersfamilie gezeichnet, die er arbeitend und überdies mit dem Volke lebend beobachtet. Aus dem japanischen Abschnitte ist unsere Probe gewählt.

Die Katsarugatu-Cho gehört zu den wichtigsten Verkehrsadern Tokios. Sie ist noch breiter als eine europäische Großstadtstraße, mit elektrischer Straßenbahn ausgestattet und durch hohe, letzte Telegraphenmasten verunglert. Um die Katsarugatu-Cho herum zieht sich das lateinische Viertel. Die Häuser dieser Straße sind zwar auch alle von Holz, haben aber durch die Bank zwei Stockwerke. In jedem Erdgeschloß ein Geschäft, sehr oft ein Altbuchhandel. Der Buchsammler kann hier für ein paar Yen einige Dutzend alte Schmöcker kaufen. Der weniger aufmerksame Besucher überfliehet die Gäßchen rechts und links, weil sie kaum mehr als anderthalb Meter breit sind. In diesen Gängen, altjapanische Straßen, spielt sich den lieben langen Tag noch unverfälschtes japanisches Leben ab. Auf dem Gassenboden spielen die Kinder, arbeiten die Väter, sieht die Mutter mit der Nachbarin beim Plausch. Bei warmem Wetter ist die Vorderseite der Häuserstiehwände sperrweit geöffnet. Nichts hindert, das Leben und die Ausstattung der Wohnungen zu betrachten. Der Japaner hat kein Geheimnis, und seine Frau auch nicht.

Durch eines dieser Gäßchen traten wir auf die Katsarugatu-Cho. Vor einem gut aussehenden Gebäude hielten wir an. Der Hausherr stand in der Schwelltür und verneigte sich freundlich. Das Zimmer auf ebener Erde war mit einem langen Tisch sowie Stühlen ausgestattet. Im Hintergrund, auf dem erhöhten Fußboden, kniete eine junge Frau mit zwei alten. Sie begrüßten mich mit: Brasschalmajshi! Brasschalmajshi! (Willkommen!) Ich setzte mich an den Rand der Empore nieder, um meine Schuhe auszuziehen. Eine der Frauen war dabei behilflich. Die junge Frau suchte mir mit unfagbarem Anmut frische Luft zu

Das Zimmer lag im ersten Stock. Der Weg dahin ging über eine Hühnerfliege. Bei einiger Vorsicht konnte eine schwere Beschädigung der dünnen Deckbalken durch Anschläge mit dem Kopfe vermieden werden. Der Raum mochte zehn Fuß im Geviert haben. Die europäische Möblierung, Tisch und Stuhl, ließ des Hausherrn Aufmerksamkeit und Verständnis für europäische Bedürfnisse erkennen. Licht und Luft konnten ungehindert eintreten. Die die Wände bildenden Schiebetüren standen ganz geöffnet. Auch wenn sie geschlossen gewesen wären, hätte Erstickungsgefahr nicht drohen können, denn die Papierwände waren fast alle durchgelassen.

In dem Hause auf der andern Seite des Übergangsganges lag ein schönes junges Weib, den Kimono allzusehr gelüftet, mit zwei Kindern spielend auf den Matten. Als sie den neuen Nachbar gewahr wurde, kniete sie bescheiden hin und grüßte, sich tief verneigend: „Ohai! Ohai!“ Ihr Nachbar tat dasselbe. Beide haben auch später niemals veräuert, sich am Morgen zu begrüßen. Mit den Wirtstenten war bald Übereinstimmung erzielt. Das Zimmer sollte 25 Sen (= 30 Pf.) den Tag, jede Nachtzeit 45 Sen kosten. Zwei Tage nach dem Einzug bot der Wirt eine Preisermäßigung an. Da zu seiner großen Verwunderung der fremde Zimmerherr, obwohl ein Drittel größer als er, ein Drittel weniger esse, konnte er Wohnung und Kost für 1 Yen (= 2 Mk.) den Tag geben.

Ich hatte mich in der neuen Wohnung noch nicht richtig umgesehen, als schon die junge Hausfrau mit einem hochbeladenen Speisebrett die Stiege heraufgetrabbelt kam. Sie brachte Eier, appetitlich aussehende Reislücken, europäische Torten und angenehm duftende Rippchen. Gleich tauchte auch der Herr des Hauses mit Gabel und Messer auf. Mit freundlichem Schmunzeln blinnte er mich an, als ob er sagen wollte: „Na, was sagst du zu meiner Kochkunst?“ Während des Essens machte die liebe Hausfrau mit dem Fächer Wind. Die Speisen hätten einem europäischen Hause keine Schande, der Kaffee einem sächsischen Tische Ehre gemacht.

Wie kam dieser asiatische Mann zu all diesen wohlklingenden Herrlichkeiten? Der Soldat dieses Geheimnisses wurde gelüftet, als ich zum ersten Male hinterfragte. Sein Verständnis für den Zug der Zeit hatte mein Wirt durch Einrichtung eines europäischen Speisehauses bewiesen. Im Erdgeschloß hatte er Tische und Stühle aufgestellt, eine reichliche Zahl Zeitungen aufgelagt, durch deut-

liche Aufschriften am Hause zeigte er der japanischen Offenlichkeit an, daß er europäische Kuchen und Fleischspeisen nebst Milch, Bier und „japanisches Champagner“ (Apfelwein) feilhalte. An der großen Verkehrsader kamen genug Geschäftsteile vorbei, denen es nach europäischen Speisen gelüskete, oder Angestellte, die sich beim Lesen der Zeitchriften ein Fläschchen heiße Milch für 2 Sen (= 4 Pf.) leisten konnten. Für gewöhnliche Arbeiter kommt das Speisehaus nicht in Betracht. Denn diese können sich kaum ein Fläschchen Milch, geschweige für 11 Sen ein Fläschchen Apfelwein oder gar für 20 Sen ein Stück Fleisch kaufen.

Die peinliche Sorgfalt, mit der die Gäste, meistens doch besser gestellte Leute, die Kupferstücke behandelten, ließ mich den Wert des Geldes sowie die Armut in Japan leise ahnen. Einen besseren Begriff von dem ganzen scheußlichen Elend bekam ich durch einen sich fast täglich wiederholenden Vorgang, den ich oben vom Fenster aus ungeheuren beobachten konnte. Mehrere halb, fast ganz nackte Jungen schliefen, scheu um sich blickend, durch das Seitengäßchen, drängten sich schüchtern an unsere Hintertür, bis die Hausfrau mit einem Korb voll Brotkrumen und Fleischresten erschien. Im Nu hatten sie den Inhalt ergriffen, blühartig übersehen sie die breite Straße, um dort ihre Hufe mit abertun Jungen oder halbverhungerten Frauen mit Säuglingen zu teilen.

Die Familie meines Wirtes bot ein prächtiges Bild häuslichen Glücks. Ihr Haupt war ein Muster von einem Familienoater und Wirt. Wenn ich nicht das Bild Karl Marxens an der Wand gesehen hätte, sein anständiges Auftreten, seine Klugheit, die Zärtlichkeit, womit er seine vier Jungen behandelte, die Liebe, mit der er an seiner Frau hing, die Achtung, die er seiner alten Mutter entgegenbrachte, hätten mir gelagt, daß er Sozialdemokrat sei. Es war ihm früher auch elend genug gegangen. Immerhin hatten ihm die Wechselfälle des Lebens erlaubt, tiefe Blicke in die europäische Küche zu tun, was ihm jetzt Anerkennung und Vorteil brachte. Die Vorbereitung des Speisehauses gab ihm Mittel und Unabhängigkeit. Er konnte seine Jungen in höhere Schulen schicken, sie englisch lernen lassen; sie sollten, das stand bei ihm fest, hinaus nach Europa oder Amerika. Da er 10 Yen Steuern zahlte, hatte er das Wahlrecht; es mußte um ihn erworben werden. Und der politischen Drangal konnte er als unabhängiger Mann ruhiger zusehen.

